

Jüdisches Magazin für Politik und Kultur

NR. 92 · (2/2023) Tammus 5783 · € 7 · www.nunu.at

nunu

Dossier: Jüdische Aristokratie

Adel und Antisemitismus

In einer Welt der Stille:
Unterwegs mit Shirly Pinto



**Inserieren, was Sie
so besonders macht
und im *nunu* neue
Kunden gewinnen!**



Werben Sie in unserem Magazin und erreichen Sie über 4.500 LeserInnen. Auch online auf unserer Website nunu.at! Infos auf nunu.at/werbung oder kontaktieren Sie uns per Mail an office@nunu.at.



VON DANIELLE SPERA
HERAUSGEBERIN



VON ANDREA SCHURIAN
CHEFREDAKTEURIN

Eine wechselhafte Erzählung

Während ich diese Zeilen schreibe, feiert Israel seinen 75. Geburtstag. Die Feiern der Unabhängigkeit sind überschattet von heftigen Angriffen des Islamischen Dschihad auf Israel und der darauffolgenden israelischen Abwehr. Die andauernde Bedrohung eint alle Israelis, auch wenn in der israelischen Gesellschaft derzeit intensiv über die geplante Justizreform diskutiert wird und wöchentlich große Demonstrationen stattfinden. Der aktuellen Situation widmen wir uns auch in dieser Ausgabe von *NU* aus verschiedenen Perspektiven.

Da wir in den vergangenen Wochen medial intensiv mit der Neuaufstellung des britischen Königshauses eingedeckt wurden, haben wir uns entschlossen, unseren Schwerpunkt auf die Juden und die Adelstitel zu lenken. Immer wenn Herrscher – meist finanzielle und logistische – Unterstützung von jüdischer Seite benötigten, kamen Nobilitierungen ins Spiel, wobei die Rechte der jüdischen Adligen nicht mit jenen der christlichen Aristokratie vergleichbar waren.

In den vergangenen Wochen mussten wir uns von zwei besonderen Menschen verabschieden: Prof. Josef Grünberger und Ingeborg (Susi) Guttmann, geborene Gal. Prof. Grünberger erlebte den „Anschluss“ sowie die Folgen als jüdisches Kind in Wien und wurde später eine bedeutende wissenschaftliche Stimme in der Psychodiagnostik und ein Vorkämpfer für den humanen Strafvollzug. Bis kurz vor seinem Tod aktiv, publizierte er mehr als 400 wissenschaftliche Arbeiten und Artikel.

Susi Guttmann wuchs in einem behüteten jüdischen Elternhaus in Wien auf, in dem Religion keine Rolle spielte – bis plötzlich alles anders war. Susi sah im November 1938 als achtjähriges Mädchen den Leopoldstädter Tempel brennen. Die Schreie „Haut's die Juden ins Feuer“ klangen ihr jahrzehntelang in den Ohren. Die Flucht nach Shanghai rettete der Familie das Leben. Susi verbrachte ihre weitere Kindheit und Jugend dort und verstand nicht, warum ihre Eltern nach Österreich zurückkehren wollten. In Wien heiratete sie einen Auschwitz-Überlebenden, und die beiden gründeten eine mittlerweile große Familie. Ihren Humor und Lebenswillen hat sich Susi Guttmann immer erhalten und wird uns damit ein Vorbild bleiben.

Ich bin dankbar, dass ich mit Susi Guttmann und Josef Grünberger viele fruchtbare, humorvolle und lehrreiche Begegnungen erleben durfte. Beide haben ihr Leben auf das Beste genützt.

In diesem Sinn wünsche ich Ihnen eine interessante Lektüre und einen angenehmen Sommer.

Konstruktive Debatten

Besteht die rechtsreligiöse Koalition in Israel noch, wenn dieses *NU* erscheint? Schon lange nicht mehr war Israels Innenpolitik so volatil. Das Weltgeschehen insgesamt scheint aus den Fugen zu geraten. Freilich gehört es zum Wesen von Demokratien, dass unterschiedliche Gesellschaftsmodelle in Konkurrenz zueinander stehen und mitunter recht ungebremst aufeinanderprallen. Doch zunehmend geht es unter Twitterblasenfreunden und Stammtischfremden eher um Spinnfeindschaft als um konstruktive Zukunftsgestaltung. Auch kontroverielle Diskussionen respektvoll zu führen: das versuchen wir mit *NU*. Ich lade Sie herzlich ein: Diskutieren Sie mit!

Unser Dossier beschäftigt sich mit dem Verhältnis von Judentum und Aristokratie. Der Tabakhändler Israel Löbl Hönig (1724-1808) wurde 1789 als erster jüdischer Bürger der k.u.k. Monarchie mit dem Prädikat "Hönig der Edle von Hönigsberg" in den Adelsstand erhoben. Für die Nobilitierung war ab diesem Zeitpunkt nicht mehr nur der katholische Glaube ausschlaggebend. Mit der Verleihung von Adelstiteln dankte das Herrscherhaus jüdischen Fabrikanten, Handelsleuten und Bankiers, aber auch Militärs für ihre (finanziellen) Dienste, die sie dem Staat erwiesen. Ich freue mich sehr, dass ich als Autoren für unser Dossier u.a. den Kulturwissenschaftler und Ausstellungsmacher Michael John und den Historiker Kai Drewes, Autor des Buches *Jüdischer Adel Nobilitierungen von Juden im Europa des 19. Jahrhunderts*, gewinnen konnte. Das Verhältnis von Judentum und Aristokratie ist aber nicht nur eine schöne Geschichte der Nobilitierungen für Verdienste um das Kaiserreich, sondern auch eine von Antisemitismus, Hybris und Arroganz. Apropos Antisemitismus: Rainer Nowak, langjähriger *Presse*-Chefredakteur und *NU*-Journalist der ersten Stunde, kehrt mit einem Kommentar zur aktuellen, vom Parlament in Auftrag gegebenen, Antisemitismus-Studie als Autor zu *NU* zurück.

Falls Sie, wie ich beispielsweise, *NU* immer von hinten zu lesen beginnen, werden Sie dieses Mal ausnahmsweise nicht in die mit Humor gewürzten „Rabbinischen Weisheiten“ eintauchen können, da Oberrabbiner Paul Chaim Eisenberg für diese Ausgabe leider verhindert war. Ich hoffe aber, dass Ihnen Theodor Muchs Satire über aktuelle Messiasandidaten diesmal ein Lächeln auf die Lippen zaubert – und nächstes Mal dann hoffentlich wieder Oberrabbiner Eisenberg.

Ich wünsche Ihnen eine erbauliche Lektüre und – allen politischen und sonstigen Widrigkeiten zum Trotz – einen schönen, erholsamen Sommer.

Israel

„Die Palästinenser können ihren Staat neben, nicht anstelle von Israel haben“

Die Politologin Einat Wilf über die geplante Justizreform und die falsche Hoffnung auf eine Lösung des Palästinenserkonflikts.

Von *Martin Engelberg*

Seite 6

Symbol der Zerrissenheit

Seit Monaten demonstrieren Hunderttausende gegen die israelische Regierung. Die israelische Flagge ist zum wichtigsten Symbol der Auseinandersetzung geworden.

Von *Maria Sterkl*

Seite 9

Der Elefant der Protestbewegung

Kommentar von *Eric Frey*

Seite 11

„Die juristische Tyrannei in Israel darf nicht entschuldigt werden“

Der Rechtswissenschaftler Eugene Kontorovich hat die israelische Regierung bei ihrer umstrittenen Justizreform beraten.

Von *Jonas Roth*

Seite 13

Aktuell

Kontraproduktiver Umgang mit der FPÖ

Kommentar von *Martin Engelberg*

Seite 16

Wien, wir haben ein Problem

Kommentar von *Rainer Nowak*

Seite 18

Dossier: Judentum und Aristokratie

Jüdischer Adel in der österreichischen Monarchie

Das Themenfeld Judentum und Adel ist nicht nur ein Fall für rückblickende Betrachtungen, sondern reicht auch in Österreich bis in die Gegenwart.

Von *Kai Drewes*

Seite 20

Die aristokratische Arierklausel

Ohne Adel keine Hitler-Machtergreifung, aber auch kein Hitler-Attentat. Der Antisemitismus erwies sich als Klebstoff zwischen Aristokratie und Nationalsozialismus.

Von *Andrea Schurian*

Seite 23

Fürstin der Herzen

Fürstin Elsa von und zu Liechtenstein machte sich durch ihr soziales Engagement einen Namen und bei der Bevölkerung beliebt. Ein Porträt der „guten Fürstin“.

Von *Theresa Absolon*

Seite 26

Mazel Tov für den neuen König

Bei den Krönungsfeierlichkeiten für King Charles war eine hohe Beteiligung der jüdischen Gemeinde zu beachten.

Von *Danielle Spera*

Seite 27

Landesverrat von höchster Stelle

Über so manche braunen Flecken des europäischen Adels.

Von *Andrea Schurian*

Seite 29

„Wir feiern alles, aber schön getrennt“

Friederike und Ulrich von Habsburg-Lothringen trennt als Jüdin und Katholik nur der Glaube. Ein Gespräch über Toleranz, Synagogenbesuche und wie man in Kärnten die Koscher-Gesetze einhält.

Von *Andrea Schurian* und *Ferdinand Neumüller* (Fotos)

Seite 30

Salondame und Bürgerrechtlerin

Fanny von Arnstein war Wiens wohl berühmteste Salonière. Ihr diplomatisches Geschick setzte sie auch für die Rechte ihrer jüdischen Glaubensgenossen ein.

Von *Homa Jordis*

Seite 33

Mit Wirken und Vermögen

Die aus Ungarn stammende Familie Schey hob maßgeblich das gesellschaftliche Ansehen von Juden in der Habsburgermonarchie.

Von *Georg Gaugusch*

Seite 35

Kein Platz für Emotionen

Der Aufstieg des Mayer Amschel Rothschild und seiner Söhne klingt wie ein Märchen. Doch die Erfolgsgeschichte führte zu Hass und Neid. Und bis heute zu den bösartigsten Anfeindungen.

Von *Danielle Spera*

Seite 37

Das kleine Wörtchen „von“

Während in Österreich der Adel gesetzlich abgeschafft wurde, legten sich Josef von Sternberg und Erich von Stroheim in den USA ihre Adelstitel zu.

Von *Michael John*

Seite 39

Unterwegs mit

Shirly Pinto

Die engagierte Israelin ist die erste gehörlose Parlamentsabgeordnete in der 75-jährigen Geschichte Israels.

Von *René Wachtel* (Text) und *Ouriel Morgensztern* (Fotos)

Seite 42

Kultur

Für die Nachwelt gesichert

Die Künstlerin Elisabeth Wild musste als Mädchen aus Österreich fliehen. Nun ist ihr spannendes Œuvre im Zuge einer Retrospektive nach Wien zurückgekehrt.

Von *Nicole Scheyerler*

Seite 45

Geraubt, restituiert, geschenkt

Die Ausstellung „Gesammelt um jeden Preis!“ im Wiener Volkskundemuseum widmet sich am Beispiel der Sammlung Mautner dem vor 25 Jahren beschlossenen Rückgabegesetz.

Von *Thomas Trenkler*

Seite 47

Der Villenstreit von Altaussee

Im Salzkammergut kam es zu einer Debatte rund um eine Villa, die jahrzehntelang in jüdischem Besitz war – die sogenannte Kremenezky-Villa.

Von *Theresa Absolon*

Seite 49

Aus Schwarz und Schimmer

Zum 80. Todestag der deutsch-jüdischen Lyrikerin Gertrud Kolmar ist eine exzellente Biografie erschienen.

Von *Michael Pekler*

Seite 50

„Wer nicht wagt, der nicht gewinnt“

Die Kunst des animierten Bewegtbildes führt hierzulande ein Schatten-dasein. In dieser Nische will sich die junge Österreicherin Shelly Gertan fix einrichten.

Von *Gabriele Flossmann*

Seite 52

„Man muss der anderen Seite erst einmal zuhören“

Der Filmemacher Amos Gitai widmet sich in seiner Arbeit den Widersprüchen und Konflikten seiner Heimat. Ein Gespräch anlässlich seines aktuellen Theaterprojekts „House“.

Von *Gabriele Flossmann*

Seite 54

Das vorletzte Wort

Wir sind Kaiser!

Wer sonst nichts hat, dem bleibt immer noch der Distinktionsgewinn. Auch *Ronni Sinai* und *Nathan Spasić* hätten ihre Adelstitel gerne behalten.

Seite 56

Satire

Der neue Messias

Von *Theodor Much*

Seite 57

nu

Erscheinungsweise: 4 x jährlich
Nächste Ausgabe: September 2023.
Auflage: 4.700

TITELBILD:
© Ouriel Morgensztern

Kontakt

Tel.: +43 (0)1 535 63 44
Fax: +43 (0)1 535 63 46
E-Mail: office@nunu.at
Internet: www.nunu.at

Bankverbindung

Arbeitsgemeinschaft jüdisches Forum
IBAN: AT09 2011 1847 3489 6500
BIC: GIBAATWWXXX

Sie sind an einem NU-Abonnement interessiert?

Jahres-Abo (vier Hefte) inkl. Versand:
Österreich: Euro 25,-
Europäische Union: Euro 28,-
Außerhalb der EU: Euro 32,-

Abo-Service, Vertrieb & Anzeigen

Fabian Gaida
office@nunu.at



Die Demonstrationen gegen die geplante Justizreform der rechtsreligiösen Regierung sorgen seit Monaten für internationale Aufmerksamkeit. Mehr dazu in unserer Berichterstattung aus Israel.

„Die Palästinenser können ihren Staat neben, nicht anstelle von Israel haben“

© ILIA YEFIMOVICH/DPA / PICTUREDESK.COM



Starkes Zeichen und lauter Protest: Eine der zahlreichen Demonstrationen gegen die rechtsnationale Regierung Israels im Mai.

Einat Wilf, ehemalige Politikerin der israelischen Arbeiterpartei, gilt als eine der führenden Intellektuellen Israels. Ein Gespräch über die geplante Justizreform und Netanjahus mögliche Rückzieher.

VON MARTIN ENGELBERG

NU: Was ist los in Israel?

Einat Wilf: Im Moment habe ich das Gefühl, dass sich die Dinge etwas beruhigt haben. Einer der Gründe ist meiner Meinung nach, dass Benjamin Netanjahu aufgrund der sehr intensiven Reaktion das Interesse verloren hat, das Thema der Justizreform weiterzuverfolgen. Eigentlich hatte er von Anfang an nie ein wirkliches Interesse daran. Die ganze Idee der Justizreform war immer das Interesse von etwa zwanzig Menschen. Man konnte einige auf der linken Seite finden, einige auf der rechten, aber es war nie wie ein großes Wahlkampfthema, schon gar nicht eines, das Leidenschaften

entzündete. Doch als dies mit Netanjahus Prozess und seinem Gefühl, dass er zu Unrecht verfolgt wird, verschmolz, wurde es zu einem großen Problem. Und ich denke er wurde zu der Annahme verleitet, dass ihm die Unterstützung der Justizreform einen gewissen Einfluss geben wird, den er nutzen könnte, um aus seinen rechtlichen Problemen herauszukommen. Ich denke, jetzt glaubt er – wegen der vehementen Reaktion in der israelischen Gesellschaft – genau das Gegenteil.

Sie denken also, Netanjahu könnte die Justizreform komplett fallen lassen?

Also, ich bin seit vielen Jahren eine Beobachterin von Netanjahu, einige davon aus einer großen Nähe: Wenn er bemerkt, dass Dinge in die Luft fliegen, dann macht er einen Rückzieher. Er ist an der Sache nicht mehr interessiert, wenn er es überhaupt je war. Ihn interessieren innenpolitische Fragen ohnehin im Allgemeinen nicht so sehr. Das Komische ist, wenn Sie sich seine jüngsten Interviews anhören, sagt er jetzt immer wieder: ‚Präsident Herzog berief die Parteien ein. Ich respektiere das. Welcher Kompromiss auch kommen mag, ich werde ihn begrüßen‘. Und Sie können ihn wirklich sagen hören: ‚Präsident Herzog, bitte stellen Sie sicher, dass diese Verhandlungen die nächsten drei Jahre ohne Ergebnis fortgesetzt werden‘.

Halten Sie selbst die Justizreform für notwendig?

Es gibt bestimmte Argumente auf der anderen Seite, die ich völlig akzeptiere. Ich denke, es ist ein Problem, dass der Oberste Gerichtshof in Regierungsnominierungen eingreift. Ich glaube nicht, dass es Sache des Obersten Gerichtshofs ist. Ich habe in einem Artikel geschrieben, dass das Problem ist, dass sowohl die Regierung, also die Exekutive, als auch der Oberste Gerichtshof, also die Judikative, die dritte Macht im Staat, die Knesset – also das Parlament, die Legislative, gemeinsam geschwächt haben. Ich habe argumentiert, dass beide Macht an das Parlament zurückgeben müssten – nicht einander.

Was ist dann das Problem?

Dass es nicht darum geht. Was meiner Meinung nach ein Problem war und bleiben wird, ist das Gefühl, dass Netanjahu aufgrund seiner rechtlichen Probleme bereit war zuzulassen, dass die ultraorthodoxen Parteien, die fundamentalistischen extremi-

stischen Parteien, die Siedlerpartei, das Land regieren würden. Ich argumentiere, dass dies Elemente sind, die immer in der israelischen Politik vertreten waren. Aber es war immer klar, dass man sie nie regieren lässt. Du gibst ihnen ein paar Dinge, aber du lässt sie nicht ans Steuer. In einem kürzlich erschienenen Essay habe ich dafür die Metapher von einem Spielzeugrad verwendet: Sie können auf dem Fahrzeug sitzen und mitfahren, aber sie bekommen kein echtes Lenkrad. Sie bekommen ein Spielzeugrad zum Drehen und sie glauben sie können lenken. Jetzt hatte man zum ersten Mal das Gefühl, dass diese Koalitionspartner, wegen Netanjahus rechtlicher Probleme, tatsächlich das Steuer im Staat übernehmen. Ich denke, was die Demonstranten fast instinktiv getan haben, war einfach, die Notbremsen zu betätigen.

Das würde bedeuten, dass die Demonstrationen weitergehen werden, auch wenn für die Justizreform ein Kompromiss gefunden wird, oder diese sogar überhaupt begraben wird?

Nun, die Proteste werden sich ändern. Erstens werden sie viel kleiner, weil sie bereits verstehen, dass sie erfolgreich die Notbremse gezogen und ihre Macht demonstriert haben. Und Netanjahu übernahm wieder Steuer. Das hat die Proteste schon viel kleiner gemacht. Und man sieht schon jetzt, dass sich auch die Proteste verändern. Sie sprechen über den Einfluss der ultraorthodoxen Juden und welche Auswirkungen sie auf das Land haben. Bald wird sich dieses Thema auf das Thema des Budgets verlagern.

Bei meinen letzten Besuchen in Israel wollten mich alle Menschen ständig davon überzeugen, dass die Situation in Israel noch nie so schlimm war. Und ich dachte mir immer wieder: Sogar ich er-

innere mich an viele Situationen in Israel, die mir kritischer erschienen als diese.

Ich teile Ihre Ansicht völlig. Wenn Leute mir sagen, dies sei die schlimmste Krise in der israelischen Geschichte, habe ich immer gefragt: Wann bist Du geboren?

Sehr guter Punkt. Das ist wunderbar zu hören. Bei einem der letzten Male, als ich in Israel war, sind wir auch ins Westjordanland und nach Ramallah gefahren. Wir trafen Palästinenser und beobachteten die Situation. Da bekam ich ein sehr, sehr schlechtes Gefühl. Ich dachte mir: so sieht also ein „failed state“ aus, ein gescheiterter Staat.

Zunächst einmal müssen wir grundsätzlich verstehen, dass der Grund dafür, dass es sich um einen gescheiterten Staat handelt, darin besteht, dass das palästinensische Ziel von vornherein darin bestand, niemals einen Staat zu haben. Sie haben sich nie am Staatsaufbau orientiert. Es ist nicht ihr Ziel. In vielerlei Hinsicht ist es ein Ziel, das ihnen von außen aufzwingen wird. Aber ihr Ziel war es immer – und zu ihrer Ehre, sie haben das immer klar gesagt – sicherzustellen, dass es keinen jüdischen Staat gibt.

Aber das Ziel, einen kleinen palästinensischen Staat zu haben, neben oder anstelle von Israel, war nie ihr Ziel. Zunächst einmal werden sie mit etwas, dass sie nicht einmal versuchen zu verfolgen, keinen Erfolg haben. Welche Hoffnung es auch immer gibt, sie kommt nicht von den Palästinensern selbst. Welche Perspektive es auch immer gibt, sie wird aus der breiteren arabischen Welt kommen. Dort finde ich zunehmend Hoffnung, weil die arabische Welt den Antizionismus und die Palästinenser jahrzehntelang im Wesentlichen als Mittel benutzt hat, um den Ärger über ihre Dysfunktion abzulenken. Und es ist kein Zufall, dass die Länder, die funktionaler oder

„Zunächst einmal müssen wir grundsätzlich verstehen, dass der Grund dafür, dass es sich um einen gescheiterten Staat handelt, darin besteht, dass das palästinensische Ziel von vornherein darin bestand, niemals einen Staat zu haben.“

weniger dysfunktional werden, insbesondere am Golf, die Länder sind, die das Interesse an dem Konflikt verlieren. Sie verlieren das Interesse am Antizionismus. Sie sagen: ‚Wir brauchen das nicht mehr‘.

Die arabischen Länder wussten immer, worum es in dem Konflikt geht, richtig? Sie wussten immer, dass es nicht um Siedlungen oder die militärische Besetzung geht. Sie wussten immer, dass die Palästinenser im Wesentlichen die Vorhut der arabischen Ablehnung eines jüdischen Staates waren, und zwar in jedem Teil des Landes Israels. Und deshalb sind sie die Einzigen, die den Palästinensern sagen können: ‚Genug ist genug!‘ Wir brauchen sie nicht mehr, um die Rolle der Vorhut gegen die einfallenden Kreuzritter zu spielen.

Aber wie wird diese Lösung Ihrer Meinung nach aussehen?

Ich denke, es wird wie ein erweiterter Trump-Plan sein. Man wird zu diesem Plan zurückkehren, den die Leute viel zu schnell verworfen hatten. Denn er spiegelt wider, was Israel und die arabischen Länder vereinbaren können. Weil sie auch diejenigen waren, die hinter den Kulissen daran gearbeitet haben. Der Trump-Friedensplan umfasste etwa 70 Prozent des Territoriums. Sie können sich 80 bis 85 Prozent vorstellen, sogar 90 Prozent. Wichtig ist, dass die Saudis und andere arabische Länder zusammenkommen und sagen: Das ist gut, das ist fair. Und wie gesagt, sie werden es den Palästinensern sagen, und dieses Mal werden sie ja sagen. Sie können sich einen Prozess vorstellen, der schrittweise eine Anerkennung bringt. Das Wichtigste ist, dass es für die Palästinenser sehr schwierig sein wird, weiterhin nein zu sagen, sobald die arabischen Länder an Bord sind.

Das wäre dann eigentlich ein souveräner Staat oder sagen wir mal ein souveräner Staat Minus.

Es wird jedenfalls ein entmilitarisierter Staat sein. Klar ist, dass sie keine Armee haben werden. Ägypten und Jordanien werden mit Israel zusammenarbeiten, um dafür zu sorgen, dass die Grenzen nicht zur Militarisierung des Landes genutzt werden. Aber die Idee ist, dass sie ein souveräner

Staat sein werden, ein anerkannter Staat. Israel wird sie anerkennen und das war's.

In Ihrem letzten Buch kritisieren Sie die Haltung des Westens gegenüber den Palästinensern und schreiben im Untertitel Ihres Buches: Wie die westliche Verhätschelung des palästinensischen Traums den Weg zum Frieden behindert. Können Sie das bitte ein wenig erklären?

Zur Verteidigung der Palästinenser muss gesagt werden, dass sie im letzten Jahrhundert auf jede erdenkliche Weise deutlich gemacht haben, dass aus ihrer Sicht die Existenz eines jüdischen Staates, in welchen Grenzen auch immer, ein Gräueltat ist und dass es ihre oberste Priorität ist, dass es keinen jüdischen Staat geben soll. So haben die Palästinenser immer auf ihr Recht bestanden, dass Millionen von Palästinensern das Recht auf Rückkehr nach Israel haben, nicht nur in das Westjordanland und Gaza. Ein Recht, das es für Dutzende Millionen von Flüchtlingen im 20. Jahrhundert nicht gab. Keine Flüchtlingspopulation hatte dieses Recht, weil klar war, dass dies den Krieg fortsetzen würde – was aber genau das war, was die Palästinenser wollten. Aber ihnen wurde auf einzigartige Art und Weise erlaubt, den Krieg von 1948 bis zum heutigen Tag fortzusetzen.

Mit welchen Argumenten?

Wenn heute westliche Diplomaten und Journalisten Palästinenser vom Recht auf Rückkehr sprechen hören, dann sagen sie, dass dies nur ein Wahn sei. Die Palästinenser wüssten, sie könnten Israel nicht loswerden. Aber ich sage, nein, sie schauen sich die Landkarte an: Sie sehen sieben Millionen Juden, die ums Überleben kämpfen und dem gegenüber eine halbe Milliarde Araber bzw. 1,3 Milliarden Moslems. Aus ihrer Perspektive sind die Palästinenser nicht wahnhaft. Sie meinen, sie können einfach abwarten, bis es mit Israel wieder vorbei ist. Es ist eine völlig rationale Weltanschauung und sie waren sehr konsequent darin. Die Tatsache, dass der Westen weiterhin die Hilfsorganisation UNWRA finanziert, im Wesentlichen die Organisation, die es den Palästinensern erlaubt, so zu tun, als sei der Krieg von 1948 immer noch ein

offener Fall, ist eine Nachsicht, die den Konflikt tatsächlich am Laufen hält. Denn wenn Sie wirklich wollen, dass der Konflikt endet, müssen Sie trennen: Zwischen ‚Gutes tun‘ oder ‚sich gut fühlen‘.

Zu viele Menschen wollen sich aber ‚gut fühlen‘. Sie spenden Geld, tätscheln den Palästinensern den Kopf und sie fühlen sich gut. Aber ‚Gutes tun‘ wäre eigentlich das genaue Gegenteil: Es würde bedeuten, den Palästinensern zu sagen, dass der Krieg vorbei ist. Und dass es ihr Ziel und der Krieg von 1948 war, die Entstehung eines jüdischen Staates zu verhindern. Diesen Kampf haben sie verloren. Das will ihnen aber keiner sagen. Und so tun sie weiter. Sie müssten akzeptieren, dass die Juden einen gleichen Anspruch auf dieses Land haben und dass sie hierbleiben. Sie können ihren Staat neben Israel haben, aber nicht anstelle von Israel.

Wie sieht die Lösung aus?

Die westliche Welt müsste sagen: „Solange es euer Ziel ist, einen Staat anstelle von Israel zu haben, solange ihr weiterhin an dieses Nicht-Existenz-Rückkehrrecht glaubt, werden wir euch nicht unterstützen.“ Die Menschen im Westen wollen sich gut fühlen und sind nicht bereit, Gutes zu tun. Deshalb liegt meine Hoffnung zunehmend bei der arabischen Welt und nicht beim Westen. Weil die arabische Welt viel eher bereit zu sein scheint, den Palästinensern zu sagen, dass es genug ist. Der Krieg ist vorbei, der jüdische Staat wird bleiben.



© 2023 DR. EINAT WILF

Für die Politologin Einat Wilf steht fest: Israel zahlt den Preis, weil die Menschen im Westen sich gut fühlen wollen.

Symbol der Zerrissenheit

© HANAY/CC BY-SA 3.0



Die Protestbewegung gegen die ultrarechte Regierung unter Benjamin Netanjahu hat sich die Fahne angeeignet. Jede Demonstration gleicht einem Flaggenmeer. Aber auch die Regierung tritt vor derselben Fahne auf.

Seit Monaten demonstrieren Hunderttausende gegen die israelische Regierung. Doch auch deren Unterstützer behaupten, für Land und Demokratie zu kämpfen – und werfen ihren Gegnern die Gefährdung Israels vor.

VON MARIA STERKL (JERUSALEM)

„Kauf zwei, nimm eines gratis dazu!“ Ein Händler auf Jerusalems Machane-Jehuda-Markt preist seine neue Handy-Schutzhüllen-Kollektion an: weißes Plastik, bedruckt mit Israels Flagge. Sonnenbrillen, Luftballons, Servietten und Plastikteller, alles in Israels Nationalfarben – der Shop ist voll mit zionistischem Merchandise. Der Staat Israel feiert seinen 75. Geburtstag. Das ganze Land trägt Blau-Weiß. Aber alle wissen: Etwas fühlt sich anders an in diesem Jahr.

Seit wenigen Monaten hat Israels Flagge einen neuen Charakter. Die Protestbewegung gegen die ultrarechte Regierung unter Benjamin Netanjahu hat sich die Fahne angeeignet. Jede Demonstration gleicht einem Flaggenmeer. Aber auch die Regierung tritt vor derselben Fahne auf. Die Demonstranten, die Israel vor seiner Regierung beschützen wollen, benutzen dasselbe Symbol, das auch die Polizisten auf der Brust tragen, wenn sie gegen die Demonstranten vorgehen.

Nichts zeigt deutlicher als die Flagge, die eigentlich alle vereinen sollte, wie zerrissen dieses Land ist.

Nur sechs Wochen ist es her, da warnte Israels Staatspräsident Itzhak Herzog in einer emotionalen Rede vor einem drohenden Bürgerkrieg. „Der Abgrund ist zum Greifen nah“, sagte Herzog. „Ich höre es von Menschen aus allen Lagern: Der Gedanke, dass auf unseren Straßen Blut fließen wird, schockiert sie nicht mehr.“ Israel, das Land, in dem junge Menschen jahrelang im Dienst an der Waffe trainiert werden, um das Land vor seinen Feinden zu beschützen, bekämpft sich nun selbst. Wie konnte es so weit kommen?

Nurit, 53 Jahre, Pädagogin aus Tel Aviv, muss nicht lange nachdenken. „Sie vernichten das Land, das unsere Eltern und Großeltern aufgebaut haben“, sagt die selbsterklärte Linke: „Israel ist die einzige Demokratie im Nahen Osten, aber diese Regierung will sie zerstören.“ Wie Nurit denken

„Die Demonstranten sagen, Demokratie soll die Minderheiten schützen. Ich sage: Auch die Mehrheit muss geschützt werden.“

Hunderttausende, die auf die Straße gingen, um gegen die Regierungspläne für eine Justizreform zu demonstrieren, die auf eine Entmachtung des Obersten Gerichtshofs hinauslaufen würde.

Dass die Koalition jetzt den Pausenknopf gedrückt hat in ihrem Demokratieumbauprogramm, ist für Nurit „nur eine erste gewonnene Schlacht, aber der Krieg ist nicht zu Ende“. Sollte die Regierung weitermachen wie geplant, „dann blockieren wir wieder die Autobahn. Nicht weil wir Autofahrer hassen, sondern weil wir Demokratie lieben.“

Die Demokratie liegt auch Emmanuel am Herzen. Nur versteht der Netanjahu-Wähler aus Haifa darunter etwas ganz anderes als Nurit. „Die Demonstranten sagen, Demokratie soll die Minderheiten schützen. Ich sage: Auch die Mehrheit muss geschützt werden.“ Emmanuel hält es für schäbig, dass die Proteste schon bald nach der Regierungsbildung einsetzen. „Ihr habt das Recht zu demonstrieren – ja. Aber sofort nach den Wahlen?“ Natürlich sei das legal, meint Emmanuel. Darum gehe es nicht. „Es ist auch legal, in einem vollbesetzten Aufzug zu furzen. Ist es höflich? Nein!“

Dass die Protestwelle tatsächlich von der Sorge um Israels Demokratie getragen sei, zweifelt der Unternehmer an. „Erzählt mir doch nicht, dass es euch um die Justiz geht. Das ist doch nur ein Vorwand.“ In Wahrheit gehe es den Demonstranten nur darum, „die Regierung zu stürzen“, glaubt er.

Als Emmanuel in Jerusalem aufwuchs, wurde Israel von linken Parteien regiert. Auch er selbst habe sie früher gewählt – bis zu den Friedensverträgen von Oslo in den 1990er Jahren. Danach kam die zweite Intifada, Terror erschütterte Israel. „Heute weiß ich: Die Araber wollen keinen Frieden. Die Zweistaatenlösung interessiert sie

nicht. Sie wollen das ganze Land, vom Jordan bis zum Mittelmeer.“ Die Linke sei „zu naiv und zu scheinheilig, um das zu verstehen“, glaubt Emmanuel. Sie denken, wir geben einfach die besetzten Gebiete her, essen Hummus in Ramallah und Damaskus, und die Araber werden uns lieben.“

Auch wenn Emmanuel von Linken und Palästinensern spricht, ist die Protestwelle, die Israel erfasst hat, weder eine linke noch eine Antibesatzungsbewegung. Hohe Offiziere haben sich den Demonstrationen angeschlossen, weil sie die Regierungspläne als Bedrohung für Israels Sicherheit sehen. Selbst in Siedlungen im Westjordanland wurde gegen die Justizreform demonstriert. Aus der Sicht des Pro-Regierung-Lagers sind die Demonstranten jedoch eine uniforme Masse. Auch unter den Demonstranten glauben viele, dass nur sie die wahren Demokraten seien, die Wähler der Koalitionsparteien hingegen nur blinde Gefolgsleute einer autoritären Führung.

Der tiefe Riss, der sich nun durch Israels Gesellschaft zieht, ist auch ein Resultat dieses Schwarz-Weiß-Denkens. Beide Lager sind überzeugt davon, das Beste für ihr Land zu wollen. Beide sind überzeugt, dass das gegnerische Lager den Staat in Gefahr bringt – und sie selbst die wahren Patrioten seien.

In Wahrheit war Israel von Beginn an zerrissen. Immer schon standen Religiöse und Säkulare einander in ihren Bedürfnissen gegenüber. Strenghereligiöse sahen Israel als geschützten Raum, in dem sie sich keiner anderen Autorität unterwerfen müssen als Gott und den heiligen Schriften. Säkulare hielten liberale Werte hoch. Dazu kam der Clash zwischen europäischstämmigen aschkenasischen Juden und den sephardischen Juden. Die Sepharden klagen über eine lange Geschichte der Diskriminierung. All diese Kon-

flikte köcheln seit Jahrzehnten unter der Oberfläche, immer wieder brechen sie aus. Man streitet einmal über dies, einmal über das, dann beruhigt es sich wieder. Jetzt aber haben sich die verschiedenen Fragmente in der Gesellschaft zu zwei Blöcken verfestigt.

Die Protestwelle nutzt riesige Transparente mit der Unabhängigkeitserklärung. Demonstranten tragen Anstecker mit dem Slogan „Ich liebe den Obersten Gerichtshof“. Bilder von Höchstgerichtspräsidentin Esther Hayut werden hochgehalten – im Superman-Kostüm. Während sich die Demonstranten als Kämpfer für Recht und Ordnung inszenieren, sehen viele Netanjahu-Anhänger die Justiz als Handlangerin einer imaginierten linken Elite. Der Korruptionsprozess, in dem sich Netanjahu befindet, sei nichts anderes als ein Machtinstrument dieser korruptierten Justiz, meint Emmanuel: „Die Linken wissen, Bibi (Netanjahu, Anm.) ist zu stark, um ihn in einem fairen Wettkampf zu besiegen. Also spielen sie ein schmutziges Spiel. Wenn man nur weit genug zurückgeht und in der Vergangenheit gräbt, wird man gegen jeden irgendetwas Schmutziges finden“.

Emmanuels Vorfahren kommen aus Polen und Deutschland, seine halbe Familie wurde von den Nazis ermordet. Heute fürchtet er, dass ein Regime, das den Schutz von Minderheiten hochhält, dies auf Kosten der Mehrheit tun könnte. „Was, wenn der Oberste Gerichtshof beschließt, dass das Recht aller Juden in der Welt auf Rückkehr nach Israel rassistisch ist – wer kann uns Juden dann noch beschützen?“, fragt er. Es ist eine rhetorische Frage. Und seine Antwort ist: Netanjahu.

Nachdruck mit freundlicher Genehmigung der Tageszeitung „Der Standard“.



Der Elefant der israelischen Protestbewegung

KOMMENTAR VON ERIC FREY (JERUSALEM)

In der englischen Sprache gibt es das wunderbare Bild vom „elephant in the room“ – einem unangenehmen Thema, das jedem bewusst ist, aber über das niemand spricht. Bei den monatelangen Demonstrationen gegen die rechtsreligiöse Regierung von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu auf den Straßen Israels wandert ein mächtiger Elefant fast unbemerkt durch die Massen. Das ist die Besatzung.

Nachdem in den ersten Protesten zu Jahresanfang noch einige palästinensische Flaggen zu sehen waren, wurden die bald von einem Meer israelischer Fahnen verdrängt. Auf den Rednerbühnen in Tel Aviv, Jerusalem und anderswo geht es um den Widerstand gegen die Justizreform, die Macht der Ultraorthodoxie, die Verteidigung der israelischen Demokratie und am Rande auch um die Rechte der israelischen Palästinenser – aber nie um die Zukunft des Westjordanlandes und die Unterdrückung von mehr als drei Millionen Palästinenserinnen und Palästinensern durch Militär und Siedler. Das drohende Unrecht der Justizreform wird ständig beschworen, das bestehende Unrecht der Besatzung hingegen weitgehend ignoriert.

Vertreter der Opposition und der

Protestbewegung erklären das gerne mit taktischen Gründen: An den Demonstrationen nahmen auch konservative und religiöse Israelis teil, sogar einige Siedler, die aus philosophischen Gründen die Justizreform mit ihrer Entmachtung des Obersten Gerichtshofs ablehnen, aber keinerlei Zugeständnisse an Palästinenser unterstützen würden. Die Organisatoren bemühen sich, diese breite Front zusammenzuhalten, indem sie sich auf die Verteidigung der Demokratie beschränken. Jede Erwähnung der Besatzung droht diese Koalition zu sprengen.

Aber es gibt auch einen tieferen Grund: Die große Mehrheit der Demonstranten wehrt sich gegen die radikalen Reformpläne einer radikalen Regierung und kämpft für den Erhalt des Status quo der vergangenen Jahre. Und ein wichtiger Teil dieses Status quo ist die Besatzung, die den Menschen das Gefühl der Sicherheit gibt und den Konflikt aus ihrem Leben fernhält. Die israelische Mitte ist über diesen Zustand nicht glücklich und sieht in der Besatzung bloß ein Provisorium, das eines Tages enden wird. Aber seit dem Scheitern des Oslo-Friedensprozesses und der Machtergreifung der Hamas im Gazastreifen glauben immer weniger von ihnen an die Möglichkeit einer end-

gültigen politischen Lösung. Mit dem Status quo lässt sich in Israel trotz gelegentlicher Raketenangriffe der Hamas und spontanen Terrorangriffen von palästinensischer Seite leben, die schmerzhaft Realität des Lebens in Nablus und Hebron sind hier weit weg.

Seit 75 Jahren sehnen sich Israelis in erster Linie nach Sicherheit. Es war die besondere Leistung von Netanjahu, der großen Mehrheit das Gefühl zu vermitteln, dass sich diese Sicherheit auch ohne einen Frieden erreichen lässt, durch die anhaltende Besatzung im Westjordanland und die Isolierung des Gazastreifens. Der Terror ging zurück, die Wirtschaft wuchs, die Lebensqualität war deutlich besser als in den Jahren der Friedenssuche. Am Status quo zu rütteln, wie es der Oslo-Friedensprozess bis zu seinem schleichenden Tod getan hat, stellt aus Sicht der meisten Israelis ein Risiko dar, das sie nicht in Kauf nehmen wollen.

Es sind die rechtsextremen religiösen Zionisten unter Itamar Ben-Gvir und Bezalel Smotrich, die diesen Status quo verändern wollen und ihre neu gewonnene Macht als Chance dazu sehen. Sie streben offen die Annexion vom biblischen Kernland Judäa und Samaria an und wollen sich aller Beschränkungen im Siedlungsbau entledigen. Sie wollen die Palästinenser durch kleinere oder

größere Repressalien zur Auswanderung bewegen oder dazu zwingen, ihren rechtlosen Status zu akzeptieren. Widerstand soll das Militär ohne jede Einschränkung unterdrücken können, also mit tödlicher Gewalt. Gleichzeitig soll der jüdische Charakter des Staates weiter gestärkt werden, was auf eine zunehmende Entrechtung der nicht-jüdischen Israelis hinausläuft. Vieles von dem ist heute bereits Realität, aber der Gerichtshof setzt dabei, meist zögerlich, gewisse Grenzen.

Deshalb wollen Ben-Gvir und Smotrich diesen Gerichtshof entmachten, treiben die Justizreform mit besonderer Vehemenz voran und drohen, Netanjahus Suche nach Kompromissen zu torpedieren. Auch Netanjahu hat seine persönliche Agenda im Zusammenhang mit den Korruptionsverfahren, ebenso sein Justizminister Jariv Levin, der Architekt der vier vorliegenden Gesetzesentwürfe. Der Gerichtshof und die gesamte säkulare Justiz sind auch den ultraorthodoxen Parteien ein Dorn im Auge, weil sie im Allgemeinen das Land von religiösen Gesetzen regiert sehen wollen und im Speziellen die Befreiung vom Wehrdienst für ihre Talmud-Studenten weiter absichern wollen.

Und allen Parteien in der Koalition ist das tiefsitzende Gefühl gemein,

dass sie sich als Vertreter einer immer größeren Mehrheit der israelischen Bevölkerung sehen – wobei für sie nur die jüdische Bevölkerung zählt, nicht die arabische –, deren Wünsche und Willen von einer abgehobenen liberalen Elite erstickt wird, und hier vor allem vom Höchstgericht. Entgegen der Slogans der Demonstranten sind sie überzeugt, dass diese Reform die Demokratie nicht gefährdet, sondern in Wahrheit erst sichert.

Ganz so einfach lässt sich die Besatzung jedoch nicht unter den Teppich kehren. Schließlich ist die Frage der zukünftigen Grenzen des Staates und das Zusammenleben mit den Palästinensern im Westjordanland langfristig die Schlüsselfrage der israelischen Politik. Wenn die Protestierenden am Samstagabend lautstark „Demokratie“ rufen, dann lässt es sich nicht ganz vergessen, dass Israel nur innerhalb der Grenzen von 1967 eine Demokratie ist. Wenn sie „Gleichheit“ fordern und dabei Frauen, Mitglieder der LGBTQ-Gemeinde oder das Ende der Privilegien für die Ultraorthodoxie meinen, dann muss man sich schon sehr anstrengen, damit einem die Diskriminierung der Palästinenser unter der Besatzung nicht in den Sinn kommt. In der 18. Woche der Proteste, die dieser Autor Anfang Mai in Jerusalem miterlebt hat, war

das äußerlich noch möglich. Nur auf wenigen Plakaten wurde auf den Widerspruch von Demokratie und Besatzung hingewiesen. Aber wie viele Beobachter erzählten, ist die Besatzung erstmals seit vielen Jahren wieder zum Thema geworden – zwar nicht auf der Rednerbühne, aber in vielen privaten Gesprächen.

Noch ist es unklar, wie der Kampf zwischen Regierung und Protestbewegung ausgehen wird, ob die Justizreform doch auf schleichendem Weg umgesetzt wird, ob Netanjahu seine Partner überzeugen kann, darauf zu verzichten, oder die Koalition an dieser Krise zerbricht. Ein Krieg als Ablenkung, offene Gewalt zwischen rechten Siedlern und Oppositionellen oder ein Kompromiss, der niemanden befriedigt, gehört zu den vielen Szenarien, die Beobachter in den Raum stellen. Die Palästinenser beobachten den Konflikt und sehen darin keinerlei Bedeutung für ihre eigene Zukunft. Da irren sie sich womöglich. Es kann gut sein, dass der israelische Frühling 2023 am Ende wieder Bewegung in den eingefrorenen Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern bringt – zum Schlechten oder zum Guten.

„Die juristische Tyrannei in Israel darf nicht mit hypothetischen Zukunftssorgen entschuldigt werden“



Warnungen vor einer Spaltung der Gesellschaft sieht Eugene Kontorovich als Verhandlungstaktik der Opposition, die mit ihrer „Kompromisslosigkeit“ auch die Proteste zu verantworten habe.

Der Rechtswissenschaftler Eugene Kontorovich hat die israelische Regierung bei ihrer umstrittenen Justizreform beraten. Er erklärt, weshalb die Macht des Obersten Gerichts beschränkt werden soll.

VON JONAS ROTH

Herr Kontorovich, Ihr Think-Tank hat die geplante Reform mit angestoßen. Warum sind Sie mit der heutigen Justiz unzufrieden?

Eugene Kontorovich: In Israel gibt es ein gewaltiges Demokratiedefizit. Es ist das Ergebnis einer Reihe von Machtübernahmen einer bürokratischen Elite. In den Händen einer kleinen Gruppe von Beamten liegt eine überwältigende Macht über jeden einzelnen Aspekt des politischen Lebens. Gemeint ist der Oberste Gerichtshof.

Wie ist es dazu gekommen?

Israel hat keine Verfassung. Das System basiert eigentlich auf Parlamentssoveränität, ähnlich wie in Großbritannien. Doch Mitte der 1990er Jahre befand das Oberste Gericht, dass bestimmte regulär verabschiedete Gesetze Verfassungscharakter haben. Es ermächtigte sich, Gesetze für ungültig zu erklären, die diesen „Grundgesetzen“ widersprachen. Dann beschloss die Richter, dass sie auch Regierungsmaßnahmen aufheben können,

die ihnen nicht passen – etwa die Ernennung von Ministern. Wäre es dabei geblieben, gäbe es heute wohl keine so großen Reformbemühungen.

Es ging noch weiter?

Ja. Das Gericht entschied, dass der Generalstaatsanwalt gegen jeden Regierungsbeschluss ein Veto einlegen kann. Diese Macht ist nicht gesetzlich verankert, sondern eine Erfindung des Gerichts. Nun beansprucht es gar die Macht, den Ministerpräsidenten absetzen zu können. Kurz gesagt: Wir haben eine Justiz, die durch keinerlei Kontrollmechanismen eingeschränkt wird und sich wie ein König verhält, der sogar seine eigene Nachfolge bestimmt. Mit der Reform würde das System viel demokratischer. Es soll nicht sein wie in der Schweiz, wo das Parlament die Richter wählt. Die Knesset soll lediglich ein etwas größeres Mitspracherecht erhalten.

Dennoch protestieren derzeit jede Woche Hunderttausende Israelis gegen die Reform. Sind sie in Ihren Augen schlecht informiert?

Viele von ihnen kennen die Details der Reform nicht. Die Vorstellung, 300.000 Menschen würden wegen der Zusammensetzung des Komitees, das die Richter ernennt, auf die Straße gehen, ist absurd. Die meisten sind einfach gegen die jetzige Regierung. Andere sind durch alarmistische Behauptungen verängstigt. Das ist menschlich. Doch nicht zuletzt geht es um die Frage, wer die Macht im Land hat. Die Linke hat erkannt, dass sie durch demokratische Wahlen nicht die gewünschte Macht bekommt. Also will sie diese durch undemokratische Institutionen erhalten.

Unter den Demonstranten sind aber auch viele, die sich rechts der Mitte verorten. Laut Umfragen sind mehr als 60 Prozent der Israelis gegen diese Reform. Selbst innerhalb Netanjahus Likud sind rund 50 Prozent dagegen.

Diese Umfragen sind stets ein wenig irreführend. Es kommt darauf an, wie man die Fragen stellt. Wenn man fragt: „Hat das Gericht zu viel Macht?“, dann stimmen die meisten Leute zu, sogar Oppositionsführer Yair Lapid. Zudem wird in der Medienberichterstattung viel getan, um die geringfü-

gige Beteiligung von Rechten an den Protesten unverhältnismäßig stark hochzuspielen.

Sie halten das Gericht für ideologisch homogen. Doch heute braucht es für die Ernennung von Richtern einen Kompromiss zwischen Politikern und Richtern, während die Reform eine Mehrheit für die Regierungskoalition vorsieht. Sollen nur noch Richter ernannt werden, die ideologisch auf Linie sind?

Der Punkt ist: Die Zusammensetzung der Knesset ändert sich nach jeder Wahl, jene des Gerichts aber nicht. Wenn Politiker die Richter ernennen, führt das mit der Zeit zu einem Gleichgewicht. Wenn aber die Richter ein Veto gegen ihre Nachfolger einlegen können, entsteht Homogenität. Warum sollten die Richter ein Mitspracherecht haben? Politiker dürfen ihre Nachfolger auch nicht selbst auswählen.

Netanjahu ist wegen Korruption angeklagt. Manche befürchten, dass er künftig seinen Prozess oder einen Berufungsprozess zu seinen Gunsten beeinflussen könnte.

Das ist grotesk. Erstens: Der Richter in Netanjahus Prozess steht bereits fest. Zweitens: Es wird suggeriert, dass Politiker kein Mitspracherecht in Angelegenheiten haben sollten, die sie in Zukunft betreffen könnten. Sollen sie keine Richter ernennen dürfen, nur weil sie irgendwann selbst vor Gericht stehen könnten? Man könnte auch so argumentieren: Justizbeamte sollten Netanjahu nicht strafrechtlich verfolgen dürfen, weil sie ein Interesse daran haben, dass die Rechte ihre Macht nicht beschränkt.

Die Gegner der Reform befürchten, dass sie Minderheitenrechte oder das Wahlrecht beeinträchtigt. Müsste eine Reform nicht zuerst Grundrechte unverrückbar festschreiben, bevor sie prozedurale Fragen in Angriff nimmt?

Die prozeduralen Fragen sind die wichtigsten. Sie bestimmen, wer die Macht hat. Solange das Gericht die absolute Macht hat, würde die Festlegung von Rechten diese Macht nur vergrößern. Das Gericht verteidigt nicht die Rechte von Minderheiten, sondern von jenen Wählergruppen, mit denen es sympathisiert. Das Ge-

richt steht auch nicht für Gleichberechtigung. Es lässt zu, dass einige Bevölkerungsgruppen in die Armee eingezogen werden können und andere davon ausgenommen sind.

Würden Sie aber zustimmen, dass es in Israel eine verfassungsmäßige Struktur geben sollte?

Dem stimmen alle zu. Aber nur weil eine solche Struktur fehlt, soll nicht eine Gruppe von Bürokraten die absolute Macht haben. Wie sähe Israel aus, wenn der Gerichtshof nicht so viel Macht hätte? Es wäre wie vor 1995, als das Gericht diese Macht an sich riss. Niemand behauptet, dass Israel damals ein undemokratisches Land war. Autoritäre Regime erfinden oft hypothetische Bedrohungen, um ihre autoritären Maßnahmen zu rechtfertigen. Die juristische Tyrannei darf nicht mit Zukunftssorgen entschuldigt werden.

Soll man also einfach darauf vertrauen, dass Politiker keine Dummheiten machen, anstatt auf ein ausgewogenes System von Kontrollmechanismen zu setzen?

Es braucht nicht nur Vertrauen. Die Reform wird die Möglichkeit zur gerichtlichen Überprüfung erhalten. Wichtig ist, dass das Gericht keine Gesetze ohne Rechtsgrundlage annulliert und dass seine Zusammensetzung mit der Zeit die realen politischen Verhältnisse widerspiegelt. Wie genau soll das der Regierung erlauben, alles zu tun, was sie will? Die Tatsache, dass nun mehrere Reformen gleichzeitig diskutiert werden, bedeutet nicht, dass auch alle verabschiedet werden. Die Aufhebungsklausel zum Beispiel wird mit Sicherheit nicht durchkommen.

Sie sprechen jenes Gesetz an, mit dem das Parlament Entscheide des Gerichts mit 61 von 120 Stimmen kassieren könnte. Bereits hat es die erste von drei Lesungen überstanden. Wieso sollte dieses Gesetz nicht durchkommen?

Im legislativen Prozess geht es um Kompromisse. Bisher gab es keinen, weil die Opposition dazu nicht bereit war. Doch diese Woche (Ende März, Anm.) hat die Regierung angekündigt, dieses Gesetz auf Eis zu legen, bis die Knesset Ende April wieder tagt. Ich denke, dass sie es dann nicht weiter vorantreiben wird. Gleichzeitig halte

„Wir haben eine Justiz, die durch keinerlei Kontrollmechanismen eingeschränkt wird und sich wie ein König verhält, der sogar seine eigene Nachfolge bestimmt.“

ich die Idee der Aufhebungsklausel für legitim. Wenn das Gericht ein Gesetz aufhebt, sagt es, dieses stehe im Widerspruch zu einem Grundgesetz. Oft wurden diese mit weniger als 61 Stimmen verabschiedet. Warum sollten 61 Parlamentarier nicht in der Lage sein, eine richterliche Auslegung auf der Grundlage eines Gesetzes, das mit 31 Stimmen verabschiedet wurde, vorübergehend auszusetzen?

Das Problem ist doch, dass jede Koalition in Israel 61 Stimmen hat.

61 Stimmen braucht es nur dann, wenn die Regierung gebildet wird, nicht aber für deren Aufrechterhaltung. Nach der Regierungsbildung gibt es in der Koalition zahlreiche Differenzen. Der Likud und die religiösen Parteien unterscheiden sich etwa in den sozialen Fragen stark. Außerdem kann alles, was mit 61 Stimmen beschlossen wurde, mit 61 Stimmen auch wieder rückgängig gemacht werden. Wieso sollte ein Gericht Regeln schaffen können, die niemand mehr rückgängig machen kann?

In der Debatte um die Justizreform ist die Gewaltenteilung eines der Schlüsselwörter. Doch de facto sind Regierung und Parlament in Israel kaum voneinander zu trennen.

Es gibt unzählige Ansätze, wie eine Demokratie ein Gleichgewicht zwischen den Gewalten erreichen kann. Bisher hat kein Land die absolute richtige Antwort gefunden. Für ein ausländisches Publikum ist die Frage, wie Israel die Feinabstimmung der Gewaltenteilung vornimmt, absolut irrelevant, solange es sich innerhalb der Parameter der westlichen Demokratie bewegt. Niemand erhebt den Anspruch auf absolute Weisheit – außer dem Obersten Gericht.

Glauben Sie, dass eine Einigung noch möglich ist?

Nicht mit der Opposition, die noch mehr Macht für die Gerichte fordert. Dennoch hat die Koalition angekündigt, dass sie ihre Vorschläge deutlich abschwächen will. Sie hat angedeutet, dass sie insbesondere die umstrittensten Teile ihres Plans nicht weiterverfolgen werde, und will nun einfach den Ausschuss für die Ernennung der Richter umgestalten. Ich gehe davon aus, dass sie die Aufhebungsklausel sowie die Beschränkungen für die Annullierung von Gesetzen durch das Gericht fallenlassen werden.

Wie erklären Sie sich den plötzlichen Kompromissvorschlag der Koalition?

Da sie niemanden hatte, mit dem sie verhandeln konnte, war sie gezwungen, gegen sich selbst zu verhandeln und so zu tun, als gäbe es eine vernünftige Opposition. Das sollte die Proteste eigentlich beenden, wird es aber nicht. Es ist absurd, zu behaupten, dass Israel keine Demokratie mehr wäre, wenn abwechselnd gewählte Regierungen bis zu einem gewissen Grad freie Richterstellen besetzen können. Trotzdem fordert die Opposition das Gericht nun ernsthaft dazu auf, die geplanten Änderungen an der Zusammensetzung des Ausschusses zu verwerfen.

Was würde passieren, wenn das Gericht diese Reform kippt?

Wenn das Gericht diesen Plan aufhebt, wäre das ein Justizputsch. Es würde sagen: Wir sind die obersten Machthaber. Dann hätten wir nicht nur eine Verfassungskrise, sondern das Gericht würde sich im Grunde als Regierungspartner der linken Parteien etablieren und die israelische Demokratie delegitimieren. In der Schweiz wäre es sicherlich ein nationaler Skandal, wenn das Parlament den Wahlprozess für Richter ändern und das Gericht diese Pläne kassieren würde.

Befürchten Sie, dass die Einheit der israelischen Gesellschaft durch die aufgeheizte Debatte langfristig Schaden nehmen wird?

Die israelische Gesellschaft hat schon viel durchgemacht. Israel hat seine eigenen Bürger aus dem Gazastreifen vertrieben. Damals gab es genauso große Proteste wie heute. Das war ein zutiefst traumatisches Ereignis für die Rechten. Trotzdem dienen sie weiter in der Armee und zahlen ihre Steuern. Die derzeitigen Warnungen vor einer Spaltung der Gesellschaft werden von der Opposition als Verhandlungstaktik eingesetzt.

Ökonomen warnen davor, dass die Reform der Wirtschaft Schaden werde. Einige Startups haben bereits ihr Geld aus Israel abgezogen. Ist das auch nur Verhandlungstaktik?

Nein, das sollte man ernst nehmen. Aber es ist vor allem die Kompromisslosigkeit der Opposition, die die Ungewissheit und den politischen Aufruhr verursacht, die die Aktionäre erschreckt. Die ökonomischen Auswirkungen sind bisher sehr gering. Aber die Opposition versucht, eine wirtschaftliche Panik zu erzeugen, um die Reformen scheitern zu lassen.

Selbst der Chefökonom Ihrer Denkfabrik hat vor wirtschaftlichen Schäden gewarnt.

Beachte: Auch er meint, dass das Justizsystem reformiert werden müsse, weil das Gericht zu viel Macht habe. Das Wunderbare an unserer Organisation ist, dass wir offen sind für abweichende Stimmen – im Gegensatz zur Opposition.

Erstveröffentlichung in der „Neuen Zürcher Zeitung“ am 24.3. 2023. Nachdruck mit freundlicher Genehmigung.



Kontraproduktiver Umgang mit der FPÖ

KOMMENTAR VON MARTIN ENGELBERG

Es ist zwar schon einige Wochen her, aber die Mauthausen-Gedenkveranstaltung am 5. Mai im Parlament, vor allem das eindringliche Statement von Michel Friedman, seine heftige Kritik an der (implizit gemeinten) FPÖ und der (explizit genannten) ÖVP, ist noch deutlich in Erinnerung. Der FPÖ gegenüber gelte es das „Wehret den Anfängen“ zu beherzigen. Die ÖVP träge die Schuld, die FPÖ durch zweimalige Koalition, „gekoschert“ (eigentlich „gekaschert“) zu haben.

Bei dieser Gedenkveranstaltung im Bundesversammlungssaal gingen mir, als in vielfacher Hinsicht Betroffener, viele Gedanken durch den Kopf: Als Jude, dessen Familie ebenfalls größtenteils in der Schoa ermordet wurde, noch dazu in Krakau und dem nahegelegenen KZ Auschwitz, wo auch Friedmans Familienangehörige getötet wurden; als einziger jüdischer Abgeordneter im österreichischen Parlament; als Abgeordneter der ÖVP, die sich zwischen 2017 und 2019 in einer Koalition mit der FPÖ befand.

In erster Linie bin ich sehr vorsichtig bei Vergleichen zwischen der Schoa und heutigen politischen Entwicklungen. Immer und immer wieder verwehre ich mich dagegen, wenn leichtfertig Parallelen gezogen werden; wenn Begriffe wie Holocaust, Ju-

denstern usw. in allen möglichen und unmöglichen Kontexten missbraucht werden.

Michel Friedman ein wenig kennend, gehe ich davon aus, dass er ähnlich denkt. Umso überraschter war ich, dass er eine Gedenkveranstaltung anlässlich des Jahrestages der Befreiung des KZ Mauthausen missbrauchte, um genau eine solche und wie ich meine unzulässige Querverbindung herzustellen.

Wer bei einer Holocaust-Gedenkveranstaltung von „Wehret den Anfängen“ spricht, drückt damit aus, dass die heutige FPÖ die Nazis der 1930er Jahre sind. Bei aller möglichen und angebrachten Kritik an der FPÖ halte ich einen solchen Vergleich für unzulässig und gleichzeitig für eine Verharmlosung der Nazis.

Zweitens sollte die FPÖ für das kritisiert werden, was Friedman ihr zurecht ankreidete: Insbesondere unter ihrer jetzigen Führung schürt die Partei (wieder) Hass und Zwietracht in der österreichischen Gesellschaft. Sie verwendet in Wahlkämpfen rassistische Narrative. Und schließlich duldet sie seit Jahr und Tag Funktionäre und Mitglieder in ihren Reihen – „Kellernazis“, wie sie inzwischen landläufig genannt werden –, die sich von nationalsozialistischem Gedankengut nicht abgrenzen, ja sogar mitunter einem solchen huldigen. Das habe ich in Reden im Nationalrat

und öffentlichen Statements angeprangert, ohne aber das – üble – Handeln von Teilen der FPÖ und insbesondere deren gegenwärtiger Führung mit jenem der Nationalsozialisten gleichzusetzen.

Drittens irritierte mich Friedmans entweder unwissende oder undifferenzierte Wahrnehmung der österreichischen politischen Realität: Seit über drei Jahren befindet sich die ÖVP in einer Koalition mit den Grünen. Und die Frage des Umgangs mit der FPÖ stellt sich nicht erst seit dem Jahr 2000, als die ÖVP unter Wolfgang Schüssel zum ersten Mal eine Koalition der ÖVP mit der FPÖ einging.

Mit einem Mindestmaß an Information und Sachlichkeit muss man wissen, dass es mindestens seit dem Jahr 1970 und dem Agieren von Bruno Kreisky immer wieder darum ging, ob und wie die FPÖ in den österreichischen „Verfassungsbogen“ eingebettet werden könne.

Damals waren die moralische Herausforderung und die Nähe zum Nationalsozialismus noch viel größer, saßen doch zu dieser Zeit noch zahlreiche ehemalige Nazis in Spitzenpositionen der FPÖ (und nicht nur in dieser Partei!). Kreisky regierte von 1970–1971 mit Duldung der FPÖ; 1983 ging die SPÖ eine Koalition mit der FPÖ ein. Die Sozialisten waren sogar bereit, Friedrich Peter zum Dritten National-

ratspräsidenten zu wählen, obwohl Simon Wiesenthal einige Jahre davor aufgedeckt hatte, dass ebendieser Friedrich Peter, Parteichef der FPÖ, als SS-Obersturmführer in der berüchtigten Einsatzgruppe C gedient hatte, die zehntausende Juden erschossen hatte – Männer, Frauen und Kinder.

Obwohl seine Einheit fast ausschließlich in solche Aktionen involviert war, bestritt Peter nach dem Krieg, dass er an diesen Vorgängen beteiligt war oder davon gewusst habe. Historiker hielten es für ausgeschlossen, dass Peter nichts von den Ermordungen wusste und für unwahrscheinlich, dass er nicht daran beteiligt war. Bruno Kreisky (und mit ihm die SPÖ) stand Peter – trotz all dem – in dieser Auseinandersetzung mit Simon Wiesenthal bei.

Wiewohl Friedman natürlich sehr wohl berechnete Kritikpunkte ansprach, beschäftigte mich schließlich viertens nicht nur die Frage der Unangemessenheit von Friedmans Statement, sondern auch dessen Sinnhaftigkeit: Nichts ist bei politischer Kritik schädlicher, als wenn sie zum falschen Zeitpunkt, unverhältnismäßig und unsachlich geäußert wird. Dann nämlich hat Kritik den genau gegenteiligen Effekt: Es fällt dem Angesprochenen leicht, die Worte insgesamt abzutun.

Aus unmittelbarer Nähe konnte ich das bei der Veranstaltung wahrneh-

men: Norbert Hofer, als Dritter Nationalratspräsident in der ersten Reihe sitzend, drehte sich während Friedmans Rede empört zu dem direkt hinter ihm sitzenden FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl um und fragte, ob die Freiheitlichen nicht aus Protest aufstehen und hinausgehen sollten. Kickl schüttelte nur mit einem zufriedenen Schmunzeln den Kopf: Er hatte offensichtlich die Situation und Stimmung blitzschnell erfasst. Friedmans Suada würde der FPÖ nur noch mehr Leute zutreiben, die mit dieser Kritik nichts anfangen konnten.

So bleibt fünftens schließlich die Frage nach dem „Wie weiter“ mit der FPÖ in der österreichischen Innenpolitik. Bevor ich mich an möglichen und unmöglichen Koalitionsvarianten nach einer nächsten Wahl beteilige, komme ich zum wiederholten Mal zu meiner Schlussfolgerung: Eine FPÖ kann nicht durch einen Cordon Sanitaire wirkungsvoll und vor allem dauerhaft bekämpft werden. Schon gar nicht durch unsachliche und unangemessene Kritik und Nazi-Vergleiche. Es liegt ausschließlich an den Zentrumsparteien, allen voran der ÖVP und der SPÖ, eine Politik zu machen, die populistische Parteien wieder dorthin verdrängt, wo sie hingehören: An den Rand des politischen Spektrums und in die Bedeutungslosigkeit. Das gilt übrigens nicht nur für die FPÖ, sondern genauso auch für die

– zuletzt plötzlich wiedererstarkende – kommunistische Partei.

An einer solchen Arbeit mag ich mich, im Dienste dieses Landes, sehr gerne beteiligen. Die Rede Friedmans lieferte jedenfalls keinerlei Beitrag dazu, wenn sie nicht sogar kontraproduktiv war.



Wien, wir haben ein Problem

KOMMENTAR VON RAINER NOWAK

Verstehen wir es als österreichische Tradition. Nur eben als keine gute. Probleme werden möglichst lange ignoriert, verharmlost und kleingeredet. Politik, Publizistik und anders vermeintlich Verantwortliche hoffen auf die wundersame Selbsterledigung bzw. Lösung: Nur nicht, die gesellschaftliche Stimmung verschlechtern. Im Gegensatz zu Ingeborg Bachmann: Die Wahrheit ist den Menschen eben nicht zumutbar.

Das war zu beobachten, als vor fünf Jahren erstmals bei einer Antisemitismus-Studie (im Auftrag des österreichischen Parlaments) auch Personen mit arabischem und türkischem Migrationshintergrund befragt wurden. Rassistisch sei dies und impliziere einen eigenen arabischen Antisemitismus; in einem Land mit nationalsozialistischem und katholischem Antisemitismus sei dies besonders infam, tönte der Empörungsschor.

Die Annahme, dass es im Vergleich zum durchschnittlichen Antisemitismus eine höhere Judenfeindlichkeit unter den Befragten mit erwähntem Migrationshintergrund gibt, erwies sich als richtig. Seit 2018 hat sich das kaum verändert. Zumal der Antisemitismus immer auch mit seinen hässlichen Geschwistern Antiamerikanismus und Verschwörungstheorien auftritt und zwar bei alten und neuen antisemitischen Österreichern.

Die Krisen haben antisemitische Verschwörungsmythen „befeuert“, wie es bei der Präsentation des Antisemitismusreports des Parlaments hieß. 36 Prozent der Befragten glaubten, dass Juden die „internationale Geschäftswelt“ beherrschen, 19 Prozent, dass Juden in Österreich zu viel Einfluss hätten. 18 Prozent sahen „jüdische Eliten“ für die aktuellen Preissteigerungen verantwortlich. Jüdische Eliten in der

Energiewirtschaft, in der EZB oder in den Handelskonzernen? Darauf muss man einmal kommen.

Zum dritten Mal – nach 2018 und 2020 – erhob IFES im Auftrag des Parlaments die Einstellung gegenüber Jüdinnen und Juden. 2.000 Personen ab 16 Jahren wurden telefonisch und online befragt. 36 Prozent finden in der IFES-Studie, dass Juden „Vorteile“ aus der Verfolgung während der Nazi-Zeit ziehen wollen. 19 Prozent stimmen der Aussage zu: „Es ist nicht nur Zufall, dass die Juden in ihrer Geschichte so oft verfolgt wurden; zumindest zum Teil sind sie selbst schuld daran.“ Und elf Prozent finden, dass die Berichte über Konzentrationslager und Judenverfolgung übertrieben seien. Auch diesmal wurden fast 1.000 in Österreich lebende Menschen mit türkischem oder arabischem Migrationshintergrund in einer eigenen Stichprobe berücksichtigt.

Darin finden sich weit mehr antisemitische Einstellungen, wobei Projektkoordinator Thomas Stern betonte, dass es sich hier um keinen „monolithischen Block“ handle. Vor allem der israelbezogene Antisemitismus sei hier stärker vertreten. 62 Prozent meinen, dass sich Israelis gegenüber Palästinenser nicht anders verhalten würden als die Deutschen im Zweiten Weltkrieg. Besonders absurd: Insgesamt bejahten 15 Prozent, dass „die Juden nach wie vor den Tod Jesu Christi zu verantworten“ hätten. Von den fast 1000 Befragten mit Migrationshintergrund glauben das 32 Prozent. Studienleiterin Eva Zeglovits fand es zumindest „positiv“, dass jüngere Befragte von 16 bis 25 Jahren Antisemitismus durchaus in ihrem Umfeld identifizieren können – vor allem in sozialen Netzwerken, aber auch in deren eigenem Bekanntenkreis und in der Schule. Das könnte man auch anders sehen: 52 Prozent der Jugendlichen mit Migrationshintergrund haben Antisemitismus

in den sozialen Medien erlebt, 39 in der Schule, 31 unter Freunden und Bekannten, 24 im Familienkreis und 23 in religiösen Einrichtungen. Also eigentlich überall, wo sich diese Jugendlichen aufhalten.

Die Politik reagiert, wie die Politik reagiert: besorgt. Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Auftraggeber der Studie, sieht Antisemitismus ein weiteres Mal als Gefahr für die Demokratie. „Die Ergebnisse sind erschreckend, aber nicht überraschend“, sagt Oskar Deutsch, Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde. Es brauche bessere Wissensvermittlung um die Schoa und das Judentum. Das eigentliche Problem zeigt sich wieder bei den Jungen: 50 Prozent der über 70-Jährigen (und 40 Prozent der 56- bis 70-Jährigen) stimmen der These zu, dass Juden viel zum kulturellen Leben und zur Wissenschaft in Österreich beigetragen haben, aber nur 20 Prozent der 16- bis 25-Jährigen. Offenbar bilden wir gerade eine Generation von Antisemiten heran, die Vermittlung historischer Tatsachen geht offenbar just in der Woke-Ära empfindlich zurück. Heißt: In den Schulen muss dringend mehr getan und mutiger unterrichtet werden.

Natürlich darf der böse alte österreichische Antisemitismus nicht vergessen werden. Wieder Deutsch: „Antisemitismus gibt es auch in der Mitte der Gesellschaft, das zeigen die Daten eindringlich.“ Umso wichtiger sei es, „dass Kellernazis nicht politisch legitimiert werden, wie durch eine ÖVP-Zusammenarbeit mit der FPÖ in Niederösterreich oder Salzburg“. Da hat Deutsch zwar Recht. Nur: In den Umfragen liegt die FPÖ österreichweit auf Platz eins. Sie wird mit nicht sehr geringer Wahrscheinlichkeit in der nächsten Regierung sitzen. Oder anders formuliert: Der Antisemitismus wird nicht salonfähig, aber offenbar schulhof- und regierungsfähig.

Dossier: Jüdische Aristokratie

„Wenn aus dir selbst nicht Adel spricht,
So nützen tausend Ahnen nicht.“

(Jüdische Weisheit)



Vom Schneider zum Schauspieler bis zum „Ritter des Ordens der Eisernen Krone“: Der in den österreichischen Adelsstand erhobene Hofschauspieler Adolf von Sonnenthal auf einer Aufnahme von 1905.

Jüdischer Adel in der österreichischen Monarchie

Das Themenfeld Judentum und Adel ist nicht nur ein Fall für rückblickende Betrachtungen, sondern bietet eine Reihe von Anknüpfungspunkten, die bis in die Gegenwart reichen.

VON KAI DREWES

Man könnte denken, der Begründer des modernen Zionismus um 1900 und Vordenker eines jüdischen Staates, welcher besonders fortschrittlich sein sollte, müsse eingefleischter Republikaner gewesen sein und kritisch gegenüber allem Feudalem. Weit gefehlt, Theodor Herzl war, ganz Kind seiner Zeit, überzeugter Monarchist und hätte anfangs gern einen Baron Rothschild als erstes Staatsoberhaupt gesehen. Auch sonst hatte Herzl ein Faible für Aristokratisches – wäre es nach ihm gegangen, hätte es auch im Judenstaat ein Adelsamt gegeben. Diese Einrichtung hätte neue Adelstitel verliehen und entschieden, welche einwandernden jüdischen Familien,

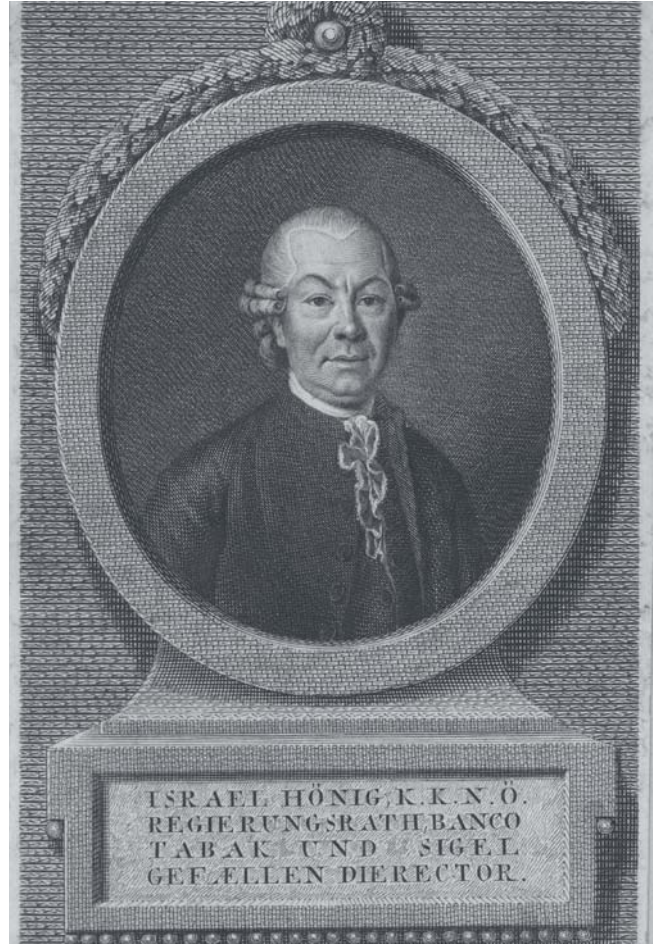
die schon in einem europäischen Land geadelt waren, ihren Titel behalten hätten dürfen. Insgesamt werde er für die jüdische Sache „durch Adelsverleihung grosse persönliche Opfer geleistet bekommen“, so Herzl hoffnungsvoll zu Beginn einer Tagebuchpassage zu dieser Frage vom Juni 1895 – geschrieben in der Hauptstadt des republikanischen Frankreichs, unter dem Eindruck der Dreyfus-Affäre.

Im Abstand von 125 Jahren scheinen solche Überlegungen einer längst vergangenen Zeit anzugehören, als fast alle Staaten Europas noch Monarchien waren und der Adel mehr oder weniger große Privilegien genoss. Doch das Themenfeld Judentum und

© CC-BY-3.0/BIRGIT UND PETER KANZ, WIEN MUSEUM



Franziska von Wertheimstein (Porträt von Emil Orlik, 1900) vermachte ihren Besitz der Gemeinde Wien „zum Wohl der Bevölkerung“. Aus dem Garten wurde der Wertheimsteinpark.



© WIKIMEDIA COMMONS

Der erste geadelte jüdische Großhändler Wiens: „Bankal- und Tabakgefällendirektor“ Israel Hönig von Hönigsberg wird 1789 von Kaiser Joseph II. in den erblichen Adelstand erhoben.

Adel ist bei näherem Hinsehen nicht nur ein Fall für rückblickende Betrachtungen, sondern bietet eine Reihe von Anknüpfungspunkten, die bis in die Jetztzeit reichen.

Nicht nur, dass auf die von Österreich vor 200 Jahren baronisierten, hier seit der NS-Zeit nicht mehr ansässigen Rothschilds weiterhin alles Mögliche projiziert wird; beim Thema jüdischer Adel geht es nicht zuletzt immer wieder um die Frage der Anerkennung einer Minderheit, symbolisiert im Grad der Zugänglichkeit zu hohen Auszeichnungen und individuell verdichtet.

Anlass zum Träumen

Nun waren einst (und sind in Großbritannien noch heute) Adelstitel die höchste Ehrung und boten Anlass zum Träumen, auch für Juden in der Habsburgermonarchie. Joseph Roth greift dies unter anderem in seinem *Radetzky* auf: Der jüdische

Hutfabrikant Knopfmacher will den katholischen Leutnant von Trotta als Schwiegersohn gewinnen, hofft auf den Titel Kommerzialrat und letztlich, nach genügend Spenden, auf einen österreichischen oder wahlweise ungarischen Adelstitel.

Wie Roth war selbstverständlich auch Herzl bewusst, dass es insbesondere in seinen beiden Heimatländern Österreich und Ungarn mehrere hundert Familien jüdischen Glaubens, nicht bloß jüdischer Herkunft, gab, die geadelt wurden, von denen freilich viele – aber auch bei Weitem nicht alle – früher oder später doch zum Christentum übertraten.

Von der gemäß Konfessionszugehörigkeit jüdischen Bevölkerung in der Habsburgermonarchie am Vorabend des Ersten Weltkriegs – etwas über zwei Millionen Menschen – wird höchstens ein Prozent einen Adelstitel getragen haben: vermutlich mehr als in jedem anderen Land Europas,

allerdings adelte der Kaiser und König in Wien insgesamt ganz besonders fleißig. Adelstitel, ebenso wie Verdienstorden, Honorarkonsulate und andere staatlich-monarchische Auszeichnungen waren um 1900 nach wie vor und überall heiß begehrt. Juden (und das heißt hier meist: jüdische Großbürger) machten dabei keine Ausnahme, und wenn sich einige von ihnen Rittergüter oder Schlösser zulegte, sollte dies nicht überraschen. Gehässige Kommentare im Hinblick auf die Empfänglichkeit für Adelstitel usw. bezogen sich jedoch besonders häufig auf Juden.

Bemühungen prominenter, vermöglicher Juden um adelige oder adelsähnliche Würden sind schon früh festzustellen. 1789 war es dann so weit, dass mit Israel Hönig (Edler von Hönigsberg) erstmals ein jüdischer Großhändler in Wien geadelt wurde, ohne zuvor getauft worden zu sein. Auch wenn jetzt einzelnen finanzkräf-

tigen Bankiers und Unternehmern von staatlicher Seite der Wunsch nach einem schmucken Titel erfüllt wurde (in vielen Staaten noch lange undenkbar), ein freundliches Signal an das österreichische Judentum war damit nicht beabsichtigt. Im Gegenteil ergab sich in Österreich damals die seltsame Konstellation, dass Juden prinzipiell adelig werden konnten, aber bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts noch keine Bürgerrechte genossen.

Grabmäler jüdischer Adelige

Im Laufe der Jahre wurde eine ganze Reihe jüdischer Oberschichtfamilien in Wien nobilitiert. Personen in anderen Metropolen der Monarchie wie Prag, Triest und später Budapest, aber auch im Ausland, kamen dazu, zuletzt waren dann sehr viele prominente Industriellen- und Bankiersfamilien in beiden Reichshälften – Juden wie Nichtjuden – zumindest teilweise adelig.

Schließlich wurden beispielsweise auch einige Offiziere und Gelehrte jüdischen Glaubens und sogar der bekannte Hofschauspieler Adolf (seit 1881 von) Sonnenthal geadelt. Unter den Wiener „Ringstraßenbaronen“ der Gründerzeit waren viele geadelte jüdische Familien wie die Ephrussis, Gutmanns, Königswarters, Scheys und Todescos mit ihren prächtigen Häusern, transnationalen Verbindungen und wechselhaften Schicksalen; in dem von Gustav (seit 1866 Ritter von) Epstein errichteten Ringstraßenpalais gibt es heute beispielhaft eine Ausstellung über die Geschichte von Familie und Gebäude. Unbedingt sehenswert sind auch die prächtigen, wappengeschmückten Grabmäler jüdischer Adelsfamilien etwa auf dem Währinger Friedhof und Zentralfriedhof. Sie zeigen im Kontrast zur Masse der anderen Gräber sehr deutlich, welche sozialen Unterschiede es auch innerhalb der riesigen jüdischen Gemeinde Wiens gab.

Niederer und hoher Adel

Denn stets bestand eine deutliche Grenze zwischen dem zahlreichen niedrigen Adel, dem in Österreich auch praktisch alle Freiherren angehörten, und dem hohen Adel vom Grafenstand aufwärts, der auf Abstand hielt und für Juden unerreichbar blieb.

Als die Wiener Rothschilds 1887 die exklusive „Hoffähigkeit“ erlangten, war dies eine außerordentliche Besonderheit und Sensation. Damals war die gesetzliche Gleichstellung der Juden bereits erreicht, aber es war eine höchst widersprüchliche Zeit, die üble Gehässigkeiten wie den antisemitischen Adelsalmanach „Semi-Gotha“ hervorbrachte, ein kurz vor dem Ersten Weltkrieg veröffentlichtes deutsch-österreichisches Gemeinschaftswerk völkischer Publizisten.

Ambivalent auch die Haltung von Kaiser und Regierung gegenüber Juden mit und ohne Adelswunsch, aber doch freundlicher als in Preußen, wo Juden nicht einmal Offiziere werden durften. Um 1900 wurden sogar gezielt einige jüdische Großunternehmer etwa in Galizien und Ungarn geadelt, die zugleich Vorsitzende ihrer jüdischen Gemeinden und damit gesuchte Partner der Regierungen waren, zumal als Verbündete im Nationalitätenstreit.

Baronisierte Bankiers

Angesichts so vieler geadelter jüdischer Familien in Österreich lassen sich deren Geschicke nicht gleichsetzen – es kam so ziemlich alles vor, was irgend vorstellbar ist. Einzelne jüdische Adelige versuchten ihren wirtschaftlichen Erfolg und ihre Kontakte zugunsten der jüdischen Gemeinschaft einzusetzen. In der Tradition der frühneuzeitlichen Fürsprache („shtadlanut“) seitens der „Hofjuden“ für ihre Glaubensgenossen setzten sich etwa in Wien und Budapest noch um 1900 einzelne Angehörige großbürgerlich-neuadeliger jüdischer Familien als Leitungsmitglieder von Kultusgemeinden und jüdischen Organisationen – teils auch als Parlamentsabgeordnete – aktiv für jüdische Belange ein.

Allerdings gab es auch oft ein Herauswachsen geadelter jüdischer Familien aus dem Judentum, weil die Nachkommen christlich wurden oder kaum noch einen Bezug zum Judentum hatten. Die baronisierten Bankiersfamilien Arnstein und Eskeles etwa traten schon Anfang des 19. Jahrhunderts überwiegend über. Andererseits gingen aus einigen Adelsfamilien auch noch im 20. Jahrhundert bekannte jüdische Persönlichkeiten hervor wie die Döblinger Mäzenin Franziska von

Wertheimstein oder der Kulturosoziologe Erich von Kahler.

Ein Beispiel für den möglichen Gang der Dinge, vielleicht besonders erhellend: Viele sahen und sehen Hugo von Hofmannsthal als irgendwie jüdisch an, dabei hatte er nur einen einzigen Großelternteil jüdischer Herkunft und sah sich als katholischen Edelmann. Der namensgebende Urgroßvater des Dichters und Adelserwerber hingegen, Isaak Löw Hofmann (seit 1835 Edler von Hofmannsthal), war erfolgreicher Großunternehmer und wichtiger jüdischer Philanthrop, lange Jahre auch Vorsteher der Wiener Gemeinde gewesen. Sein Adelswappen zeigte unter anderem die mosaischen Gesetzestafeln mit hebräischer Inschrift.

Was die Nachkommen geadelter jüdischer Familien betrifft, dürfte es in Österreich heute nur noch sehr wenige Menschen geben, die jüdischen Glaubens sind und unter anderen Umständen einen ererbten Adelstitel führen dürften. Denn in der Tschechoslowakei und Österreich wurden sofort nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg alle Adelstitel in Eigentümlicher Konsequenz abgeschafft.

Ironischerweise lebt aber ausgerechnet im nach Herzl realisierten jüdischen Staat seit einem Jahrhundert eine Familie mit österreichischem Adelstitel. Der bekannte Publizist und revisionistische Zionist Wolfgang (alias Binyamin Ze'ev) von Weisl, dessen Vater noch im September 1918 geadelt worden war, ging wenige Jahre darauf nach Palästina, behielt aber seinen deutschen Familiennamen samt Adelsprädikat bei. Von seinen israelischen Nachkommen ist die Enkelin Niva von Weisl heute als Managerin in Indien tätig, engagiert sich für die Erinnerung an ihre interessante Familie und ist so zur Brückenbauerin zwischen Israel und Österreich geworden.

Die aristokratische Arierklausel

© ULLSTEIN BILD/PICTUREDESK.COM



Hitlers „liebste Prinzessin“: Stéphanie von Hohenlohe-Waldenburg-Schillingsfürst erhielt vom Führer höchstpersönlich das goldene Ehrenzeichen der NSDAP.

Ohne Adel hätte es 1944 kein Hitler-Attentat gegeben, aber 1933 auch keine Hitler-Machtergreifung. Antisemitismus war der Klebstoff zwischen Aristokratie und Nationalsozialismus.

VON ANDREA SCHURIAN

Die Presse, Juden und Mücken seien eine Pest, von der sich die Menschheit befreien müsse: „Ich

glaube, das Beste wäre Gas.“ Was klingt wie ein Zitat aus Adolf Hitlers *Mein Kampf*, ist ein Zitat aus einem Brief, den der letzte Deutsche Kaiser Wilhelm II. 1927 an seinen Freund Poultney Bigelow schrieb. Das Hitlerattentat vom 20. Juli 1944 rund um Claus Graf Stauffenberg, der bekanntlich noch 1933 Hitlers Ernennung zum Reichskanzler begrüßt und dessen nationalistische Bestrebungen unterstützt hatte, wäre ohne adelige Mitstreiter jedenfalls nicht denkbar: Fast fünfzig Prozent der etwa zweihundert Verschwörer stammten aus aristokratischem Haus, etwa ein Drittel der Todesopfer der Vergeltungsaktionen war

adelig. „Es ist mein tiefer Glaube, dass meine Feinde die ‚vons‘ sind, die sich Aristokraten nennen“, sagte Hitler später in einer Rede vor Arbeitern. Hochrangige Nazis sprachen von „blaublütigen Schweinen“ und „Geschmeiß“ und forderten, man müsse die „Adelsclique“ mit „Stumpf und Stiel ausrotten“.

Kämpfer, Opfer, Täter

Der Schriftsteller Carl Zuckmayer (1896–1977), der vor den Nazis 1938 zunächst nach Zürich und im Jahr darauf in die USA floh, war überzeugt davon, dass „fast alle Namen des deutschen Geschlechter-Adels in den Reihen der Widerstandskämpfer und Wi-

derstandesopfer zu finden“ seien. Doch wahr ist, dass sich nicht minder viele blaublütige Namen im Bundesarchiv Berlin, in den NSDAP-Mitgliederkarteikästen, finden. „Ohne Adel hätte es keinen 20. Juli 1944 gegeben“, präzisiert der deutsche Historiker Stephan Malinowski, Autor von *Vom König zum Führer: Deutscher Adel und Nationalsozialismus*, „aber eben auch nicht Hitlers Machtergreifung am 30. Januar 1933“.

Tatsächlich war Antisemitismus der Klebstoff zwischen deutscher, vor allem preußischer, Aristokratie und dem Nationalsozialismus. Der elitäre Club der Prinzen, Fürsten und Grafen, nämlich die 1874 gegründete Deutsche Adelsgenossenschaft (D. A. G.), war so etwas wie die Avantgarde der Rassenideologie. Die 1920 eingeführte Arierklausel erinnert frappant an die Rassengesetze des Dritten Reiches: Mitglied im Eisernen Buch des deutschen Adels deutscher Art (EDDA) konnte nur sein, wer arische Vorfahren bis 1800 zurück nachweisen konnte: „Wer unter seinen Vorfahren im Mannesstamm einen nach 1800 geborenen Nichtarier hat oder zu mehr als einem Viertel anderer als arischer Rasse entstammt oder mit jemandem verheiratet ist, auf den dies zutrifft, kann nicht Mitglied der D. A. G. sein.“

1935 glichen die deutschen Blaublütler ihren Arierparagraphen an den für die SS-Mitgliedschaft nötigen „Großen Ariernachweis“ an: Nun musste man „rein arische Vorfahren“ bis zum Jahr 1750 zurück nachweisen. Im preußischen Adel, so Malinowski, sei praktisch keine der berühmten Familien nicht bei den Nazis gewesen. Eine Stichprobe aus 320 deutschen Adelsfamilien fördert zirka 3600 adelige NSDAP-Mitglieder zutage, darunter 43 Bismarcks, 41 Schulenburgs, 52 Schwerins, 27 Hardenbergs, 40 Bülows und 78 Wedels. Hitlers „liebste Prinzessin“ war Stéphanie von Hohen-

lohe-Waldenburg-Schillingsfürst. 1938 machte sie der Diktator trotz ihrer jüdischen Herkunft zur „Ehrenarierin“ und steckte ihr höchstpersönlich das goldene Ehrenzeichen der NSDAP an. Prinzessin Stéphanie, die ihre guten Kontakte zum Hochadel in den Dienst des Führers gestellt hatte, zählte zu Hitlers heimlichen Helfern.

Schon vor 1933 waren 70 Mitglieder des deutschen Hochadels der NSDAP beigetreten, bis 1941 stieg die Zahl der hocharistokratischen NSDAP-Mitglieder auf 270. Dazu kamen 3600 Angehörige des Kleinadels, jeder vierte von ihnen war Nazi der ersten Stunde. Kaisersohn August Wilhelm Prinz von Preußen, ein glühender Nazi und seit 1930 Mitglied in SA und NSDAP, machte in Bierzelten für den Führer Stimmung; für die internationalen Beziehungen nach Westeuropa fühlte sich Prinz Max Egon zu Hohenlohe-Langenburg zuständig, Prinz Philipp von Hessen knüpfte Kontakte zu Mussolini.

Blaublütige Nazis

Vor allem junge Adelige suchten ihre politische Heimat bei den Nationalsozialisten, nicht zuletzt aus Karrieregründen beim Militär: Stammten 1933 etwa 900 Offiziere aus dem Adelstand, so waren es 1935 bereits mehr als 2000. Im Jahr 1938 machte der Adel in der deutschen Gesamtbevölkerung nur eine verschwindende Minderheit von etwa 0,1 Prozent aus – aber 19 Prozent davon waren SS-Obergruppenführer. Keine gesellschaftliche Gruppe war hier stärker vertreten.

Außerdem interessierten sich vom Kleinadeligen bis zum Fürsten so ziemlich alle Adelsränge für die östlichen Beutegebiete, wie man aus Briefen an die SS-Führung ersehen kann. „Es ist naheliegend, dass sich Mitglieder einer Bevölkerungsgruppe, in der Antisemitismus Tradition hatte und die sich auf vormoderne Phantasien

von durch ‚Blut‘ und ‚Vorsehung‘ legitimierten Privilegien berief, mit einer Bewegung sympathisierten, deren erklärtes Ziel die Ausrottung aller Juden war und die auch sonst – beispielsweise mit dem Elitgedanken, der Verherrlichung des Kriegs, der Verachtung der Demokratie – verschiedene Anknüpfungspunkte für die reaktionären Ansichten vieler Adelliger bot“, resümierte Georgia Daems in der Wochenzeitschrift *Jungle World* im Februar dieses Jahres anlässlich der Verhaftung von Heinrich XIII. Prinz Reuß, der gemeinsam mit der rechts-extremen Reichsbürgerbewegung den Umsturz in Deutschland vorbereitet haben soll.

Katholische Edelleute

Deutlich weniger für Nazi-Ideologie anfällig als der preußisch-protestantische, war der vornehmlich katholische Adel in Österreich. Wenn, dann unterstützten sie den austrofaschistischen Ständestaat. Nach der Ermordung von Engelbert Dollfuß wurde Kurt (von) Schuschnigg, Nachkomme einer adeligen Offiziersfamilie, Kanzler. Mehr als die Hälfte seiner Minister waren adelig, und die „Katholischen Edelleute in Österreich“ träumten davon, wieder die Monarchie einzuführen.

„Kurt Schuschnigg und die mit ihm verbündeten Kräfte verfolgten mit ihrer Annäherung an die Legitimisten das Ziel, einen Gegenpol zum Nationalsozialismus zu bilden. Letztlich zögerte Schuschnigg aber, Otto Habsburg in Österreich den Thron oder die Kanzlerschaft anzubieten“, schreibt Michael John im Katalog zur Oberösterreichischen Landesausstellung in Steyr (2021).

Und etliche Adelige wurden nach dem sogenannten „Anschluss“ sofort in ein Konzentrationslager deportiert, wie Gudula Walterskirchen in ihrem Buch *Blaues Blut für Österreich – Adelige im Widerstand gegen den Natio-*

„Vom Kleinadeligen bis zum Fürsten interessierten sich so ziemlich alle Adelsränge für die östlichen Beutegebiete, wie man aus Briefen an die SS-Führung ersehen kann.“

© CC BY-SA 3.0 DE



Heimwehrführer und Vizekanzler: Ernst Rüdiger von Starheimberg, Austrofaschist und Bundesführer der Vaterländischen Front.



© WIKIMEDIA COMMONS

Claus Philipp Maria Schenk Graf von Stauffenberg unterstützte 1933 die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler. Elf Jahre später wurde er nach dem gescheiterten Attentat hingerichtet.

nalsozialismus dokumentiert. Walterskirchen zufolge war Baron Hans Karl von Zeßner-Spitzenberg der erste Österreicher, der am 1. August 1938 im KZ Dachau starb.

Freilich sympathisierten auch österreichische Adelige mit den Nazis, waren feige Mitläufer oder, wie beispielsweise Arthur Seyß-Inquart, brutale Mittäter. Seyß-Inquart war einer der im Nürnberger Prozess angeklagten 24 Hauptkriegsverbrecher, der 1946 schuldig gesprochen und hingerichtet wurde.

Der Dichter Heimito von Doderer, der 1933 der NSDAP beigetreten war, „arisierte“ im Mai 1938 das Atelier des Werbetexters Gregor Sebba in Wien-Josefstadt. Adele Fischel, deren Vater einer der Mitbegründer der Hirtenberger Patronenfabrik war, musste ihr Haus in Wien-Wieden an Prinzessin Marie Fürstenberg verkaufen. Und die Gräfinnen Nora Herberstein und Elsa Thurn-Valsassina arisierten 1940 ein Döblinger Anwesen. Mela-

nie Habsburg-Lothringen, geborene Reichsfreiin von Risenfels, spendete der NS-Volkswohlfahrt – allerdings offenbar so wenig, dass man sich in der Parteizentrale über ihre Knausrigkeit mokierte. Ihr Ansuchen im Dezember 1941, die Liegenschaft von Friedrich Israel Karbach erwerben zu dürfen, der ebenso wie seine Frau im KZ Theresienstadt starb, wurde trotzdem positiv, ein Rückstellungsantrag von Karbachs Erben 1951 negativ beschieden.

Feine Mordgesellschaft

Besonders grausam war, was sich wenige Tage vor Kriegsende, in der Nacht auf den 25. März 1945, im burgenländischen Rechnitz abspielte. Gräfin Margit von Batthyány, Tochter des Industriellen Heinrich Thyssen, feierte auf ihrem Schloss eine rauschende und rauschige Party. Am Ende der feuchtfröhlichen Sause waren zweihundert jüdische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, die am Tag vor der Party nach Rechnitz

gebracht worden waren, tot: Erschossen und erschlagen von der feinen Gesellschaft, unter ihnen Würdenträger, Politiker sowie der örtliche Gestapoführer Franz Podezin. Rechnitzer Bürger sollten später zu Protokoll geben, dass sie Schüsse und die Schreie der Opfer gehört hatten. Ein paar Juden hatte man am Leben gelassen – allerdings nur aus einem besonders grausamen Grund: Sie mussten die Grube zuschütten, in die man die Leichen geworfen hatte. Anschließend wurden auch sie hingerichtet.

Es gibt keine Beweise, dass Margit von Batthyány-Thyssen an der Mordorgie teilgenommen hat, wohl aber, dass sie vom Massaker wusste, die Täter deckte und einigen von ihnen zur Flucht verhalf. Podezin, der Haupttäter, konnte jedenfalls nach Südafrika entkommen, wo er in den 1990er Jahren unbehelligt starb. Die Gräfin selbst wurde ebenfalls nie angeklagt. Sie widmete sich nach dem Krieg der Pferdezucht und verstarb 1989 in der Schweiz.

Fürstin der Herzen

© WIKIMEDIA COMMONS



Elsa von Gutmann (zirka 1910) wurde in Vaduz als „Landesmutter“ verehrt. Nach dem „Anschluss“ floh sie in die Schweiz.

Fürstin Elsa von und zu Liechtenstein (1875–1947) machte sich durch ihr soziales Engagement einen Namen und bei der Bevölkerung beliebt. Noch heute ist diese außergewöhnliche Landesmutter als die „gute Fürstin“ bekannt.

VON THERESA ABSOLON

Rothschild, Todesco, Ephrussi: Das sind drei der bekanntesten jüdischen Familien, die in den Adelstand erhoben wurden. Die Nobilitierung jüdischer Familien war ein bemerkenswertes Ereignis in der Geschichte Österreichs im 19. Jahrhundert. Es war eine Zeit des Wandels und der Modernisierung, in der alte Tabus und Vorurteile langsam aufgebrochen wurden.

In diesem Umfeld konnten jüdische Familien erstmals den Aufstieg in die höchsten Gesellschaftsschichten schaffen. Eine davon war die Familie Gutmann, die sogar eine Fürstin hervorbrachte: Elsa (eigentlich Elisabeth) von Gutmann wurde 1875 in Wien als

Tochter von Ritter Wilhelm Isak von Gutmann geboren. Ihr Vater, der aus ärmlichen Verhältnissen stammte, hatte gemeinsam mit seinem Bruder im damals aufstrebenden Kohlehandel Fuß gefasst, bald erlangte das Unternehmen der Gebrüder Gutmann eine führende Position in der Habsburger Monarchie.

Kaiser Franz Joseph I. erhob die beiden aufgrund ihrer wirtschaftlichen Erfolge und ihres sozialen Engagements 1878 in den erblichen Ritterstand, was den Grundstein für den sozialen Aufstieg der Familie legte. 1891/92 war Wilhelm Isak von Gutmann außerdem Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde in Wien und in der Wiener Gesellschaft ausgezeichnet vernetzt.

Aus Liebe konvertiert

1899 heiratete Elsa den Baron Géza Erös von Bethlenfalva, für den sie zuvor zum Katholizismus konvertiert war. Das Glück der beiden währte allerdings nicht lange, bereits 1908 starb der Ehemann. Wie schon ihr Vater war auch Elsa sehr wohlthätig und engagierte sich unter anderem beim Hilfsfonds für Soldaten, wo sie ihren späteren Ehemann, Franz I. Fürst von Liechtenstein, kennen und lieben lernte. Wegen ihrer jüdischen Abstammung und des ungleichen Standes erlaubte Franz' Bruder Johann II., Landesfürst von Liechtenstein, die Ehe nicht. Das Paar heiratete 1919 heimlich, erst nach dem Tod von Johann II. 1929 konnte die Ehe auch offiziell geschlossen werden. Franz I. beerbte seinen Bruder als Landesfürst.

Elsa hatte nicht nur enormen Einfluss auf ihren Ehemann, sie verdiente sich auch rasch einen ausgesprochen guten Ruf in Liechtenstein und wurde schon bei ihrem ersten Besuch 1929 in Vaduz begeistert von der Bevölkerung empfangen. Das Paar verbrachte zwar die meiste Zeit des Jahres im Thalhof am Semmering und in Wien, besuchte Liechtenstein aber bis 1935 jedes Jahr im Sommer. Als erstes Fürstenpaar suchten sie dabei den Kontakt zur Bevölkerung. Elsas Engagement galt

insbesondere den Kindern des Landes, sie besuchte Schulen, beschenkte die Schulkinder und lud diese wiederholt zu sich ein. Sie gründete mit ihrem Mann die *Franz und Elsa-Stiftung für die liechtensteinische Jugend*, die noch bis heute besteht.

Fürstin Elsa-Stiftung

Zudem engagierte sie sich im Spitalsbereich und gründete die *Fürstin Elsa-Stiftung*. Sie machte Krankenbesuche, beschaffte auf eigene Kosten Medikamente aus den USA, als 1930 in Vaduz Polio ausbrach und finanzierte mittellosen Kranken monatelange Spitalaufenthalte. Durch dieses soziale Engagement und die persönliche Beziehung zum Land – sie trat bewusst oft in Volkstracht auf – war sie in der Bevölkerung äußerst beliebt und wurde als „Landesmutter“ verehrt. Dennoch war auch sie spätestens ab 1933 mit antisemitischen Anfeindungen konfrontiert, besonders ihr Einfluss auf Franz I. wurde kritisiert und man verdächtigte sie, die Thronfolge anzustreben.

Als Franz I. 1938 verstarb, folgte ihm sein Großneffe Franz Joseph II. als Landesfürst nach, da das Ehepaar keine Kinder hatte. Nach dem Tod ihres Ehemannes übersiedelte Elsa auf den Semmering. Kurz nach dem „Anschluss“ Österreichs floh sie in die Schweiz, wo sie während des Zweiten Weltkrieges jüdischen Flüchtlingen half und Spenden für das Rote Kreuz sammelte. Sie selbst besuchte Liechtenstein bis zu ihrem Tod nicht mehr. Sie starb 1947 in Vitznau am Vierwaldstättersee in der Schweiz.

Mit ihrem sozialen Engagement und ihrer Liebe zu Liechtenstein wurde diese außergewöhnliche Frau zu einer unvergesslichen Persönlichkeit in der Geschichte des kleinen Fürstentums. Noch heute ist sie als die „gute Fürstin“ bekannt.

Mazel Tov für den neuen König



© ABIR SULTAN/APPI/PICTUREDESK.COM

Der nunmehrige König Charles mit seiner eigens für ihn gestalteten Kippa aus blauem Samt, bestickt mit dem Wappen des Prince of Wales. Eine neue Kippa ist vermutlich bereits in Arbeit.

Es sei, schrieb die israelische Zeitschrift „Haaretz“ anlässlich der hohen Beteiligung der jüdischen Gemeinde an den Krönungsfeierlichkeiten für King Charles, „a Jewish Coronation“. Während ihres Wien-Besuches vor sechs Jahren besuchten Charles und Camilla nur ein Museum: das Jüdische Museum Wien. Persönliche Erinnerungen der damaligen Direktorin.

VON DANIELLE SPERA

Als am Samstag, den 6. Mai 2023, zum ersten Mal seit siebzig Jahren wieder ein britischer Monarch gekrönt wurde, war das auch ein besonderer Tag für die jüdische Gemeinde Großbritanniens. Durch die enge Beziehung von König Charles mit dem Judentum wurde die Krönung auch zu einem Ereignis mit und für die britischen Jüdinnen und Juden.

Der britische Oberrabbiner Sir Ephraim Mirvis rief dazu auf, dass jedes Gemeindemitglied an diesem Tag Mitzwot, gute Taten zu Ehren des neuen Königs, vollbringen solle. Er selbst und seine Frau wurden nicht nur zur Zeremonie eingeladen, sondern hatten vor der Krönung als Gäste bei King Charles übernachtet, um die Schabbat-Ruhe einhalten zu können. Unter den Musikstücken hatte das Kö-

nigshaus sich auch drei Kompositionen von jüdischen Musikerinnen und Musikern gewünscht. Zum Schluss der Zeremonie in der Westminster Abbey durften die Religionsvertreter Grußworte an den neuen König richten. Diese Botschaft der Gemeinsamkeit war auch eine Premiere. Die bedeutende Beteiligung der jüdischen Gemeinde an der Krönung ließ die israelische Zeitschrift Haaretz titeln: „A Jewish Coronation“.

Das britische Königshaus pflegt insgesamt einen entspannten Umgang mit dem Judentum. Zwar war Königin Elizabeth in ihrer gesamten Regentschaft nie nach Israel gereist, doch besuchte sie 2015 Bergen-Belsen, das einzige Konzentrationslager, das 1945 von britischen Truppen befreit wurde. Und sie erhob zahlreiche Rab-

„Ganz abgesehen davon gibt es im britischen Königshaus seit Jahrhunderten die Tradition, dass jedes männliche Baby von einem Mohel, also einem religiös ausgebildeten Fachmann, beschnitten wird.“

biner oder jüdische Persönlichkeiten in den Adelsstand beziehungsweise ernannte sie in das House of Lords. Prinzessin Anne ist in zweiter Ehe mit Timothy Laurence verheiratet, der väterlicherseits jüdische Vorfahren hat.

Ganz abgesehen davon gibt es im britischen Königshaus seit Jahrhunderten die Tradition, dass jedes männliche Baby von einem Mohel, also einem religiös ausgebildeten Fachmann, beschnitten wird. Nur Prinzessin Diana hatte sich geweigert, dies bei ihren Söhnen William und Harry durchführen zu lassen. Wie tausende andere Juden wurde König Charles vom Londoner Rabbiner Jacob Snowman beschnitten.

Charles und Israel

König Charles hat eine besondere enge Verbindung zur jüdischen Gemeinde, etwa durch seine Freundschaft mit dem früheren britischen Oberrabbiner Lord Jonathan Sacks. Bei dessen Pensionierung 2013 hielt Charles eine brillante Rede, in der er darauf anspielte, dass beide gleich alt seien; der Oberrabbiner ginge in Pension, während er sein Amt als König noch gar nicht angetreten habe. Als Lord Sacks überraschend starb, würdigte Charles ihn mit den Worten, Sacks sei „ein Licht für seine Nation“ gewesen, er würde ihn mehr vermissen, als er je in Worte fassen könnte.

Bei vielen Gelegenheiten hob Charles hervor, dass er, geboren 1948, genauso alt sei wie der Staat Israel. Besonders wichtig ist ihm die Tatsache, dass seine Großmutter väterlicherseits, Alice von Battenberg, im Zweiten Weltkrieg eine jüdische Familie gerettet hatte. Während ihrer Arbeit für das Rote Kreuz versteckte Alice von Battenberg, die von Geburt an gehörlos war, die griechisch-jüdische Familie Cohen vor den Nazis. Als sie dazu verhört wurde, gab sie vor, nichts zu verstehen. 1993 erhielt sie posthum

die Ehrung „Gerechte unter den Völkern“ der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem. Ihrem Wunsch entsprechend wurde Alice von Battenberg in der Maria-Magdalenenkirche auf dem Ölberg in Jerusalem beerdigt.

Aus dem Garten des dortigen Klosters stammen auch die Oliven für das Öl, mit dem Charles und Camilla anlässlich der Krönung gesalbt wurden. Ein Besuch am Grab seiner Großmutter stand für den nunmehrigen König Charles bei jeder Reise nach Israel auf dem Programm. Er besitzt übrigens eine eigens für ihn gestaltete Kippa aus blauem Samt, die mit dem Wappen des Prinz of Wales, seinem früheren Titel, bestickt ist. Eine neue Kippa ist vermutlich bereits in Arbeit.

2017 reiste Charles gemeinsam mit seiner Frau Camilla nach Wien, ich hatte das große Privileg, die beiden durch das Jüdische Museum führen zu dürfen. Besuche aus dem britischen Königshaus stehen nicht auf der Tagesordnung österreichischer Museen. Umso glücklicher waren wir, dass HRH, der Prince of Wales, sich unter allen Wiener Museen das Jüdische

Museum ausgesucht hatte. Dieser Entscheidung gingen aufregende Wochen voran.

Mitte Februar 2017 erreichte mich ein Anruf aus der britischen Botschaft in Wien. Man sei beauftragt, Kultureinrichtungen für den royalen Besuch zu sondieren. Aus diesem Grunde würde eine Abordnung des Royal Household das Jüdische Museum Wien gründlich unter die Lupe nehmen.

Male und Female Principle

Die überraschende Ankündigung erfolgte mit dem Ersuchen um allerstrengste Geheimhaltung. Die achtköpfige Delegation des Buckingham Palastes erschien auf die Minute pünktlich am 28. Februar 2017 um 16 Uhr. Die Namen Charles und Camilla wurden nicht ausgesprochen, sondern es hieß „Male Principle“ (Prinz Charles) und „Female Principle“ (Herzogin Camilla). Wenige Tage später wurde eine Gruppe von Sicherheitsleuten aus dem Königshaus eingeflogen, um das JMW auf seine Sicherheitslage zu überprüfen. Es folgten unzählige E-Mails mit ebenso vielen Fragen, und



Der Prince of Wales und die Duchess of Cornwall 2017 im Jüdischen Museum Wien.

© OURIEL MORGENZTERN

schließlich erhielt ich von Clarence House, dem Sitz des damaligen Thronfolgerpaares, einen minutiösen Ablauf für den Besuch am 7. April 2017. Neben einer Führung wünschte sich Charles, österreichische Holocaust-Überlebende kennenzulernen, die mit Hilfe von Kindertransporten in Großbritannien überlebt hatten, sowie ein Treffen mit Jugendlichen aus dem Nahen Osten. Er hatte von den Pro-

grammen erfahren, die das Jüdische Museum Wien seit 2016 für muslimische Flüchtlinge durchführte und wollte einen Eindruck davon bekommen. Für beide Gruppen nahm sich das royale Paar viel Zeit. Dem heutigen König war es wichtig, mit jedem einzelnen Anwesenden zu sprechen und deren Lebensgeschichten zu erfahren. Mit höchster Aufmerksamkeit hörten Charles und Camilla allen Ge-

schichten zu. Am Schluss blieb auch noch Zeit für humorvollen Small Talk. Ich persönlich war überwältigt von der Sympathie und Offenheit, mit der mir der damalige britische Thronfolger begegnete, und für sein leidenschaftliches Interesse am und sein Wissen über das Judentum.

Daher ein großes „Mazel Tov“ für den neuen König!

Landesverrat von höchster Stelle

Nicht einmal ein Jahr saß Edward VIII. (1894–1972), Liebling der Londoner High Society, auf dem Thron, ehe er zugunsten seines jüngeren Bruders George VI., dem Großvater des amtierenden britischen Königs Charles III., abdanken musste. Am 10. Dezember 1936 legte er Krone und Zepter ab – angeblich aus Liebe zur bürgerlichen und zweimal geschiedenen Amerikanerin Wallis Simpson. Historiker bezweifeln allerdings, dass dies der Hauptgrund gewesen war..

Dem britischen Geheimdienst waren nämlich zu diesem Zeitpunkt längst Edwards Kontakte zur englischen faschistischen Bewegung unter dem Aristokraten Oswald Mosley bekannt, ebenso Wallis Simpsons Verbindungen zu Mussolini und Joachim von Ribbentrop. Und ein Report des FBI aus dem Jahr 1941 dokumentiert auf 227 Seiten Edwards unverhohlene Sympathien für den Nationalsozialismus, seine konspirativen Fantasien, ja, seinen Landesverrat.

So hoffte er, dass die deutsche Luftwaffe britische Städte bombardieren und Winston Churchill mit dem Deutschen Großreich Frieden schließen würde. „Das“, sagt die deutsche Historikerin Karina Urbach in der *Süddeutschen Zeitung*, „war Landesverrat, obwohl Edward damals natürlich schon eine Randfigur war“. Und das könnte auch der wirkliche Grund für seine Abdankung gewesen sein. 1937, im Jahr nach seiner Abdankung, statteten der Herzog und seine Gemahlin nach ei-

nem Abstecher nach Berlin auch Adolf Hitler auf dem Obersalzberg einen Besuch ab. Die BBC berichtete, wie „fasziniert vom Führer“ Wallis Simpson gewesen sei, weil Hitler sie mit „königlicher Hoheit“ angesprochen hatte. 1940 meinte Edward – damals britischer Gouverneur auf den Bahamas und England bereits im Krieg – in einem Interview: „Wenn der Krieg vorbei ist und Hitler die Amerikaner zerquetscht hat ... übernehmen wir. Sie [das Commonwealth] wollen mich nicht als ihren König, aber ich komme bald als ihr Führer zurück.“ Und weiter: „Es wäre eine Tragödie für die Welt, wenn Hitler gestürzt würde. Er ist der richtige und logische Führer für das deutsche Volk“.

Philips Nazi-Schwestern

Braunbefleckt ist übrigens auch die Familiengeschichte von Prinz Philip (1921–2021), Duke of Edinburgh, Ehemann von Queen Elizabeth und Vater von König Charles II. Zwar hatte seine Mutter, Alice von Battenberg (1885–1969), eine deutsche Adelige, im Krieg eine jüdische Familie gerettet. Doch seine Schwestern waren hochgradige Anhängerinnen des Nationalsozialismus. Sein Vater, Andreas von Griechenland (1882–1994), entstammte dem deutschen Adelshaus Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg. Nach dem Militärputsch verließ die königliche Familie Griechenland, Philip kam ins Internat Schloss Salem in der Nähe des Bodensees; nach Hitlers Machtübernahme wurde er zuerst nach Frankreich, dann nach England geschickt. Seine vier Schwestern aber blieben in Deutschland; ihre adeligen Ehemänner engagierten sich für die

Nazis. Philip selbst trat der Marine bei und kämpfte während des Zweiten Weltkriegs auf der Seite der Briten gegen die Deutschen. 1947 wurde er britischer Staatsbürger, konvertierte zur anglikanischen Kirche, verzichtete auf seine Titel Prinz von Griechenland und Prinz von Dänemark und nannte sich fortan nach seiner Mutter Battenberg, allerdings in der englischen Version, Mountbatten.

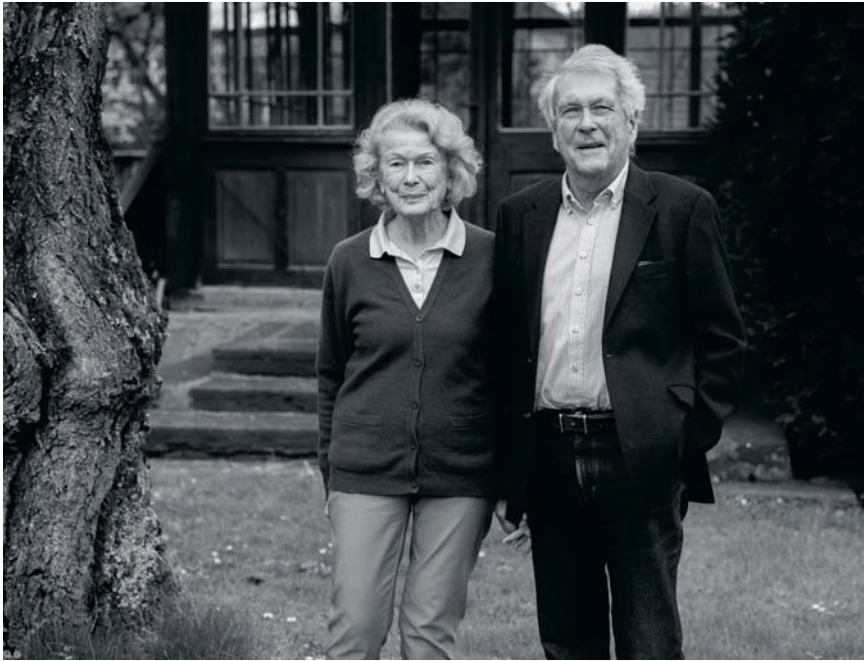
Zu seiner Hochzeit mit Prinzessin Elizabeth 1947 war niemand aus seiner deutschen Verwandtschaft eingeladen. (Andrea Schurian)



Urlaub an der Adria, 1936: Edward VIII. und Wallis Simpson beginnen ihr sorgenfreies bürgerliches Dasein. Die Sympathien für die britischen Faschisten bleiben dieselben.

© ROYAL COLLECTION OF THE UNITED KINGDOM/PIGRYL

„Wir feiern alles, aber schön getrennt“



Friederike und Ulrich Habsburg-Lothringen leben ein weitgehend koscheres Leben in Kärnten.

Vor mehr als dreißig Jahren beschloss die damals 50-jährige Katholikin Friederike Habsburg-Lothringen, sich den jüdischen Glauben nicht mehr von Christen, sondern von Juden erklären zu lassen. Und zu konvertieren. Ein Gespräch über Toleranz, Festtagsstress, Synagogenbesuche und wie schwierig es ist, in Kärnten die Koscher-Gesetze einzuhalten.

VON ANDREA SCHURIAN (TEXT) UND
FERDINAND NEUMÜLLER (FOTOS)

Sie Jüdin, er Katholik, beide adelig: Erzherzog Ulrich von Habsburg-Lothringen und seine Frau Friederike, geborene von Klinkowström, sind der lebende (und liebenswürdige) Beweis, dass auch gegensätzliche Lebensentwürfe und Glaubensgrundsätze einer

großen Liebe nichts anhaben können.

Respekt und Toleranz nennen sie als die wichtigsten Zutaten ihres Ehelebens. Dass sie mit ihrer selbstbestimmten Lebensweise mitunter für Unverständnis sorgen, ist ihnen klar.

Ulrich Habsburg, Urenkel des letzten Großherzogs Ferdinand IV. von Toskana und Neffe dritten Grades von Otto Habsburg-Lothringen, ist studierter Land- und Forstwirt, Gutsbesitzer und Autor. Er setzte sich für die Rechte der Kärntner Slowenen ein, war lange Jahre für Die Grünen als Gemeinderat in Wolfsberg tätig und engagierte sich dafür, dass auch Angehörige aus regierenden und/oder ehemals regierenden Häusern wie etwa Habsburg, Hohenlohe etc. bei der Bundespräsidentenwahl kandidieren dürfen: „In Österreich darf jeder alles werden, auch ehemalige Nationalsozialisten. Nur mir wird das Amt des Bundespräsidenten verwehrt.“ 2011 wurde das Kandidaturverbot tatsächlich gestrichen.

Friederike Habsburgs Wurzeln liegen väterlicherseits in Schwedisch-Pommern. Erstmals urkund-

lich erwähnt wurden die Klinkows im Jahr 1320, die unter dem Namen Klinkowström im 17. Jahrhundert in den Adelsstand erhoben wurden. In Pommern zählte die Familie zu den ersten Protestanten. Der nach Wien ausgewanderte Ururgroßvater konvertierte zum Katholizismus, seine Nachfahrin Friederike wiederum viele, viele Jahre später zum Judentum. Dass es in der Familie auch eine jüdische Urgroßmutter gab, entdeckte Friederike Habsburg-Lothringen erst nach dem Übertritt.

NU: Was war eigentlich ausschlaggebend, dass Sie vor dreißig Jahren zum Judentum konvertiert sind?

Friederike Habsburg-Lothringen: Das ist schwer zu sagen. Zuerst haben mich die politischen Aspekte des Judenthums interessiert, später kamen die religiösen Aspekte dazu. Unsere Silberne Hochzeit haben wir in der Kirche gefeiert, der Priester gab mir als Geschenk einen kleinen Siddur. Was ich da las, faszinierte mich. Ich wollte mir das Judentum nicht mehr von Christen erklären lassen, sondern

von Juden. Und sehr bald wusste ich, dass ich konvertieren muss. Ich war mir nur unsicher, wie ich es meinem Mann sage.

Wie hat Ihr Mann reagiert?

Er war gar nicht sonderlich erstaunt über meinen Entschluss. Begeistert war er vielleicht nicht, aber ich habe ihn nie so genau gefragt, denn es stand für mich außer Zweifel.

Ulrich Habsburg: Als meine Frau übertreten wollte, waren wir bei einer Veranstaltung in Graz. Beim anschließenden Empfang hat mich Oberrabbiner Paul Chaim Eisenberg gefragt, was ich zu den Plänen meiner Frau sage. Und ich habe geantwortet: „Es wäre mir schon recht, wenn sie übertreten könnte. Sonst hab ich ja jeden Tag das Geseire zu Hause.“

F.H.: Und dann habe ich den Prozess begonnen und bin schließlich in Israel übergetreten. Freilich bin ich erst im Laufe der Zeit draufgekommen, was das bedeutet, vor allem hier in Wolfsberg. Ich muss vorausplanen, für die Feiertage nach Wien fahren. Das ist umständlich, zumal wir ja beide über achtzig sind. Aber alles ist machbar.

Wäre es leichter gewesen, wenn Sie beide übergetreten wären?

F.H.: Sicherlich. Aber das stand nie zur Debatte. Es geht auch so, es braucht halt alles seine Zeit. Wir leben beide Religionen. Mein Mann ist sehr tolerant, ich bin lange nicht so tolerant wie er. Meine Freunde in der

Synagoge sind immer begeistert, wie sehr mein Mann teilnimmt. Eine Jüdin und ein nicht konvertierter Mann: Das ist an und für sich im Judentum nicht so gern gesehen, vor allem wegen der Kinder. Aber wir waren schon alt, unsere Kinder erwachsen, als ich übergetreten bin.

U.H.: Beim Sederabend gibt es eine Stelle, da heißt es, dass kein unbeschnittener Mann am Tisch sein sollte. Da fühle ich mich jedes Mal betroffen.

F.H.: Wir saßen Tisch an Tisch mit Rabbiner Hofmeister. Er war auch schon bei uns zu Besuch, wir haben ein herzliches Verhältnis. Ich denke, es war kein Problem für ihn, dass du am Sederabend dabei bist. Oder zumindest lässt er es uns nicht spüren.

Sie sind nach wie vor auch kirchlich engagiert, Herr Habsburg?

U.H.: Ja, und das war meine Frau früher auch. Auch unsere Söhne sind religionsnahe aufgewachsen, haben ministriert. Mich hat Mitte der 1970er Jahre der hiesige Kaplan angesprochen, ob ich nicht das katholische Bildungswerk für Wolfsberg übernehmen möchte. In dieser Funktion habe ich sehr unterschiedliche Leute hierhergebracht, den konservativen Bischof Laun, aber auch Norbert Leser oder Kurt Schubert, der den Koordinierungsausschuss für christlich-jüdische Zusammenarbeit gegründet hat.

F.H.: Ich war damals noch Christin, und Professor Schubert hat mich für den jüdisch-christlichen Koordinie-

rungsausschuss engagiert. Nach meiner Konversion habe ich das zurückgelegt, denn ich dachte, dass es für alle einigermaßen verwirrend sein könnte. Nach einigen Jahren war ich dann doch wieder dabei, jetzt auf jüdischer Seite und mein Mann auf christlicher.

Sind Ihre Söhne konvertiert?

F.H.: Sie sind christlich. Wenn sie oder unsere Enkelkinder uns besuchen, feiern wir gemeinsam Schabbat. Aber eine Konversion war für sie nie ein Thema. Ich bin ja, wenn man so will, eine spätberufene Jüdin, ich war fünfzig beim Übertritt. Damals haben meine Söhne schon nicht mehr zu Hause gewohnt, insofern war es für sie kein großes Thema. Und ich habe mir auch nicht den Kopf zerbrochen, was es für meine Söhne bedeuten könnte. Ich war sehr auf mich konzentriert. Nur unser jüngster Sohn, er war damals ein bisschen über zwanzig, hat gesagt: „Aha, Mami, das heißt, dass du nicht mehr an Jesus als Erlöser glaubst.“ Und, ja, kurzgefasst ist es tatsächlich genau das.

Wie feiern Sie als interkonfessionelle Familie religiöse Feste?

F.H.: Wir feiern alles, aber schön getrennt. Das diesjährige Pessach war diesbezüglich entsetzlich (lacht). Sederabend in Wien, am Freitag – das ist eigentlich der zweite Feiertag – wieder zurück nach Wolfsberg. Am Abend Schabbat-Beginn. Samstag Schabbat. Tags darauf Ostersonntag für den katholischen Teil der Familie. Am Ostermontag machen wir immer ein Familienessen. Und am Dienstag war schon der letzte Feiertag von Pessach. Ja, das war ein bissl viel. Aber die Feste vermischen mag ich nicht. Voriges Jahr beispielsweise war Chanukka vor Weihnachten, aber ein paar Jahre davor ist ein Chanukka-Tag auf den Weihnachtsabend gefallen. Dann feiere ich zuerst Chanukka, und dann wird Weihnachten gefeiert. Ich gehe nur selten in die Kirche, aber zu Weihnachten begleite ich meinen Mann. Es ist ein Familienfest, ich fände es traurig, wenn er in dieser Nacht allein in die Kirche gehen müsste.

Sie, Frau Habsburg, gehen selten in die Kirche, aber Sie, Herr Habsburg, begleiten Ihre Frau immer in die Synagoge?



Das Ehepaar Habsburg-Lothringen erzählt, dass Gegensätze großer Liebe nichts anhaben können

U.H.: Natürlich! Soll ich allein zu Hause sitzen? In manchen Wochen verbringe ich drei Tage in Gotteshäusern: Am Freitag feiern wir Schabbes, am Samstag auch noch. Und am Sonntag gehe ich bei uns in die Kirche. Und da werde ich oft gebeten, eine Lesung zu übernehmen. Ich nehme immer die Erste Lesung, denn die ist aus dem Alten Testament.

F.H.: Wenn mein Mann mit mir in die Synagoge geht, hört er ja nichts, was ihn in seinem Glauben stören könnte. Über den Ewigen sprechen die Christen ja auch. Aber ich muss mir Geschichten über Jesus und Maria und den Kreuztod anhören, die gegen meine Glaubensgrundsätze gerichtet sind. Heute ist es für mich nicht mehr so problematisch, aber lange Zeit war es das schon. Ich war bei der Konversion keine junge und unreife Person. Aber den Weg zu finden, mich als Person im Judentum zurechtzufinden, war eine Herausforderung. Und in dieser Zeit des Findens hatte ich eine viel heftigere Abwehrhaltung als heute. Unsere Freunde aus dem jüdischen Umfeld tolerieren unsere Art zu leben. Sie lieben meinen Mann und achten ihn, weil er sich so engagiert.

Leben Sie koscher?

U.H.: Sie ist meine Chefköchin.

F.H.: Eine widerwillige Chefköchin! Ja, ich koche koscher, aber das ist gar nicht so einfach hier in Kärnten. Ich besorge immer größere Mengen koscheres Fleisch in Wien und friere es dann ein. Auch das Mazzebrot kriege ich hier nicht. Wenn ich nicht mehr genug koscheres Fleisch habe, bekommt mein Mann ein anderes Fleisch, dann jongliere ich zwischen koscher für mich und nicht-koscher für ihn, zwischen milchig und fleischig.

U.H.: Wir haben einen fleischigen und einen milchigen Kühlschrank.

F.H.: Ja, aber da bin ich nicht so streng. Es muss für uns lebbar sein. Und ich will meinen Mann nicht überfordern. Natürlich wäre es in Wien anders. Aber dort würde ich nicht mehr leben wollen. Ich bin zwar in Wien aufgewachsen, aber es reizt mich nicht.

Herr Habsburg, reizt es Sie immer noch, für die Wiedereinführung der Adelstitel zu kämpfen?

U.H.: Das war zunächst nur aus Spaß. Ich habe bei einem Vortrag vorgeschlagen, Adelstitel nach Rang gestaffelt wie ein Wunschkennzeichen für zehn Jahre zu verkaufen: Fürsten um so und so viel Euro, Grafen ein bisschen billiger. Tatsächlich empfinde ich die Abschaffung durch das Adels-Aufhebungsgesetz in der Ersten Republik ungerecht. Wobei es für Militärs und Industrielle besonders ungerecht war, die ab 1830 für ihre Verdienste zwar kein Geld bekommen haben, aber dafür einen Adelstitel. Der wurde ihnen, ohne dass sie dafür entschädigt worden wären, durch das Adels-Aufhebungsgesetz wieder weggenommen. Die große Sozialistin Adelheid Popp, nach der u.a. eine Straße und ein Park benannt sind, hat bei der Parlamentsdebatte zum Aufhebungsgesetz besonders heftig gegen den Adel und die Juden agitiert. Am ärgsten hergezogen ist sie allerdings über geadelte Juden.

F.H.: Das ist schon erstaunlich, dass man zwar zurecht über Karl Lueger schimpft, aber so etwas wie die antisemitischen Äußerungen von Popp offenbar toleriert.

Sehen Sie Gemeinsamkeiten zwischen Judentum und Aristokratie?

F.H.: In beiden Gesellschaften achtet man auf Bildung und auf Manieren. Da wie dort gibt es, meist aus religiösen Gründen, mehr Kinder. Es werden Werte weitergegeben, wobei es im Judentum natürlich religiöse Werte sind.

U.H.: Und man heiratet in der Sippe, das ist bei Juden wie bei Aristokraten oder auch bei Großbauern und Industriellen so: Nicht hinauszuhiraten, sondern unter seinesgleichen zu bleiben. Wenn man halbwegs wirtschaftet, kommt es fast zwangsläufig zu Vermögensbildung.

F.H.: Man kann natürlich Pech haben und es passt überhaupt nicht zusammen. Aber es ist einfach so, dass eine gewisse Grundeinstellung, eine ähnliche Erziehung verbindet. Wobei ich diesbezüglich einmal unserem alten Familienoberhaupt, dem verstorbenen Otto, deutlich widersprach, als er sinngemäß sagte, die Habsburger hätten das gleiche Schicksal wie die Juden, beide würden verfolgt. Das ist natürlich blanker Unsinn. Die Habsburger wurden vielleicht angefein-

det, aber nicht verfolgt. Man kann die Habsburger Gesetze nicht mit der systematischen Ermordung von Juden gleichsetzen. Er war zu sehr Herr, um ungehalten auf meinen Einwand zu reagieren.

Wie hat man in Ihren adeligen Elternhäusern über den Krieg und die Judenverfolgung gesprochen?

U.H.: Ein Onkel von mir, auch aus der toskanischen Linie wie ich, hat sich über Hitler lustig gemacht und saß deshalb ein halbes Jahr in Dachau. Er war mein Taufpate, aber ich habe ihn nie mehr lebend gesehen. Sonst ist bei uns über den Krieg nicht geredet worden.

F.H.: Meine Eltern hatten großes Verständnis für das Judentum, wie ich es in meiner Jugend woanders ganz sicher nicht erlebt hätte. Eine Schwester meiner Mutter war zweimal mit einem Juden verheiratet; ihr erster Mann starb, der zweite musste 1939 nach England fliehen, sie selbst war Christin und ging nach Südtirol. Meine Eltern übernahmen in Wien ihre Wohnung; ihre Tochter, also meine Cousine, lebte während des Kriegs bei uns. Eine ihrer Tanten väterlicherseits wurde in Theresienstadt ermordet. Ich habe im Internet ihren Totenschein gefunden. Als mein Vater aus dem Ersten Weltkrieg zurückkam, dachte er, er würde als Aristokrat Medizin studieren, auch Offizier war eine Option. Stattdessen machte er in einer Art Abiturientenkurs eine Handelsausbildung und arbeitete in einer Metallwarenfabrik der Gebrüder Deutsch. Als sie vor den Nazis fliehen mussten, bekam mein Vater die Prokura von ihnen. Und nach dem Krieg wurde er von den Alliierten zum öffentlichen Verwalter bestellt. In dieser Funktion hat er auch die Restitution der Firma beobachtet und über die Ergebnisse allen Besitzern nach Australien berichtet. Meine Familie war gegenüber dem Judentum immer positiv eingestellt.

Buchtipps:

Ulrich Habsburg-Lothringen: „Verortungen“. Mit Vorworten von BP Alexander Van der Bellen und LH Peter Kaiser. 183 S., der Wolf Verlag.

Janko Ferk: „Ulrich Habsburg-Lothringen: Aristokrat, Demokrat, Grüner“. 208 S., Styria Verlag.

Salondame und Bürgerrechtlerin

© WIKIMEDIA COMMONS



Sie scheute keine Kosten und Mühen, dem Kaiser zu dienen – und ihre eigenen Ideen umzusetzen. Freifrau Franziska „Fanny“ von Arnstein (1758–1818) konnte sich als erste Jüdin in Wien einen literarisch-musikalischen Salon leisten.

Fanny von Arnstein, Wiens wohl berühmteste Salonière, nutzte ihr diplomatisches Geschick für ihre politischen und gesellschaftlichen Anliegen. Und für die Erlangung der bürgerlichen Rechte ihrer jüdischen Glaubensgenossen.

VON HOMA JORDIS

Der Wiener Kongress 1814/15 sollte für sie zum Glücksfall werden. Von den Machthabern bewundert, stand sie bei der Neuordnung Europas an erster Stelle im Rampenlicht. Denn Fanny von Arnstein war mit hoher Musikalität, einer beachtlichen Sopranstimme, einer profunden, vielsprachigen Ausbildung und einem unglaublichen Reichtum ausgestattet. Mit diesen Ressourcen und ihrem Talent als Netzwerkerin stieg sie als

Salonière empor. Zu diesem Zeitpunkt war die gebürtige Berlinerin bereits über 50 Jahre alt. Geboren als Franziska Arnstein vermutlich im September 1758 – die Daten variieren – wuchs die Tochter des Händlers Daniel Itzig und der aus Dessau stammenden Miriam Wulff in einer äußerst wohlhabenden und behüteten Umgebung auf. Während die Mutter aus einem angesehenen Rabbinerhaushalt stammte, verdiente sich der Vater als Lieferant der beliebten „Remontepferde“ am Hof Friedrichs II. Doch rasch stieg er zu Friedrichs Hoffaktor und Privatbankier auf: Itzig wurde zum „Judenfürsten“ Preußens.

Derart angesehen konnte er sich bald ein Palais an der Spree leisten. Franziska hatte geschätzt 15 Geschwister und trug den Spitznamen „Veigele“, also Vögelchen. Philosophen sowie Künstler und Musiker gingen im Salon ihrer Eltern ein und aus; engster Freund der Familie war Moses Mendelssohn. Durch ihn erfuhr Veigele ihre geistige Prägung, die ihr weiteres Leben bestimmen sollte.

Im Alter von knapp 16 Jahren wurde Fanny nach jüdischem Ritus mit dem ursprünglich aus Arnstein bei Würzburg stammenden Nathan Arnsteiner verheiratet. Fanny bekam eine Tochter; Judith, ihr einziges Kind, sollte sich später nach ihrer Konversion Henriette nennen. Doch sofort nach der Trauung mussten Fanny und Nathan Arnsteiner aufgrund der Judenverordnungen Berlin verlassen.

Im ebenfalls judenfeindlich gesinnten Wien Maria Theresias landete Fanny im Haus ihrer Schwiegermutter, Sybilla Gomperz, am Graben. Fanny, schon als Mädchen ein Querkopf, weigerte sich, den Scheitel zu tragen. Als ein Gast des Hauses, ein Talmudschüler, dies sah, kam es zum ersten Eklat mit der eigensinnigen Fanny. Heute ist hier, schräg gegenüber vom Meinl am Graben, die Pension Nossek untergebracht. Da Juden neben anderen Schikanen zu dieser Zeit kein Nie-

derlassungsrecht hatten, durften sie, wenn überhaupt, nur in Miete wohnen.

Damals bezog Wolfgang Amadeus Mozart im selben Haus ein Untermietzimmer, wo er auch Teile seiner Entführung aus dem Serail komponierte. Und von hier aus lief er in den Stephansdom, um heimlich sein Stanzerl zu heiraten. Obwohl sich Mozart gern der jüdischen, vor allem auch Fannys Netzwerke bediente, war das Musikgenie, wie aus seinen Briefen an den Vater hervorgeht, kein Freund der Juden. „Eskules, die Judensau“ nannte er beispielsweise Fannys Schwester Cäcilie. Diese war mit Bernhard Eskeles verheiratet, der gemeinsam mit Fannys Ehemann Nathan das Bankhaus Arnstein & Eskeles begründet hatte. Das Palais Eskeles ist heute der Sitz des Jüdischen Museums Wien.

Salon am Graben

Nach dem Vorbild ihrer Eltern etablierte Fanny ihren ersten musikalisch-literarischen Salon im Haus am Graben. Später mietete sie mit ihrem Mann das Palais Natorp neben der Ankeruhr. Das Gebäude wurde im Krieg zerstört und danach abgerissen, heute steht an seiner Stelle ein nichtsagender Bau aus den 1960er Jahren.

Mit dem Wiener Kongress zog Fanny von Arnsteins Salon schließlich das Interesse internationaler Prominenz auf sich. Das Haus Habsburg war nach permanenter Kriegsführung finanziell am Boden, nun sollte die Neugestaltung Europas just in Wien stattfinden. Da mussten die wenigen wohlhabenden Juden und die wenigen reichen Adligen einspringen. Der Kaiser benötigte jede Hilfe, um die politische Elite Europas und ihre Entourage zu empfangen und zu bewirten. Neuneinhalb Monate lang empfing Fanny täglich bis zu vierhundert Gäste. Staatskanzler Metternich schätzte sie über alle Maßen, aber er wusste auch um ihre Macht und fürchtete ihren Einfluss. Deswegen ließ er mit seiner Geheimpolizei alle Gäste und auch

„Anders als der „alte Adel“ und der „Uradel“ zählten diese nobilitierten Juden zur sogenannten „Zweiten Gesellschaft“ der geadelten Bourgeoisie. Fanny überwand damit als erste nicht-konvertierte Jüdin die starren gesellschaftlichen Barrieren und Standesgrenzen.“

Fanny rund um die Uhr bespitzeln: Die Dienerschaft diente Metternich ebenso zur Informationsbeschaffung wie Prostituierte oder Aristokraten. Kein Mistkübel, kein Aschenbecher, kein privates Gemach blieb verschont. Heute dienen diese Spitzelakte nach wie vor als wichtige Zeitdokumente, obgleich ein Großteil 1927 beim Brand des Justizpalastes vernichtet wurde.

Bürgerrechte

Fanny von Arnstein nutzte den Wiener Kongress – und die Kongressdiplomatie – für ihre politischen, sozialen, gesellschaftlichen, karitativen und emanzipatorischen Anliegen: die Bürgerrechte für Juden, die Unterstützung der Tiroler Freiheitskämpfer gegen Napoleon und die Klärung der

Preußisch-Sächsischen Frage. Die Bürgerrechte mündeten in weiteren Judenpatenten von Josef II. und nach Fannys Tod schließlich in der völligen bürgerlichen Gleichstellung. Doch den Stein ins Rollen gebracht hatte Fanny von Arnstein.

Nathan Arnstein wurde als erster nicht konvertierter Jude nobilitiert und durfte sich mittels eines kaiserlichen Patentes Baron von Arnstein nennen. Anders als der „alte Adel“ und der „Uradel“ zählten diese nobilitierten Juden zur sogenannten „Zweiten Gesellschaft“ der geadelten Bourgeoisie. Fanny überwand damit als erste nicht-konvertierte Jüdin die starren gesellschaftlichen Barrieren und Standesgrenzen. Doch sie setzte sich nicht nur für die jüdische, sondern auch die

weibliche Emanzipation ein, wobei ihr auch bei diesem Bemühen ihre prominente Rolle als Salonière zunutze kam.

Fanny von Arnstein scheute keine Kosten und Mühen, dem Kaiser zu dienen – auch, um ihre eigenen Ideen umzusetzen. Nach dem Wiener Kongress gingen die Lichter im Salon aus und es wurde ruhig um die Salonière. Am 8. Juni 1818, fast auf den Tag genau drei Jahre nach Ende des Wiener Kongresses, am 9. Juni 1815, starb sie, in ihrem Sittersitz am Brauhirschengrund (heute 15. Bezirk, Arnsteingasse) an einer Lungenerkrankung.

Fanny, die begnadete Netzwerkerin, wurde am Jüdischen Friedhof in Währing beerdigt. Ihrem Glauben blieb sie bis zum Schluss treu.

Hilde Spiel

Networking im besten Sinne würde man heute das bezeichnen, was die Wiener Salons zwischen 1780 und den frühen 1930er Jahren ausmachte. Diese – meist von jüdischen Gastgeberinnen geprägten – Kommunikationsräume waren in zweifacher Hinsicht Orte der Emanzipation und der Ermächtigung: für Frauen, die von der Öffentlichkeit ausgeschlossen waren, und für die Entwicklung einer bürgerlich-kritischen Zivilgesellschaft. Als „Pionierin“ unter den Wiener Salonièren hatte Fanny von Arnstein den Weg aus ihrer Heimatstadt Berlin nach Wien angetreten, um hier als junges

Mädchen verheiratet zu werden. Anstatt sich ihres Schicksals zu fügen und in ihrer Rolle als Ehefrau und Mutter aufzugehen, wurde sie zu der Vorreiterin der prägenden Wiener Frauenpersönlichkeiten. Gerade weil es von Fanny von Arnstein nur wenige Zeugnisse gibt, galt bisher die exzellente Biografie *Fanny von Arnstein oder Die Emanzipation*, geschrieben von der großen österreichischen Schriftstellerin Hilde Spiel (1911–1990) aus dem Jahr 1962, als eines der raren Atteste für das Leben dieser ganz speziellen Frau. Spiel stellt in diesem faszinierenden Werk Fanny von Arnsteins Leben detailreich vor und bietet damit Einblicke in die Politik und Gesell-

schaft der Zeit, von den Gedanken der Aufklärung über den Siebenjährigen Krieg bis zum Wiener Kongress. „Ideen sterben nicht mit und gleich den Menschen, denen sie ihr Leben verdanken. Sie mögen mit ihnen zu Grabe getragen werden, doch bewegen sie sich im dunklen Erdreich fort, um in verwandelter Form wieder zutage treten“, so Spiel in ihrer Biografie über eine der interessantesten Frauen Europas. (Danielle Spera)

Mit Wirken und Vermögen

©WIKIMEDIA COMMONS



Friedrich Schey von Koromla, Bankier, Großgrundbesitzer und Direktor der Österreichischen Nationalbank, galt in den 1860er und 1870er Jahren als eine der einflussreichsten Personen des Wirtschaftslebens Österreichs (Lithografie von Adolf Dauthage, 1870).

Die aus Ungarn stammende Familie Schey hob maßgeblich das gesellschaftliche Ansehen von Juden in der Habsburgermonarchie. Philipp Schey Freiherr von Koromla war der erste ungarische Jude, der in den österreichischen Adelsstand erhoben wurde.

VON GEORG GAUGUSCH

Moses Schey, auf seinem Grabstein nach seinem Wohnort als Moses Güns bezeichnet, gelang es, tradierte religiöse Gelehrtheit mit den Anforderungen des Geschäftslebens zu verbinden. Die Familie hatte, auch wenn sie immer in Güns blieb, engste Verbindungen zu den großen Handelshäusern der Residenz. Zu überregionaler Bedeutung gelangte sie mit dem 1798 geborenen Philipp Schey, Moses' drittem Sohn, der zwischen 1830 und 1850 vor allem mit dem Handel von Agrarprodukten zu einem der vermögendsten Kaufleute Österreichs aufstieg.

Da seine 1816 geschlossene Ehe mit Franziska Lackenbacher kinderlos geblieben war, widmete er große Teile seines Vermögens schon Zeitlebens der Wohltätigkeit. Er ließ in seiner Heimatstadt Güns ein Siechenhaus und Altersheim sowie eine Synagoge errichten.

Nach seiner Ungarnreise 1857 zeichnete Kaiser Franz Joseph mehrere ungarische Staatsbürger aus, darunter auch Philipp Schey, dem bei diesem Anlass das Goldene Verdienstkreuz verliehen wurde. Bereits ein Jahr später suchte Philipp Schey für

„War schon die Übertragung des Ritterstands auf Karl Schey im Wesentlichen politischen Überlegungen geschuldet, so war dies noch viel stärker bei der Verleihung des „Ordens der Eisernen Krone Zweiter Klasse“ an Friedrich Schey der Fall.“

sich und seinen Neffen Friedrich um Erhebung in den Adelstand an:

„Nunmehr haben Seine kais. Hoheit das vorliegende Gesuch des Philipp Schey an den Minister des Inneren geleitet. Der Bittsteller beruft sich darin auf seine, bereits a. h. Orts anerkannten gemeinnützigen Leistungen, und auf die, wie er glaubt, nicht mindere Würdigkeit seines genannten Neffen... Auch nach dem Erachten des Ministers des Inneren stellen sich sowohl Philipp als auch Friedrich Schey als Männer dar, welche in Rücksicht ihres ersprießlichen gemeinnützigen Wirkens und ihrer bewährten Loyalität, dann ihres bedeutenden Vermögens und ihrer sozialen Stellung geeignet sein dürften, mit der a. g. Erhebung in den Adelstand beglückt zu werden. Ihr mosaikisches Glaubensbekenntniß bildet diesfalls kein Hinderniß“.

Im Gegensatz zu ähnlichen Auszeichnungen dauerte die Beschlussfassung verhältnismäßig lang, denn erst am 5. März 1859 wurde Philipp Schey in den Adelstand „von Koromla“ erhoben. Der Kaiser dehnte diesen zugleich auf Scheys Neffen Friedrich aus, der seit den frühen 1840er Jahren im Schutze seines Schwiegervaters Joseph Landauer in Wien lebte und bereits ein Vermögen von über 100.000 Gulden besaß. Mit diesem Grundvermögen begann Friedrich Scheys Aufstieg zu einem der wesentlichen Akteure der Wiener Finanzwelt, eine Position, die er bis zum Börsenkrach von 1873 innehaben sollte.

Auch sein Onkel Philipp, der hauptsächlich in Güns lebte, hatte sich nach seiner Adelung 1859 weitere Verdienste erworben. Obwohl er 1861 den „Orden der Eisernen Krone Dritter Klasse“ erhielt, gelang es ihm nicht, den Ritterstand auf seine beiden Neffen Anton und Karl Schey übertragen zu lassen: Wie nicht anders zu erwarten wurde das Gesuch abgewiesen. Doch Philipp Schey von Koromla ließ sich

durch diese Zurückweisung nicht von seinem Ziel abbringen. 1866 versuchte er erneut, die Übertragung des Ritterstands zu erwirken, diesmal aber nur für seinen Neffen Karl. Das Urteil fiel diesmal bedeutend günstiger aus. Kaiser Franz Joseph schien schnell überzeugt gewesen zu sein und willigte im April 1866 ein.

War schon die Übertragung des Ritterstands auf Karl Schey im Wesentlichen politischen Überlegungen geschuldet, so war dies noch viel stärker bei der Verleihung des „Ordens der Eisernen Krone Zweiter Klasse“ an Friedrich Schey der Fall, die ihm am 18. Oktober 1869 verliehen wurde. Mit Diplom vom 25. Dezember desselben Jahres folgte seine Erhebung in den österreichischen Freiherrenstand. Bezüglich dieses Ordens und des mit ihm damals noch verbundenen Rechts auf Erhebung in den Freiherrenstand kam er seinem Onkel Philipp zuvor, doch letztlich gelang es auch diesem, den hohen Orden zu erlangen.

Freiherrenstand

Schon hochbetagt versuchte der kinderlose Philipp Schey 1874 noch seinen Freiherrenstand auf seinen ebenfalls kinderlosen Neffen Karl übertragen zu lassen, doch dieses Vorhaben scheiterte am Einspruch des Innenministers, der anführte, dass Karl Ritter Schey von Koromla „seinen dermaligen Adelsgrad ohnehin schon einem Akte besonderer a. h. Gnade verdankt, und der gegenwärtig keine derart hervorragenden Verdienste, oder sonstige besonders zu berücksichtigende Umstände auf Seite des Carl Ritters v. Schey obwalten, welche die Befürwortung eines neuerlichen Aktes der a. h. Gnade, wie jenes der dermal erbetenen Freiherrnstands-Übertragung, gerechtfertigt erscheinen ließen.“

Der Börsenkrach von 1873 hatte auch dem Haus Schey stark zugesetzt, nicht so sehr dem weniger an der Börse aktiven Philipp als dem Groß-

handlungshaus Friedrichs, das fast um sein ganzes Vermögen kam. Beim Ableben ihres Gründers 1881 wies die Firma zwar immer noch eine beachtliche Bilanzsumme von rund 1,8 Millionen Gulden aus, verfügte aber nur über ein Reinvermögen von rund 200.000 Gulden. Wenige Monate nach dem Tod Friedrich Scheys wurde seine Firma über Geschäftsrücklegung aus dem Wiener Handelsregister gelöscht.

Auch wenn mit dem Börsenkrach die ökonomische Grundlage der Familie Schey stark geschmälert wurde, blieb sie dank des Adelstitels und der internationalen familiären Verbindungen Teil des Wiener Großbürgertums. Anstelle der ökonomischen Relevanz trat eine gesellschaftlich-soziale: So war der zweite Ehemann von Friedrich Scheys älteste Tochter Emma, Joseph Unger, als Präsident des Reichsgerichts und lebenslangliches Mitglied des Herrenhauses einer der wichtigsten Repräsentanten Österreich-Ungarns.

Ähnliche Bedeutung für das Rechtsleben hatte Josef Schey von Koromla, der Sohn Friedrichs. Joseph lehrte lange an der Universität Graz und übernahm dort den Lehrstuhl für österreichisches Zivilrecht. Als er im Jänner 1938 starb, würdigten alle Zeitungen, sogar die betont katholische und latent antisemitisch auftretende *Reichspost* den Dahingegangenen mit einem Nachruf – als einzige Zeitung wies die von Irene Harand herausgegebene *Gerechtigkeit* darauf hin, dass Joseph Schey Jude gewesen ist. Er war der Letzte, der in der monumentalen Gruft der Familie auf der israelitischen Abteilung des Wiener Zentralfriedhofs beigesetzt wurde.

Georg Gaugusch publiziert seine Forschungsergebnisse über das jüdische Wiener Großbürgertum in der dreibändigen Reihe: »Wer einmal war«. Der dritte Band steht kurz vor der Fertigstellung. Der Artikel über die Familie Schey wird in Langfassung im dritten Band zu lesen sein.



Amschel Mayer von Rothschild (1773–1855) übernahm von seinem Vater Mayer Amschel das Bankhaus in Frankfurt (Lithografie von Friedrich Lieder).



Salomon Meyer Rothschild (1774–1855), Begründer der österreichischen Linie, wurde zu einem Hauptfinanzier der österreichischen Industrie (Porträtlithografie von Josef Kriehuber).

Wohltätigkeit ist Pflicht

Der Aufstieg des Mayer Amschel Rothschild aus dem ärmlichen Frankfurter Ghetto und der Weg seiner Söhne in die Welt klingt wie ein Märchen. Doch die Erfolgsgeschichte führte zu Hass und Neid und bis heute zu den bösartigsten Anfeindungen.

VON DANIELLE SPERA

Um kaum eine andere Familie in der Geschichte der Neuzeit ranken sich derart viele Mythen und Verschwörungstheorien wie um die Rothschilds. Unsagbarer Reichtum, Einfluss auf die internationale Politik, die Wirtschaft, die Medien, bis hin zur Kontrolle über die Welt oder sogar das

Wetter, wird den Rothschilds alles nur Vorstellbare zum Vorwurf gemacht.

Mayer Amschel Rothschild (1744–1812) stammte aus einer Familie kleiner Händler, die seit dem 16. Jhd. in der dichtgedrängten Frankfurter Judengasse lebte. Bis zu dreißig Personen lebten auf engstem Raum in einem Haus, Mayer Amschel beispielsweise mit seinen Brüdern sowie seiner Frau Gutle, mit der er zwanzig Kinder hatte, von denen zehn das Erwachsenenalter erreichten. Mayer Amschel sollte auf Wunsch seiner Eltern Rabbiner werden und erhielt eine Ausbildung in einer Talmudschule in Fürth, die er allerdings nach dem frühen Tod seiner Eltern verließ und zur Lehre nach Hannover ins Bankhaus Oppenheim ging. Hier erfuhr er vermutlich eine Einführung in die Numismatik, denn im Alter von zwanzig Jahren kehrte er nach Frankfurt zurück und machte sich als Münzhändler selbstständig. In kürze-

ster Zeit wurde er zum Spezialisten für den Handel mit antiken Münzen und Kunstwerken, beeindruckte mit seinem Wissen und wurde zu einem Lieferanten und Beamten des Erbprinzen Wilhelm von Hessen ernannt.

Bald verlagerte der erfolgreiche Münzhändler seine Tätigkeit in Richtung Bankgeschäfte und wurde zum Finanzberater des hessischen Erbprinzen. Seine fünf Söhne unterstützten Mayer Amschel Rothschild bei den rasch wachsenden Geschäften, er machte sie zu seinen Partnern und schickte sie in die Welt hinaus. Familienzusammenhalt war ihm eine wichtige Quelle der Stärke.

Bis zuletzt lebte Mayer Amschel Rothschild sehr bescheiden und weigerte sich, aus den engen Räumen in der Judengasse auszuziehen. Er starb wenige Tage nach Yom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag. Wie vorgeschrieben hatte er gefastet. In

seinem Testament verfügte er, dass die wichtigen Geschäftspositionen ausschließlich in der Familie und auf die männlichen Nachkommen beschränkt bleiben sollten: „Halt mir die Geschwister beisammen, dann werd' ihr die reichsten Leute in Deutschland.“

In diesem Sinn zogen die fünf Söhne von Mayer Amschel Rothschild in die Welt. Sein ältester Sohn Amschel Mayer Rothschild (1773–1855) übernahm das Bankhaus in Frankfurt, Carl Mayer von Rothschild (1788–1855) wurde nach Neapel geschickt und James de Rothschild (1792–1868) nach Paris. Salomon Rothschild (1774–1855), der Begründer der österreichischen Linie, war 1821 nach Wien gekommen. Obwohl ein enger Berater von Staatskanzler Metternich, war ihm wie allen Juden ein Grundbesitz in Wien verboten. Er mietete daher ein ganzes Hotel, den „Römischen Kaiser“ in der Renngasse. Später wurden er und seine Wiener Nachkommen die größten Grundbesitzer Österreichs. Salomon Rothschild ist zu verdanken, dass Österreich die erste Eisenbahnlinie erhielt, die Kaiser-Ferdinand-Nordbahn.

Um nicht von ausländischen Schienennlieferungen abhängig zu sein, baute Salomon Mayer Rothschild die Witkowitz Eisenwerke auf. Aus seinem Bankhaus entstand die Creditanstalt, die zum Hauptfinancier der österreichischen Industrie wurde. Er investierte in neue Branchen wie die Dampfschiffahrt, widmete sich der Rohstoffgewinnung, errichtete Mineralö Raffinerien und organisierte ein Monopol für Quecksilbergewinnung. Nathan Mayer Rothschild (1777–1836) wiederum, Begründer des Londoner Zweigs, war federführend bei der Errichtung des Suez-Kanals, einem der wichtigsten Infrastrukturprojekte für den internationalen Handel.

Humanitäre Pflichten

Im Judentum ist die Zedaka, die Wohltätigkeit, eine Pflicht. Dieser Verpflichtung kam die Familie Rothschild mehr als großzügig nach. Sie förderte nicht nur Kunst und Kultur, Museen, Konzerthäuser oder auch großzügige Gartenanlagen für die Allgemeinheit, sondern gründete auch soziale, medizinische und humanitäre Einrichtungen, Krankenhäuser, Stiftungen für notleidende Künstler, Waisenhäuser oder das Blinden- und Taubstummen-

institut. An vorderster Stelle muss hier das 1873 eröffnete Rothschild-Spital genannt werden, das als eines der modernsten Spitäler seiner Zeit galt, oder auch die Rothschildsche Stiftung für Nervenranke, um deren Stiftungszweck und Zukunft ein in den USA lebender Enkel der Wiener Rothschilds, Geoffrey Hoguet, bis heute mit der Stadt Wien kämpft. Hoguet setzt sich dafür ein, dass der Stiftungszweck erhalten und die Institution weiterhin für ranke Menschen bestehen bleibt und nicht für Wohnbauzwecke umgewidmet wird.

In verschiedenen Ländern wurden die Rothschilds als Dank für ihre (Wohl-)Tätigkeiten in den Adelsstand erhoben. Der Höhepunkt des Aufstiegs in die Gesellschaft kam 1877, als Albert von Rothschild für die gesamte Familie die vollständige Hoffähigkeit erlangte. Die Rothschilds waren damit die einzige jüdische Familie, die je dieses Privileg erhielt.

An das immense Wirken der Rothschilds, die ihre prachtvollen Palais in und um die heutige Prinz-Eugen-Straße im vierten Wiener Bezirk errichtet hatten, erinnert in unserem Land heute nichts mehr. Nach dem Ersten Weltkrieg wurden sie noch mehr zum Kulminationspunkt der antisemitischen Hetze. Louis Rothschild, der im Gegensatz zu seinen Brüdern in Wien geblieben war, wurde unmittelbar nach dem „Anschluss“ im März 1938 verhaftet und musste 14 Monate in Isolationshaft verbringen. Das

Land konnte er erst verlassen, nachdem ihm der gesamte Familienbesitz geraubt worden war. Aber er konnte noch verfügen, dass alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Rothschild-Familie finanziell abgesichert blieben. In das Palais Rothschild in der Prinz Eugen-Straße zog der Organisator des Holocaust, Adolf Eichmann, ein. Nach dem Krieg wurde es der Arbeiterkammer übereignet.

Louis Rothschild starb 1955 beim Schwimmen in Jamaica. Trotz des gigantischen Raubzugs und des dramatischen Endes seiner Familie in Wien wollte Louis in Wien begraben werden. Seine Beerdigung fand exakt zu dem Zeitpunkt statt, zu dem mit dem Abriss des Palais Rothschild begonnen wurde. Der Marmor aus dem Palais wurde zur Renovierung des Stephansdoms genutzt. Das Rothschild-Spital am Währinger Gürtel wurde dem Erdboden gleichgemacht und musste ebenfalls einem gesichtslosen Neubau der Wirtschaftskammer weichen.

Vermutlich zur Beruhigung des Gewissens wurde ein trostloser Platz beim früheren Nordbahnhof nach den Rothschilds benannt. Die Spuren der Familie sind heute verwischt. Doch die Wienerinnen und Wiener können sich in verschiedenen Wiener Museen immer noch an Teilen der großartigen Kunstsammlung erfreuen. Und in den Parks der Stadt blühen heute noch Pflanzen, die in den – heute ebenfalls nicht mehr existierenden – Gärten der Rothschilds gezüchtet worden waren.



Die Familie Rothschild auf Einladung von Danielle Spera in Wien: In der Mitte der in den USA geborene Enkel der Wiener Rothschilds, Geoffrey Hoguet.

Das kleine Wörtchen „von“



© WIKIMEDIA COMMONS

Erich von Stroheim (re., mit Pierre Fresnay) wie er sich selbst am liebsten inszenierte: Aufnahme aus Jean Renoirs Klassiker „La Grande Illusion“ (1937).

In Österreich wurde der Adel gesetzlich abgeschafft, während in Hollywood aufwändige Filme über die Kaiserzeit entstanden. Zwei Regisseure aus Wien standen im Mittelpunkt: Josef von Sternberg und Erich von Stroheim.

VON MICHAEL JOHN

In den Nachschlagewerken werden die beiden Regisseure Erich von Stroheim und Josef von Sternberg gerne in einem Atemzug genannt. Zu Recht, sie hatten einiges gemeinsam: Stroheim (1885–1957) und Sternberg (1895–1969) waren Zeitgenossen, sie waren noch

zu Zeiten der Monarchie ausgewandert, sie legten sich in den USA ihre Adelstitel zu, sie waren enorm erfolgreich und wurden mitunter zu den besten Filmemachern ihrer Zeit gezählt. Sie galten aber auch als schwierige Genies: Sie entstammten jüdischen Familien in Wien und hatten Schwierigkeiten mit ihrer jüdischen Herkunft. Der Griff nach dem Adelstitel, nach der „Selbstadelung“, geschah rein aus Prestige. Oder verbarg sich mehr dahinter?

Selbsternannter Kriegsheld

Das Matrikenbuch der Israelitischen Kultusgemeinde in Wien weist aus, dass Erich Stroheim als Sohn des aus Gleiwitz stammenden jüdischen Hutfabrikanten Benno Stroheim und Johanna, ehemaliger Bondy und aus Prag stammend, in Wien VII, Linden-

gasse 17a geboren wurde. Er lebte im jüdischen Umfeld seiner Familie, besuchte in Wien die Schule und meldete sich danach freiwillig zum Militär. Anstelle des erhofften raschen Aufstiegs berief man ihn zu keiner karrierefördernden Einheit, sondern zu einem Trainregiment ein, zu den despektierlich sogenannten „Mosesdragonern“ – eine übliche Praxis bei jüdischen Rekruten. 1908 muss etwas passiert sein: Stroheim trat aus der Israelitischen Kultusgemeinde mit einem offiziellen Schreiben aus, im Jahr darauf emigrierte er in die USA. Diese Eckdaten sind alle eindeutig belegbar. Stroheim erfand in der Folge in Amerika seine Identität neu.

Die Eintragung in die Matrikel der Kultusgemeinde war nach Stroheim eine Fälschung der Nationalsozialisten (blanker Unsinn). Seine Version

war: Er sei Erich Oswald Hans Carl Maria von Stroheim, Graf von Nordwall, Sohn des Friedrich von Nordwall, Major im 6. Dragonerregiment und dann Geschäftsmann, und der Johanna, geborene Baronesse Bondy, einst Hoffräulein der Kaiserin Elisabeth und Schwester des Kaiserlichen Rats Emil Bondy. Und Katholik (ein Beleg für eine Konversion liegt nicht vor) sei er auch. Stroheim stilisierte sich auch zum Kriegshelden: In den Jahren 1902 bis 1909 habe er als k.u.k. Offizier bei den Husaren gedient, 1908 sei er aktiv an Kämpfen in Bosnien und Herzegowina beteiligt gewesen. (Dies ist frei erfunden).

Bärtiges Ungeheuer

Etwas weniger gebrochen stellt sich die Präsentation der Herkunft bei Josef von Sternberg dar, der als Jonas Sternberg im zweiten Wiener Gemeindebezirk als Sohn des orthodox-jüdischen Ehepaars Moses und Serafina Sternberg geboren wurde. Als Siebenjähriger wurde Sternberg von seinem bereits ausgewanderten Vater nach Amerika geholt, 1904 kehrte die Familie nach Wien zurück, weil der Vater in den USA wirtschaftlich erfolglos blieb. Doch in Wien wiederholte sich die Erfolglosigkeit des Geschäftsmannes Moses Sternberg: 1909 wanderte die Familie wiederum nach Amerika aus, wo sie in weiterer Folge auch verblieb. Josef von Sternberg schrieb in seiner Autobiografie über seine Kindheit: „Ein großer Teil des Dramas in meinem Leben ... ereignete sich in Wien. Als Kind habe ich gehungert. Ich wurde als Kind (von meinem Vater) geschlagen, bis ich wie ein Hund heulte. Nach jeder Tracht Prügel streckte er gnädig die strafende Hand zum Kuss aus – zu jener Zeit eine weit verbreitete Tradition. Als Sechsjähriger kam ich in die Schule. Das Klassenzimmer war die Höhle eines schrecklichen Ungeheuers mit Bart und stechenden Augen ... Der Religionsunterricht war Pflicht. Wir lernten hebräisch lesen und schreiben.“ Sternberg distanzierte sich Zeit seines Lebens in keiner Weise von seinem jüdischen Familienhintergrund.

Keine Majestätsbeleidigungen

Altösterreich war ab den 1880er Jahren zunehmend geprägt von natio-

naln Auseinandersetzungen. Übersäumender Nationalismus seitens der Ethnien und starrer Konservatismus alter Eliten, die eine deutsche Vorherrschaft behaupten wollten, gingen hier Hand in Hand. Bastionen des staatspolitischen Österreichertums waren bis zuletzt die Bürokratie, das Militär, hier vor allem die Offiziere, ein Teil des Adels, der Hof und die Krone – und, da sie unter anderem damals national nicht eindeutig zuordenbar waren und sich wirtschaftlich entfalten konnten – ein großer Teil der jüdischen Bevölkerung. Spätestens seit Joseph II. wurde seitens der Jüdinnen und Juden den Habsburgern und einem Großteil des Adels eine Schutzfunktion zugesprochen. Viele waren bis zum Ende der Monarchie loyal, in den Wohnungen des jüdischen Bürgertums hing meist ein Kaiserbild. Stefan Zweig hat dieses Milieu eindringlich in *Die Welt von Gestern* dargestellt. Felix Salten, ungarisch-jüdischer Herkunft, passt hervorragend zu Stroheim und Sternberg; er hatte später ebenfalls mit Hollywood zu tun. Er schrieb 1905 eine kleine Monografie *Der Wiener Adel*. Ironie mischte sich hier mit Affinität und Beobachtergabe, lange vor Pierre Bourdieu erläuterte er den Habitus: jenen der Wiener Adelligen.

Ein kurioses Indiz für Kaisertreue und Staatstreue: Das Delikt der Majestätsbeleidigung war bei Juden sehr selten und absolut unterrepräsentiert: Waren 1894 insgesamt 220 Anzeigen gegen Christen in Hinblick auf Majestätsbeleidigungen eingegangen, so waren es bei den Juden keine einzige; 1894 stand es 273 zu 2. Der Anteil bei Majestätsbeleidigungen seitens der Jüdinnen und Juden lag zwischen 0 und 0,7 Prozent, der Bevölkerungsanteil der jüdischen Bevölkerung Altösterreichs hatte insgesamt hingegen rund 4,5 Prozent betragen.

Korrektes Salutieren

Das Image des Adels war nach 1918 in Österreich stark in Mitleidenschaft gezogen, ein Adelsaufhebungsgesetz eingeführt worden. Die Habsburger mussten das Land verlassen. Adelskritik war weit verbreitet. Das war nicht überall so. In England, Frankreich, vor allem in den USA standen Adelige aus der Habsburgermonar-

chie bald hoch im Kurs. In Hollywood drehte man teure Produktionen über die Kaiserzeit – und die genannten zwei Herren aus Wien standen im Mittelpunkt: Josef von Sternberg und Erich von Stroheim, der überhaupt nur „Von“ genannt wurde. Beide waren, wie erwähnt, keine Aristokraten, sondern hatten sich das klingende Prädikat in den USA als Künstlernamen zugelegt. Zeit ihres Lebens hingen Erich von Stroheim und Josef von Sternberg nostalgisch an Wien.

Sternberg sprach von der „Stadt meiner Träume“, vom „Zauber Wiens“, der sich nicht so leicht abschütteln lasse. „Kaum ein Winter kann schöner sein als die Winter in Wien“, schrieb Sternberg ebenso wie „Österreich ist ein so schönes Land wie kaum ein zweites auf der Welt.“ Stroheim war in diesem Punkt noch viel extremer, in seinen Arbeiten thematisierte er Wien und die Habsburgermonarchie, drehte mit *Wedding March* (1928) einen Film über die Kaiserstadt der Jahrhundertwende; weil überlang, ließ ihn Paramount von Sternberg schneiden, der ihn schonend kürzte. In seinen späten Jahren stilisierte sich Stroheim privat samt Kammerdiener, Salon und Schloss wie ein adeliger Offizier des Fin de Siècle, in den 1920er Jahren sagte er in einem Interview: „One day when I was homesick I felt physically ill. It is not because I do not love my adopted land – it is the natural feeling of one far from home. How beautiful were the Viennese women and the flowers and music and perfume, and uniforms covered with gold braid.“ Stroheim bezog sich hier auf das Wien der Kaiserzeit.

Stroheims Stärke als Regisseur lag im realistischen Perfektionismus. Im bigott-puritanischen Amerika der 1920er Jahre zeigte er beispielsweise lüsterne, verfügbare, stark an Geld interessierte Amerikanerinnen. Sein anderes Lieblingsthema, die Habsburgermonarchie, handelte er einerseits melodramatisch ab, andererseits zeichnet er seine brutalen Offiziere als autoritätsgläubige Geschöpfe einer rigiden Klassengesellschaft. Was letzten Endes zur Verbannung aus dem Kreis der Hollywoodregisseure führte, war Stroheims überbordende Detailverliebtheit, die sich in seiner Produktionsweise niederschlug und



Josef von Sternberg, berühmt durch sieben Filme mit Marlene Dietrich, hier mit Hauptdarsteller Emil Jannings am Set von „Der blaue Engel“ (1930).

mehrmals schon während der Dreharbeiten seine Entlassung provozierte. Etwa bei *Merry-Go-Round* (1923), nachdem er angeblich drei Produktionstage damit verbracht hatte, Hollywoodstatisten, die kaiserliche Gardesoldaten spielten, für eine Aufnahme von nur wenigen Sekunden korrektes österreichisches Salutieren beizubringen.

Rebell im Trachtenanzug

Josef Sternberg übersiedelte von New York nach Hollywood und drehte dort 1924 seinen ersten Film *Salvation Hunters*, der ihn über Nacht zu einer Berühmtheit machte. Charlie Chaplin war damals so etwas wie der Mentor Sternbergs. 1927 drehte Sternberg mit *Underworld* den ersten Gangsterfilm Hollywoods. 1929 akzeptierte er ein Angebot der Ufa in Berlin und drehte *Der blaue Engel* nach dem Roman Pro-

fessor Unrat von Heinrich Mann. Marlene Dietrich hatte er in einem kleinen Theater entdeckt und die Hauptrolle mit ihr besetzt. Es begann eine mehrjährige private und berufliche Verbindung. Sternberg holte die Dietrich nach Amerika, wo er *Morocco* (1930) und *Shanghai Express* (1932) mit ihr drehte – um hier zwei der insgesamt sechs gemeinsamen Hollywoodfilme zu nennen.

1937 begab er sich in Kontinentaleuropa auf die Suche nach Talenten in den Theaterhäusern. Während seines Wien-Aufenthalts, Marlene Dietrich war auch dabei, wurde ihm die Position eines österreichischen Filmbeauftragten angeboten; er sollte auch einen eigenen Film drehen: „Im alten Hotel Imperial sagte ich den Vertretern der europäischen Presse (im Jänner 1938),

unser Projekt versuche, Österreich mit Kunst zu bewaffnen, während andere Nationen auf Stahl setzen.“ Sternberg als österreichischer Filmbeauftragter wäre ein Vorhaben gewesen, das an das Konzept der Salzburger Festspiele – mit Arturo Toscanini via kulturpolitischer Internationalität die Unabhängigkeit Österreichs zu unterstützen – erinnert hätte. Doch es kam anders: Sternberg erlitt einen gesundheitlichen Zusammenbruch und Österreich wurde an Hitler-Deutschland „angeschlossen“. In seiner Autobiografie sah er sich vor allem als „Rebell“ und auch als Opfer der Filmindustrie. Vor seinem Tod posierte er in seinem Haus in Westwood/Los Angeles im österreichischen Trachtenanzug. Sternberg starb 1969 in Kalifornien an Herzversagen.

Epilog: Reiz der Ambivalenz

In den 1980er Jahren führte ich ein Interview mit einem Herrn, der etwas später geboren wurde als Josef Sternberg und Erich Stroheim: jüdisches Bürgertum, etwas dandyhaft, manchmal ironisch, ausgestattet mit einer Royal Air Force-Krawatte. Er zeigte mir ein Foto einer jüdischen Weihnachtsfeier nach dem Zweiten Weltkrieg, vermutlich aus den späten 1950er Jahren. Ein Christbaum, obendrauf der Rote Stern, der Baum geschmückt mit Lametta und Weihnachtskugeln, im Hintergrund ein Bild von Kaiser Franz Joseph. Danben ein Chanukkaleuchter, auch das Wort „Weihnukka“ fiel. Ich sprach ihn auf die Widersprüchlichkeit dieser Inszenierung an. „Widersprüchlich, ach was“, er leiste sich diese „kognitive Dissonanz“. Ambivalenzen gehörten bei Assimilation und Integration einfach zum Leben dazu.

„Ich bin eine Vollzeitkämpferin“



Gehörlosenaktivistin Shirly Pinto hielt in der Knesset die erste Rede in Gebärdensprache.

Die Israelin Shirly Pinto lebt in einer Welt der Stille. Sie ist die erste gehörlose Parlamentsabgeordnete in der 75-jährigen Geschichte Israels.

VON RENÉ WACHTEL (TEXT) UND
OURIEL MORGENSZTERN (FOTOS)

Am Schabbes-Tisch im Gemeindezentrum war Shirly Pinto vor ein paar Monaten einer der Ehrengäste. Ich war fasziniert von der jungen Frau, und tatsächlich änderte sie ihren Terminplan für ein Treffen. Zu unserer Verabredung im Café bei der Albertina wurde Shirly Pinto wie schon seit vielen Jahren von ihrer Assistentin und Gebärdendolmetscherin Liat Petcho begleitet. Denn Shirly Pinto ist gehörlos.

Bei unserem Gespräch sitzen die Gehörlosenaktivistin und ihre Assistentin einander gegenüber. Die Tochter eines ebenfalls gehörlosen Vaters

und einer taubblinden Mutter ist mit einem gehörlosen Mann verheiratet und engagiert sich für die Rechte behinderter Menschen. Ich konzentriere mich auf Shirlys Gebärden, während ich Liat Petchos Übersetzung lausche. Liat übersetzte auch einen der vermutlich emotionalsten Auftritte von Shirly, nämlich ihre vor zwei Jahren gehaltene Rede vor der Knesset. Es war die erste Rede in der Geschichte des israelischen Parlaments in Gebärdensprache.

Zwei Jahre lang saß Pinto als erste gehörlose Abgeordnete im israelischen Parlament. Ich habe mir ihre



erste Rede angesehen, als Einstieg für unser Gespräch: Wenig erstaunlich war diese für sie ein besonderes Ereignis, nicht nur, weil die Stimmung in der Knesset an diesem Tag besonders aufgeheizt war. Die Opposition unter Benjamin Netanjahu ritt in ihren Debattenbeiträgen harte Bandagen gegen die Regierungsfraktion. Es ging laut zu, ehe Shirley Pinto ans Pult trat und zu gebärden begann. „Ich referierte darüber, dass es Menschen mit Behinderung trotz der Bemühungen des Parlaments und vieler Organisationen wirklich schwer haben in Israel. Ich sagte, ich sei hier in der Knesset, um all diesen Menschen mit Behinderung ein Gesicht zu geben und für sie zu sprechen.“

Bewegende Momente

Am Ende der Rede sei es kurz still gewesen, ehe sich alle Mitglieder der Knesset erhoben und minutenlang applaudierten: „Ich war so gerührt“, gebärdet sie. Auf dem Weg vom Rednerpult zurück zu ihrem Platz sei sie von den Abgeordneten aller Parteien umarmt und beglückwünscht worden,

auch der Parlamentspräsident habe ihre Rede gelobt: „Es war wirklich ein bewegender Moment, dass alle Abgeordneten nach den emotionalen Debatten und heftigen Auseinandersetzungen davor nun zusammenstanden und mir Respekt zollten. Ja, das hat mich richtig stolz gemacht.“

Meine Frage, wie sie es als erste gehörlose Abgeordnete in die Knesset geschafft habe, beantwortet sie mit einer Geschichte aus der Bibel: „Auch Moses, eine der zentralen Figuren unserer Religion, hatte eine Sprechstörung. Er stotterte. Als G'tt ihn zum Pharao entsandte, um die Israeliten aus Ägypten zu führen, war Moses überzeugt, dass er dazu unfähig sei. Aber G'tt duldet keine Einwände! Schließlich ist es der Ewige, der sehend oder blind, hörend oder taub macht. G'tt stellte ihm seinen Bruder Aaron als Assistenten zur Seite. Und ein Traum wurde wahr.“

Shirly Pinto wurde 1989 in Kirjat Bialik bei Haifa geboren. Das Mädchen verbringt einen Großteil ihrer Kindheit bei den Großeltern mütterlicherseits, die darauf achten, dass das Kind Gebärdensprache und gesprochenes He-

bräisch lernt – eine Zweisprachigkeit, die der Gehörlosenaktivistin heute zugutekommt. Dennoch realisiert sie schon bald, wie schwierig die Bewältigung des Alltags, etwa beim Einkaufen oder bei Behördenwegen, für ihre Eltern ist, Trotzdem – oder gerade deswegen – will Shirley in die Armee eintreten: „In Israel ist für Jugendliche der Armeedienst verpflichtend. Aber für Menschen mit Behinderung gab und gibt es keine Pflicht. Ich aber wollte unbedingt in die Zahal, also zur israelischen Verteidigungsarmee. Im ersten Jahr war es wirklich schwer, jeden Tag vom Norden zu meiner Einheit im Zentralraum zu fahren.“ Sie dient beim Air Force Technical Corps und wird, wie sie heute sagt, „voll integriert“.

Sie bleibt sogar länger als die zwei Pflichtjahre und steigt in den Offiziersrang auf. „Vom damaligen Präsidenten Shimon Peres bekam ich eine Medaille für meine außergewöhnliche Karriere bei der Air Force. Diese Zeit hat mein Leben wirklich verändert. Denn die Armee gab mir trotz meiner Behinderung die Chance, es zu schaffen. Ich wurde als vollwertiger Mensch

„Zu tun gibt es genug: Schätzungsweise 1,8 Millionen Israelis haben eine physische, mentale oder emotionale Behinderung beziehungsweise post-traumatische Belastungsstörungen.“

gesehen.“ 2011, nach dem Ausscheiden aus dem Militärdienst, inskribiert sie Jus am Netanya Academic College; neben dem Studium sammelt sie jede Menge internationaler Erfahrungen. So wird sie unter anderem Mitglied der israelischen Delegation bei der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), einer Sonderorganisation der Vereinten Nationen in Genf.

Gehörloser Ehemann

Seit 2016 ist sie Dozentin für Gebärdensprache an der religiös-zionistischen Bar-Ilan Universität in Ramat Gan im Bezirk Tel Aviv. Hier lebt sie auch mit ihrem ebenfalls gehörlosen Ehemann, einem Mitglied der israelischen Futsal Nationalmannschaft,

und ihren zwei kleinen Kindern. „Ich bin, wie man so sagt, eine Vollzeitskämpferin für Behindertenrechte“, meint sie lachend, und man kann deutlich erkennen, welche Energie in ihr steckt. „Und zu tun gibt es genug: Schätzungsweise 1,8 Millionen Israelis haben eine physische, mentale, emotionale oder körperliche Behinderung beziehungsweise post-traumatische Belastungsstörungen.“ Für die von ihr gegründete Organisation „It's possible“ sammelt sie eifrig Spendengelder. Sie plant Anlaufstellen in vielen Städten, wo man sich um die Rechte behinderter Menschen kümmern und die Bevölkerung für deren Probleme sensibilisieren soll. „Die Gleichbehandlung von Menschen mit Behinderung ist zwar

gesetzlich geregelt. Aber in der Praxis, ob bei der Arbeit, in den Schulen, an den Unis, in den Ämtern, ist die Bevölkerung bei diesem Thema noch nachlässig. Beispielsweise gibt es zwar die Verpflichtung für große Unternehmen, eine bestimmte Anzahl von Menschen mit Behinderung einzustellen. Aber es wird nicht kontrolliert. Ich will die Bevölkerung sensibilisieren und hoffe, dass es in ein paar Jahren besser um das Verständnis bestellt ist als heute.“



Angeregte Unterhaltung: Shirly Pinto, NU-Redakteur René Wachtel und Gebärdendolmetscherin Liat Petcho.

Für die Nachwelt gesichert

© KLAUS PICHLER / MUMOK



Das bescheidene Häuschen kann in Form einer Nachbildung betreten werden. An den Pappwänden hängen die Bilder und Erinnerungsstücke, mit denen die Künstlerin lebte.

Die Künstlerin Elisabeth Wild (1922–2020) musste als Mädchen aus Österreich fliehen. Nun ist ihr spannendes Œuvre im Zuge einer Retrospektive nach Wien zurückgekehrt.

VON NICOLE SCHEYERER

Sie musste bis zu ihrem 95. Lebensjahr warten, bis sie als Künstlerin „entdeckt“ wurde. In der Retrospektive *Fantasiefabrik* präsentiert das Mumok aktuell die Zeichnungen, Gemälde und Collagen der 1922 in Wien geborenen Elisabeth Wild. Emigration und das Ringen um weibliche Selbstbehauptung prägten das Leben der Künstlerin, deren Werke nun erstmals hierzulande zu sehen sind.

Keine Flucht aus Europa, bevor die Tochter nicht den Markusplatz gesehen hat: Wilds Eltern hatten Wien bereits 1938 in Richtung Zagreb verlassen und planten dort ihre weitere Flucht. Dank einer „Donation“ an einen argentinischen Ex-Politiker erhielt die Familie Visa für das südamerikani-

sche Land. Auf ihrer Route nach Rotterdam machten sie aber noch einen Umweg, um ihrer „Liesl“ Venedig zu zeigen. Wer wusste schon, ob sie jemals zurückkehren würden?

Der Vater der Künstlerin war ein erfolgreicher Wiener Weinhändler und wollte anfangs nicht glauben, dass er wegen seiner jüdischen Konfession aus der Heimat fliehen musste. „Aber ich bin doch Österreicher, habe meinem Land als Soldat gedient“, entgegnete er seiner katholischen Frau, die es zum Glück besser wusste.

In Argentinien hatte es die Familie finanziell schwer, aber die 17-jährige Elisabeth blühte in Buenos Aires auf. Um ihre Eltern zu unterstützen, arbeitete sie als Nanny, brachte dem Nach-

wuchs reicher Familien Französisch bei und bemalte Kinderzimmer mit Fantasielandschaften. Ein Teil ihrer Einkünfte floss in Zeichenunterricht, den die junge Frau am Circulo des Bellas Artes bei dem österreichischen Genre- und Historienmaler Leo Bernhard Eichhorn nahm. Im Mumok sind einige der Aktgemälde und Stilleben zu sehen, mit denen sie an Ausstellungen in Buenos Aires und Mar del Plata teilnahm.

Um ihren Lebensunterhalt aufzubessern, entwarf die talentierte Kunststudentin Stoffmuster. Mit einer Mappe voller Designs bewarb sie sich in einer Textildruckerei. Deren Besitzer August Wild stammte aus der Schweiz und lebte schon lange in Argentinien. Die viel jüngere Österreicherin gefiel ihm sofort, er machte ihr den Hof und bald folgte die Verlobung. Wilds mal exotisch, mal geometrische Stoffmuster gingen in Druck und sind nun auch Teil der Retrospektive. Die Wilds freuten sich 1949 über die

Geburt ihrer Tochter Vivian, auch das Geschäft florierte. Aber auch in der Neuen Welt überschatteten bald rechtsradikale Kräfte das Glück. Der wachsende Antisemitismus veranlasste die Familie 1962 nach Basel auszuwandern. Wild fühlte sich in der Schweiz fremd; schließlich eröffnete sie ein Antiquitätengeschäft und baute sich einen neuen Bekanntenkreis auf. In Kursen lernte die Künstlerin das Restaurieren. Zur Akquise fuhr sie immer wieder auch nach Wien, wohin ihre Eltern aus Buenos Aires zurückgekehrt waren.

Als ihre Tochter 1982 nach Guatemala auswanderte, reiste Wild wieder regelmäßig nach Lateinamerika. „Es machte ihr große Freude, wieder spanisch zu sprechen“, erzählte Vivian Suter, die anlässlich ihrer eigenen Soloschau in der Secession in Wien war. Was für ein Glücksfall, dass die beiden Ausstellungen von Mutter und Tochter trotz aller Corona-Verschiebungen in Wien laufen. Im Jahr 1996 brach

Elisabeth ihre Zelte in Basel ab und übersiedelte zu Vivian ins guatemaltekische Hochland Panajachel. Mit der Hilfe ihrer Mutter hatte Suter auf dem Gelände einer ehemaligen Kaffeeplantage ein Grundstück erworben. Beide Frauen widmeten sich fortan der Malerei, aber Wild blieb nach einem Sturz an den Rollstuhl gefesselt.

Der Dokumentarfilm *Vivian's Garden* zeigt das Zusammenleben der beiden Frauen in einer dschungelartigen Umgebung. Nach einem verheerenden Sturm, der Suters Gemälde im Schlamm begrub, wurde sie zur Freilichtmalerin. Ihre Mutter lebte in einem bescheidenen Häuschen, das im Mumok nun aus Karton nachgebaut wurde. An den Pappwänden hängen all die Bilder und Erinnerungsstücke, mit denen die Künstlerin lebte. Auffällig ist die surrealistische Neigung, die ihre besten Gemälde auszeichnet.

Kaleidoskopische Bilder

Im Alter von fast neunzig Jahren entdeckte Wild in der Collage ein neues Ausdrucksmittel. Anstatt zum Pinsel griff sie nun zur Schere und machte sich über Hochglanzmagazine her. Aus dem Material klebte die Künstlerin *Fantasías*, wie sie die kaleidoskopischen Bilder im A4-Format nannte. Mit ihren Architekturcapriccios wurde Wild 2017 auf der Documenta 14 in Athen und Kassel präsentiert. Was das Publikum bei den knallbunten Kompositionen am meisten verwunderte, war die Info zu dem unbekannten Namen: „Geboren 1922 in Wien“.

„Bis zu ihrem Tod produzierte sie täglich ein Bild. Wenn sie einmal keine Collage schaffte, dann machte sie am nächsten Tag zwei“, erzählt Mumok-Kuratorin Marianne Dobner, die 2020 nach Guatemala gereist war, um mit der Künstlerin 365 Collagen für die jetzige Schau auszuwählen. Wild hätte sich besonders über den geplanten Ausstellungskatalog gefreut; eine Woche nach dem Besuch aus Wien verstarb sie. Elisabeth Wild nahm im Vertrauen Abschied, dass ihr Werk für die Nachwelt gesichert ist.



Ab 1996 lebte Elisabeth Wild bei ihrer Tochter, der Künstlerin Vivian Suter, auf einer ehemaligen Kaffeeplantage im Dschungel von Guatemala.

„Elisabeth Wild. Fantasiefabrik“, mumok, bis zum 7. Jänner 2024



Konrad Mautner soll die Bilder des Salzkammerguts als „österreichische Referenzlandschaft“ in unseren Köpfen wesentlich mitgeprägt haben.

Geraubt, restituiert, geschenkt

Die Ausstellung „Gesammelt um jeden Preis!“ im Wiener Volkskundemuseum widmet sich am Beispiel der Sammlung Mautner dem vor 25 Jahren beschlossenen Rückgabegesetz.

VON THOMAS TRENKLER

Eine Sanierung des Palais Schönborn in der Laudongasse wäre schon seit vielen Jahren dringend erforderlich. Die Stadt Wien als Eigentümerin der Immobilie sträubte sich aber, auch nur einen Cent zu investieren. Denn sie hatte das Gebäude dem Volkskundemuseum unentgeltlich zur Nutzung überlassen. Dem darbenden Verein

jedoch fehlten die notwendigen Mittel. Und so verkam das Palais immer mehr.

2022 sprangen Kulturstatssekretärin Andrea Mayer bzw. die EU als Retterinnen ein: Aus dem Resilienzfonds stehen nun 25 Millionen Euro für die Renovierung zur Verfügung, im Gegenzug akzeptierte die Stadt einen neuen Fruchtgenussvertrag. Demnach darf die Institution, unter Direktor Matthias Beitzl zu einem hippen wie queeren Stadtmuseum avanciert, das Palais bis Ende 2081 nutzen.

Die Umbauarbeiten sollen von Herbst 2024 bis Mitte 2027 dauern. Der Auszug aber beginnt bereits Ende November. Und so wurde Ende April die vorerst letzte Ausstellung eröffnet. Sie widmet sich der erstaunlichen Sammlung der jüdischen Industriefamilie Mautner, die dem Museum von Anbeginn (1917) bis zur NS-Zeit

eng verbunden war. Die Schützenscheiben, Haubenstöcke, Pfeifenköpfe, Trachtenabbildungen, Stoffmuster und so weiter würden heutzutage aber wohl kaum gesteigertes Interesse hervorrufen. Und so erzählt man die Geschichte der Sammlung wie der Familie über einen Umweg: über den NS-Kulturgüterraub und die in der Zweiten Republik zunächst nur zögerlich gehandhabte Restitution.

Der Zeitpunkt für die hoch informative Ausstellung *Gesammelt um jeden Preis!* ist gut gewählt. Denn 1998 wurde das Kunstrückgabegesetz beschlossen, das trotz einiger Mängel – die Republik entscheidet nach eigenem Ermessen, es gibt weder ein Anhörungs- noch ein Einspruchsrecht – international Vorbildcharakter hat. Eine solche faktenbasierte Schau (inklusive Medienstation, Timeline und Videointerviews) anlässlich des

25-Jahr-Jubiläums wäre eigentlich einer Bundeseinrichtung gut angestanden. Zumal das Rückgabegesetz nur für die Bundesmuseen Gültigkeit hat.

Das Volkskundemuseum unterwarf sich 2014 freiwillig den Richtlinien: Es erforscht seither die Provenienzen, erstellt Dossiers und übermittelt sie dem Rückgabebeirat. In sieben von den bis jetzt elf behandelten Fällen empfahl dieser eine Restitution.

Kathrin Pallestrang, Magdalena Puchberger und Maria Raid legen also dar, „warum Objekte durch den Nationalsozialismus ins Museum kamen und wie wir damit umgehen“ (so der Untertitel der Schau). In der von Michael Zinganel und Michael Hieslmair zweckmäßig gezimmerten Ausstellungsarchitektur nehmen sie ein paar Umwege, um alle Facetten darzustellen. Zu sehen sind auch einige Objekte und Bücher, die definitiv entzogen wurden, aber aufgrund fehlender Hinweise nicht ausgefolgt werden können.

Von den bis dato 600 restituierten Objekten stammen 500 aus der Sammlung von Konrad und Anna Mautner, die ins Ausseerland vernarrt gewesen waren und eine Villa am Grundlsee hatten: Das Selbstverständnis des Museums als „Spiegelbild des mannigfaltigen österreichischen Völkerlebens“ bzw. als „Stütze des österreichischen Staatsgedankens“ sowie als Vorbild und Anregung für die „heimatliche Kunst und Arbeit“ hätte sich, liest man in der Ausstellung, „mit den unternehmerischen und patriotischen Zielen und Werten der Familie“ getroffen.

Identitätsstiftend

Konrad Mautner, der 1924 mit nur 44 Jahren starb, soll die Bilder des Salzkammerguts (als „österreichische Referenzlandschaft“) in unseren Köpfen wesentlich mitgeprägt haben: Seine umfangreichen Forschungen, Aufzeichnungen und Veröffentlichungen zur Kultur dieser Region würden „bis heute identitätsstiftend und wirtschaftsbelebend“ wirken.

Seine Frau Anna war nicht weniger einflussreich: 1934 hatte sie in der Oststeiermark eine Kiste mit alten Holzmodellen erworben – und begann am Grundlsee mit dem Bedrucken von Stoffen. Die Dirndltücher waren im Austrofaschismus ein Verkaufsschlager. In der NS-Zeit musste Anna



© VOLKSKUNDEMUSEUM WIEN

Positiv (vor 1924) aus der Sammlung von Anna und Konrad Mautner.

Mautner mit ihrer Familie in die USA fliehen; auf Rhode Island setzte sie das Handwerk fort – und auch nach ihrer Rückkehr an den Grundlsee im Jahr 1947: Sie produzierte mit ihrer Tochter folkloristische Kleidungsstücke, Vorhänge, Tisch- und Bettwäsche. Immer wieder hätte sie sich auch Modellen vom Volkskundemuseum ausgeliehen. Anna Mautner überlebte ihren Mann um fast vier Jahrzehnte: Sie starb 1961 in Bad Aussee.

Ins dortige Kammerhofmuseum gelangten zumindest einige Stücke der umfangreichen Trachtensammlung von Konrad und Anna Mautner. Die genauen Umstände seien, so Birgit Johler (Leiterin des Grazer Volkskundemuseums) und Provenienzforscherin Monika Löschner, bisher noch nicht wissenschaftlich aufgearbeitet worden. Die Erben hätten möglicher-

weise – analog zum Fall Rothschild – einige Trachten als Dauerleihgabe zur Verfügung stellen müssen, um andere Objekte ausführen zu können. An einer gütlichen Einigung scheint man in Bad Aussee bisher nicht interessiert zu sein.

Das Volkskundemuseum in Wien hingegen gab alles zurück, auch alle Fotografien. Nach der Übergabe 2021 schenkten die Erben die Objekte (abgesehen von ein paar Erinnerungstücken) dem Museum – angetan von dessen proaktivem Umgang.

„Gesammelt um jeden Preis! Warum Objekte durch den Nationalsozialismus ins Museum kamen und wie wir damit umgehen“, bis 26. November, Volkskundemuseum.

Dieser im „Kurier“ vom 3. Mai 2023 veröffentlichte Artikel wurde für „NU“ stark erweitert.

Der Villenstreit von Altaussee

© BERND HOLUB/CC-BY-SA 4.0



Die Villa Kremenezky, erbaut 1974 in Altaussee im Ortsteil Fischerndorf.

Im Salzkammergut kam es in den vergangenen Monaten zu einer heftigen Debatte rund um eine Villa, die jahrzehntelang in jüdischem Besitz war – die sogenannte Kremenezky-Villa.

VON THERESA ABSOLON

Bereits die Idee sorgte für Entrüstung. Die im Wellness- und Hotelbereich tätige Firma „Vivamayr Sport“, im Besitz von Hannes Androschs Tochter Natascha Sommerer, erwarb das Grundstück, um die Kremenezky-Villa im Altausseer Stil abzureißen und darauf ein Luxushotel zu errichten. Schnell formierte sich im kleinen Sommerfrischeort Widerstand: In einer Online-Petition bezeichneten Architekturohistorikerin Edith Friedl und die Gruppierung „Dialog Lebenswertes Altaussee“ den Abrissplan als eine „echte Kultur-Schande“. In einem offenen Brief an Hannes Androsch verwies man auf die historische Bedeutung der Villa und darauf, dass das Grundstück deshalb für den Standort eines Hotels ungeeignet sei. Diesen Einwänden pflichtete auch Willi Mernyi, Vorsitzender des Mauthausen Komitees, bei. Erbaut in den 1870er Jahren von Péter Búsbach, wurde die Villa 1934 vom jü-

dischen Industriellen Theodor Kremenezky erworben. Dessen Vater Johann, Zionist und Gründer des jüdischen Nationalfonds, war ein enger Freund Theodor Herzls. Die Sommerfrische-Idylle der Kremenezkys fand ein rasches Ende, als die Villa am 1. Mai 1938 von der NSDAP beschlagnahmt, am 4. August gleichen Jahres arisiert und in der Folge von Gauleiter August Eigruber als Sommersitz genutzt wurde (das Ausseerland gehörte zum Reichsgau Oberdonau). Eigruber war es auch, der 1945 die Sprengung des Altausseer Bergwerkes und die Zerstörung der darin lagernden geraubten Kunstgegenstände anordnete. Mutige Altausseer Bergleute konnten dies jedoch verhindern und die Schätze retten.

Theodor Kremenezky, der 1938 aus Österreich fliehen konnte, wurde die Villa 1947 restituiert, und er kehrte nach Altaussee zurück, wo er auch begraben ist. Nach seinem Tod 1973 erbte das Anwesen seine Nichte, Erika Varay, die hier im Sommer internationale Gäste wie Jacques Chirac begrüßte. 1985 verkaufte sie die Villa an die Familie Kowall, die sie wiederum 2019 an die Vivamayr Sport GmbH weiterverkaufte.

Der Protest zu den kolportierten Hotelplänen begann prompt und fand seinen Höhepunkt im Dezember 2022, als es im Altausseer Gemeinderat zu hitzigen Diskussionen und teilweise gegenseitigen persönlichen Beleidigungen kam. Prominente Gegenstimmen

waren schnell gefunden. Klaus Maria Brandauer brachte in einem offenen Brief an Hannes Androsch die Idee auf, auf dem Areal eine Gedenkstätte zu errichten. Diesem Vorschlag schloss sich auch das Bundesdenkmalamt sowie das Mauthausen Komitee an. Mernyi ist davon überzeugt, Androsch von dieser Idee begeistern zu können, weil „Hannes Androsch Bildungs- und Gedenkarbeit große Anliegen sind“. Anders sieht das Eli Rosen, Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Graz und Salzburg. Er ortet einen Missbrauch der Gedenkkultur und erachtet die Villa als „historisch wenig wertvoll“. Schließlich verkündete Natascha Sommerer das Aus der Hotelpläne und betonte, dass diese ohnehin hinfällig geworden wären.

Doch wie soll es nun mit der „abgesandten Villa“ (©Hannes Androsch) weitergehen? Pläne gibt es diesbezüglich noch keine. Dennoch wäre es eine vergebene Chance, die Debatte nicht dafür zu nutzen, jüdische Geschichte in und um Altaussee als Kulturerbe zu bewahren. Bekanntermaßen kann es in Österreich oft lange dauern, bis Gedenkprojekte realisiert werden.

So gibt es neben dem Vorschlag für eine NS-Gedenkstätte auch die Idee, in Aussee ein Bildungszentrum für jüdische Geschichte zu errichten. Weniger bekannt ist nämlich, dass es neben wichtigen jüdischen Sommerfrischlern wie Theodor Herzl, Arthur Schnitzler und Eugenie Schwarzwald auch ortsansässige Jüdinnen und Juden oder jüdische Wahl-Ausseer gab, die einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Region leisteten. Dazu zählen etwa Clara Schreiber, Autorin und Gründerin der Regionalzeitung Ausseer Alpenpost, ihr Mann, Josef Schreiber, der das Sanatorium Alpenheim in Bad Aussee gründete, sowie ihre Tochter, die Kunsthandwerkerin Lilli Baitz, der Volkstumsforscher Konrad Mautner oder die Malerin Christl Kerry.

Die Verantwortung hierfür sollte nach Vorstellung des Mauthausen Komitees aber nicht „Vivamayr Sport“ tragen, sondern der Bund und das Land Steiermark.

Aus Schwarz und Schimmer

© AKG-IMAGES/PICTUREDESK.COM



Das bekannteste Bild Gertrud Kolmars aus dem Jahr 1928 ist auch eines der wenigen Bilder, die von der Lyrikerin überhaupt noch existieren.

Zum 80. Todestag der deutsch-jüdischen Lyrikerin Gertrud Kolmar ist eine exzellente Biografie erschienen.

VON MICHAEL PEKLER

„So trag ich dich, so trägst du mich,
Da dunkelblaue Weiher sind;
Du spiegelst mich, ich spiegle dich,
Bis mählich Bild und Glanz verrinnt“

Jede Biografie erzählt eine eigene, aber auch eine andere Geschichte:

eine Lebensgeschichte. Zwar sind die Archive, in denen oft jahrelang gestöbert wird und die Aufzeichnungen, die gefunden werden, oft dieselben. Doch weil Leben und Werk meist als Einheit gedacht und in der Folge beschrieben werden, können über denselben Menschen höchst unterschiedliche Bilder entstehen.

„Die schmerzlichen Erfahrungen des eigenen Daseins lassen in ihr ein tiefes Verstehen und Mitleiden reifen, von denen ihr Spätwerk [...] durchdrungen ist, ein lyrisches Bekenntnis zu den Schutzbedürftigen der Schöpfung, zu Frau, Kind, Tier und Lieben.“ Dieser Eintrag stammt aus der

Deutschen Biografie, einem Online-Nachschlagewerk der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. Wie so oft werden auch hier, prägnant zusammengefasst, Leben („schmerzliche Erfahrungen“) und Werk („lyrisches Bekenntnis zu den Schutzbedürftigen“) in Verbindung gesetzt. An anderer Stelle heißt es: „Die hohe ästhetische Sensibilität verbarg K. hinter einem äußerlich herben, verschlossenen, zur Askese neigenden Wesen.“ K. steht für Gertrud Kolmar.

Neue Perspektiven

Über das Leben von Gertrud Kolmar (1894–1943), geboren als Gertrud Käthe Chodziesner, ist nicht alles bekannt, aber man weiß sehr viel über die jüdische Schriftstellerin, die heute zu den bekanntesten deutschen Lyrikerinnen zählt. Ihre ersten Gedichte schrieb Kolmar ab Mitte der 1910er Jahre, 1917 erschien ihr erster Gedichtband unter dem Pseudonym Gertrud Kolmar, mit dem sie den deutschen Namen der Stadt Chodziesen in der preußischen Provinz Posen übernahm, aus der die Familie stammte. Veröffentlicht wohlgemerkt als Geschenk von ihrem Vater Ludwig Chodziesner, einem erfolgreichen jüdischen, kaisertreuen Anwalt.

In den 1920er Jahren erschienen einzelne Gedichte, 1930/31 entstand der Prosatext *Die jüdische Mutter*, der sich im Nachlass fand und erst 1965 veröffentlicht wurde. 1934 erschien der zweite Gedichtband *Preußische Wapen*, vier Jahre später der letzte Band *Die Frau und die Tiere*. 1943 wurde Kolmar im Verlauf der „Fabrikaktion“ – sie arbeitete in einem Rüstungsbetrieb – deportiert und in Auschwitz ermordet.

Schlägt man also eine neue Biografie über Kolmar auf, stellt sich weniger die Frage nach bislang unbekannten Details als nach einer neuen Perspektive: Warum war Kolmar jene „zur Askese neigende“ junge Frau, die sich im Berlin der frühen 1940er Jahre gegen eine Flucht entschied und sich aufopfernd um den Vater kümmerte? Wie entstand ihre letzte erhalten gebliebene Erzählung *Susanna* im Dunkel der Nacht, gezeichnet von Schlafman-

gel und Erschöpfung, wie aus einem Brief an ihre zu dieser Zeit bereits in die Schweiz emigrierte jüngste Schwester Hilde hervorgeht?

In ihrer Biografie *Die Feuerkette der Epoche. Über Gertrud Kolmar* beschreitet die Literaturwissenschaftlerin Friederike Heimann einen spannenden Weg, Leben und Werk Kolmars in Verbindung zu setzen: Indem sie das Leben Kolmars nicht chronologisch erzählt, sondern sprunghaft einzelne Ereignisse schlaglichtartig beleuchtet, öffnet die Biografie immer wieder neue zeithistorische und gesellschaftspolitische Fenster. Und scheut dabei auch vor eigenen Bildern nicht zurück, die erst beim Schreiben entstehen.

Flüchtige Beschreibungen

„Für einen Augenblick versuchte ich, mir Gertrud Kolmar als junge Frau vorzustellen“, heißt es etwa zu Beginn, als Heimann im Mai 2014 Kolmars australischen Neffen in Berlin empfängt und mit ihm die Ahornallee besucht; jene Straße, in der Kolmar ihre Kindheit verbrachte. „Wie sie im langen Rock und eher dunkler Jacke das baumbestandene Trottoir eilig und ein wenig scheu entlanggeht, das schwarze Haar lose im Nacken zusammengefasst, eine Tasche in den Händen oder Bücher unter dem Arm.“

Heute erinnert an diesem Ort nur noch eine Gedenktafel an Gertrud Kolmar, das Haus, in dem sie mehr als zwanzig Jahre lang wohnte, existiert nicht mehr. Es sind flüchtige und doch prägnante Beschreibungen wie diese („doch schon entgleitet sie mir wieder und ich sehe nur noch einen flüchtigen Schatten, der sich in der Ferne unter den Ahornbäumen verliert“), mit denen Heimann wiederholt ein Bild Kolmars zeichnet, das sie auf sehr besondere Weise nahbar macht, sie aus der Vergangenheit holt und in der Gegenwart lebendig werden lässt.

Als wichtiges Material dienen Heimann dabei die seit 2014 vollständig editierten Briefe, die Kolmar von September 1938 bis zu ihrer Deportation im März 1943 schrieb. Es sind vorwiegend Briefe an Hilde Wenzel, aber auch die Erinnerungen der Schwester an die in Berlin Gelebene; oder Kolmars Briefe an ihren Cousin Walter Benjamin, die Heimann in Verbin-

dung setzt mit dessen *Berliner Kindheit um Neunzehnhundert*. So etwa in einer längeren Passage über die gemeinsame, aus Pommern stammende Großmutter Hedwig Schoenflies, von der eine um 1900 entstandene Aufnahme mit den Enkelkindern existiert: Gertrud im weißen Kleidchen und Walter im Matrosenanzug und mit Schmetterlingsnetz.

Wanderungsbewegungen

Eindrücklich beschreibt Heimann anhand dieser alten, auf dem Foto von den Enkelkindern umrahmten Frau die Wanderungsbewegung des deutschen Judentums von Ost nach West, den Aufstieg in die bürgerliche Gesellschaft Berlins und den Prozess der Akkulturation. Die zunehmende Identifizierung mit allem Deutschen, das mehr und mehr in den Alltag und damit ins Zentrum des Lebens rückte, sollte für Gertrud Kolmar von wesentlicher Bedeutung sein. „Jüdische Traditionen und Rituale gerieten allmählich in den Hintergrund und selbst wenn Feste wie das jüdische Neujahr oder Yom Kippur noch eingehalten wurden, so feierte man doch ebenso begeistert auch Ostern und das Weihnachtsfest, wozu die große Familie sich regelmäßig in den weitläufigen, reich geschmückten Zimmern der Großmutter zusammenfand.“

Entlang autobiografischer Dokumente und Notizen, aber auch einzelner Fotografien fächert Heimann eine Familiengeschichte auf, die mit dem Werk Kolmars maßgeblich verbunden ist: eine Geschichte über das Verhältnis von jüdischer Identität und deutschem Nationalstolz, über Kaiserstreue und Assimilierung, über zunehmenden Antisemitismus in der Weimarer Republik, über eine junge jüdische Frau und ihre unglückliche Liebe zu einem deutschen Offizier, die zu einer – wie vielen von Kolmars Gedichten zu entnehmen ist – traumatisierenden Abtreibung führte.

Mit ihrer Arbeit als Erzieherin, mit der sie als älteste Tochter zum Familieneinkommen beitrug und die ebenfalls starken Widerhall in ihrer Lyrik fand, konnte sich Kolmar wohl auch deshalb nie recht anfreunden. „Und dennoch wird sie in ihrer späteren Dichtung das Dasein als Erzieherin als grau und karg beschreiben, begleitet

von schmerzlichem Verlust“, wie Heimann anmerkt. Eine „Feuerkette der Katastrophen“ (Hannah Arendt), auf die sich auch der Titel von Heimanns Biografie bezieht.

Das bekannteste Bild Gertrud Kolmars ist eine Porträtfotografie aus dem Jahr 1928, das bereits die von Regina Nörtemann herausgegebenen Gedichtbände schmückte. Es ist eines der wenigen Bilder, die von Kolmar überhaupt noch existieren.

Für Friederike Heimann ist diese in der Tat faszinierende Aufnahme gar Anlass für einen erhellenden Exkurs über Ausdruck und Schönheit. „Es wirkt, als liege der zarte Flor einer umfassenden Trauer über diesen Zügen, die zugleich eine ungewöhnliche Präsenz zeigen“, schreibt Heimann. „Als sehe sie mich an und sehe sie mich doch nicht an.“ Die „uneinholbare Abwesenheit“ einer Frau, eine Unerreichbarkeit, die einen „immer wieder aufs Neue ergreift und in den Bann zieht.“



Friederike Heimann
**In der Feuerkette
der Epoche
Über Gertrud Kolmar**
Jüdischer Verlag/
Suhrkamp
462 S., EUR 28,80,-

„Wer nicht wagt, der nicht gewinnt“

© SHELLEY GERTAN



Mit „Trotzdem“ gewann Shelly Gertan 2021 den ersten Preis für den besten animierten Kurzfilm.

Wer in Österreich Animationsfilme macht, verdient damit kaum Geld, gegen die internationale Konkurrenz aus Hollywood und Asien anzukämpfen, ist schwer. Die Kunst des gezeichneten oder computeranimierten Bewegtbildes führt hierzulande ein Nischendasein. In dieser Nische will sich die junge Österreicherin Shelly Gertan fix einrichten.

VON GABRIELE FLOSSMANN

Ein Teufelskreis: Wenn das Geld fehlt, wird das Endprodukt schlecht. Wenn das Endprodukt schlecht ist, bleibt das Publikum aus. Wenn das

Publikum fehlt, gibt es für neue Projekte kein Geld. Dabei werden Animationsfilme auch in Österreich meist zu Blockbustern, und zwar nicht nur jene aus dem Hause Disney. Pixar verdient mit Animationsfilmen wie *Shrek*, *Toy Story* oder *Findet Nemo* Millionen. Am Anfang standen aber vor allem Rückschläge. Überleben konnte Pixar nur dank der Finanzspritzen von Apple-Guru Steve Jobs. Kaum jemand erinnert sich, dass der Höhenflug von *Luxo Jr.*, dem ersten Film von Pixar-Gründer John Lasseter, in Österreich mit dem Gewinn einer Goldenen Nika bei der Ars Electronica in Linz begann. Heute spielt der Kurzfilm über eine verspielte Stehlampe als Signation von Pixar vor jedem seiner Kinohits. Trotzdem führt, was die Herstellung betrifft, die Kunst des gezeichneten oder computeranimierten Bewegtbildes hierzulande bestenfalls ein Nischendasein. In dieser Nische will sich die junge Österreicherin Shelly Gertan fix einrichten. Zu den

Preisen, die sie für ihre Arbeiten bisher schon einheimsen konnte, zählt auch eine Auszeichnung 2021 beim Jüdischen Filmfestival in Wien. Ihr beeindruckend reifer und auf internationalem Niveau gestalteter Wettbewerbsbeitrag ist unter dem Titel *Trotzdem* nach wie vor via Internet abrufbar. Wochen-, ja, monatelang hat Shelly Gertan einzelne Körperteile gezeichnet, mit einem speziellen Computerprogramm zusammengefügt und animiert. Nun möchte sie ihre Ausdauer in ein eigenes Studio in Wien investieren und damit im internationalen Business mitbestimmen. Das könnte funktionieren. Denn schon seit Jahren gehört es zum Standard der Filmindustrie, dass Trickfilmspezialisten für sogenannte Realfilme Spezialeffekte zuliefern, wie etwa die Saurier für *Jurassic Park*, diverse Begegnungen mit Außerirdischen oder auch Erdbeben und Tsunamis in Katastrophen- und Weltuntergangsfilmen.

NU: Woher kommt die Begeisterung für den Animationsfilm?

Shelly Gertan: Ich bin mit Animationsfilmen aufgewachsen. Diese Kunstform eignet sich ganz besonders dafür, Kindern und Jugendlichen fantasievolle Märchen und Abenteuer Geschichten zu erzählen, denn in diesem Genre ist alles möglich. Animationsfilme können mit völlig neuen Bildern eine Dramatik entwickeln, die im Realfilm nicht möglich ist. Aber warum soll man diese Kunstform nicht auch nutzen, um Geschichten für Erwachsene zu erzählen? Damit sie die Fantasie, die ihre Kindheit bestimmt hat, im späteren Leben nicht verlieren. Für mich bietet die Animation auch die Möglichkeit, ein bisschen Gott zu spielen, weil ich damit Menschen und Kreaturen nach meinen Vorstellungen erschaffen kann.

Wie war Ihr Werdegang?

Schon als Kind haben mich diese Filme dazu inspiriert, eigene Geschichten zu schreiben und zu illustrieren. Damit habe ich nie aufgehört. Als Kind habe ich mich in eine Fantasiewelt versetzt, wenn ich im realen Leben mit Schwierigkeiten zu kämpfen hatte. Indem ich die Lösung meiner eigenen Probleme auf die von mir geschaffenen Charaktere übertrug, konnte ich ihnen gefahrlos zusehen, wie sie damit umgingen. Ich habe dann ihre Lösungen auf mein Leben angewendet. Im Laufe der Zeit entwickelte diese Fantasy-Welt eine Eigen Dynamik und wuchs zu etwas viel Größerem heran. Ein Ausdruck davon ist meine Animationsgeschichte Reyn: *Angel of Freedom*, ein animiertes Fantasy-Drama-Musical für Jugendliche und junge Erwachsene. Wöchentlich veröffentliche ich auf Webtoon neue Webcomic-Episoden von Reyn, aber ich möchte sie auch zur Geschichte eines Films machen. In der Hoffnung, dass sie anderen auf die gleiche Weise helfen kann, wie sie mir geholfen hat: Selbstbewusstsein, Reflexion, Empathie zu lernen und das Gesamtbild in unserem Leben zu sehen.

Hatten Sie schon als Kind diesen Berufswunsch und haben Sie ein entsprechendes Studium absolviert?

Als ich mit der Schule fertig war, kam für mich ein Kunststudium nicht

in Frage – ich sollte und wollte zuerst einmal etwas studieren, das mir später ermöglichen würde, meine Rechnungen zu bezahlen. Ich habe also mit Psychologie begonnen, auch in der Hoffnung, die Figuren meiner Animations-Geschichten – wie etwa Reyn – zu verbessern und überzeugender zu gestalten. Insgeheim sehnte ich mich nach einem Geschichtenerzählkurs und bewarb mich für das Online-Programm von SCAD. Ich bekam sogar ein Teilstipendium. 20th Century Fox veranstaltete einen Malwettbewerb. Ich nahm mir vor, dass ich mich für einen künstlerischen Beruf entscheiden würde, sollte ich gewinnen. Würde ich aber verlieren, wäre das ein Zeichen, dass ich nicht gut genug bin. Eigentlich eine schreckliche Art, Lebensentscheidungen zu treffen. Aber ich habe gewonnen und den Preis von 1.000 US-Dollar für meine erste Studiengebühr verwendet. Ich habe das Psychologiestudium abgebrochen und während meines Online-Studiums bei SCAD zwei Jahre lang als Chefsekretärin in einem Hedgefonds gearbeitet. Ich lebte damals in Wien, meine Familie hatte nicht die finanziellen Mittel, um mich auf ein College im Ausland zu schicken, also habe ich in dieser Zeit so viel wie möglich von meinem selbstverdienten Geld gespart.

Konnten Sie dann ein einschlägiges Studium in den USA beginnen?

Ja, ich bin dann in die USA gezogen. Der plötzliche Wechsel war hart, vor allem mit meinen begrenzten Finanzen, aber es hat auch viel Spaß gemacht. Ich habe dort Menschen getroffen, die bis heute zu meinen engsten Freunden gehören, und lernte mehr, als ich mir hätte vorstellen können. Allerdings ging mir sechs Monate vor dem Abschluss das Geld aus. Studienkredite waren für mich nicht möglich, also musste ich wieder zu arbeiten beginnen, anstatt mein Studium fortzusetzen. Mein ehemaliger Arbeitgeber beim Hedgefonds erfuhr davon und unterschrieb einen Kredit für mich, damit ich meinen Abschluss machen konnte. In eine ähnliche Situation geriet ich auf der Suche nach meinem ersten Job in der Animation-Branche. Nach 150 abgelehnten Anträgen und nachdem mein Aufenthaltsvisum schon fast abgelaufen war, traf ich

Shabnam Rezaei. Sie ist Regisseurin, Produzentin, Mitbegründerin der Big Bad Boo Studios und für die erste Kinderserie mit einem LGBTQ-Protagonisten verantwortlich. Sie gab mir die Gelegenheit eines Praktikums und brachte mir mehr bei, als ich in einem ganzen Jahr am College gelernt hatte.

Wie kam es zu Ihrer Teilnahme am Wettbewerb des Jüdischen Filmfestivals in Wien?

Ich bin Jüdin und Mitglied der jüdischen Gemeinde. Auf den Wettbewerb hat mich eine Freundin aufmerksam gemacht. Ein Animationsfilm über ein jüdisches Thema – das wäre doch genau das Richtige für mich. Und mich hat es gereizt, einen Animationsfilm zu machen, der mit seiner Thematik Jugendliche und Erwachsene anspricht. Dass ich dann auch noch mit meinem Film *Trotzdem* den 1. Preis gemacht habe, war natürlich besonders toll. Das Schöne an der Animation ist ja, dass sie ein großes Publikum ansprechen und emotional berühren kann.

Sie haben ein eigenes Animations-Studio in Wien gegründet. Wäre es für eine begabte junge Frau wie Sie nicht einfacher, bei Disney oder Pixar anzuheuern?

Es stimmt, dass es gerade in Österreich besonders schwer ist, so einen Plan umzusetzen. Hier hat diese Kunst keine Tradition, in der österreichischen Filmförderung ist Animation gar nicht vorgesehen. Es gibt auch kaum Fachleute, die man einstellen kann, das heißt, man muss von Null an beginnen. Und dann ist es natürlich auch eine Frage des Geldes. Der Gedanke, mein eigenes Studio zu gründen, hängt auch mit meiner Internet-Serie Reyn zusammen. Derzeit arbeite ich gerade daran, die Geschichte als Buch herauszubringen und suche dafür nach einem Verlag. Aber wie ich schon sagte, möchte ich daraus sehr gerne einen Film machen. Aus meinem bisherigen Leben habe ich gelernt, dass man für fast alles, was man sich wünscht, zuerst die Voraussetzungen schaffen muss – und sei es die Gründung eines Animations-Studios. Aber wie heißt es doch: Nothing ventured nothing gained. Wer nicht wagt, der nicht gewinnt. Und gewagt habe ich schon einiges.

„Man muss der anderen Seite erst einmal zuhören“



Er ist unbequem, herausfordernd und überaus produktiv: Amos Gitai, hier in seinem Film „West of the Jordan River“ (2017), hat in mehr als vierzig Jahren über sechzig Dokumentar- und Spielfilme gedreht.

Der Filmemacher Amos Gitai widmet sich in seiner Arbeit den Widersprüchen und Konflikten seiner Heimat. Ein Gespräch anlässlich seines aktuellen Theaterprojekts „House“.

VON GABRIELE FLOSSMANN

Fast wäre er Architekt geworden, wie sein Vater Munio Weinraub, der als Bauhaus-Schüler vor den Nazis nach Palästina geflüchtet war. Stattdessen wurde Amos Gitai, Sohn einer Sabra und eines Aschkenasen, zum Geschichtenerzähler. Mit seinen Filmen möchte er die Mauern zwischen Menschen einreißen, anstatt wie die Politik welche zu errichten. Immer wieder findet er Anknüpfungspunkte in der Bibel, etwa im Buch Kohelet: „Für alles gibt es eine Zeit, eine Zeit fürs Steine werfen

und eine Zeit fürs Steine sammeln“. Kein anderer israelischer Filmemacher bringt so stark religiöse Texte ins Spiel. Sein Kino ist der Versuch, in einer Architektur des Realen zusammenzufügen, was auseinanderzufallen droht. Seine Filme sind Chroniken des Verschwindens, zugleich Utopien einer anderen Realität. „Seit dem Jom-Kippur-Krieg bin ich ein Zeuge, der aufgrund merkwürdiger Umstände überlebt hat, als mein Helikopter abgeschossen wurde. Ich bin extrem interessiert, fasziniert und verstört von diesem Land. Und ich denke, es braucht ein starkes Kino, kein schmeichelndes oder wohlgefälliges, sondern ein Kino, das sich mit der Geschichte Israels auseinandersetzt.“ Seine erste Arbeit entstand 1980, unmittelbar nach seiner Rückkehr aus den USA, wo er Architektur studiert hatte. In diesem 16mm-Dokumentarfilm *House* erzählt er die wechselhafte Geschichte eines Hauses und seiner Bewohner, begin-

nend mit dem ursprünglichen Eigentümer, einem palästinensischen Arzt, der 1948 aus dem Haus floh. Die israelische Regierung vermietete es unter dem „Abwesenheitsgesetz“ an ein algerisch-jüdisches Einwandererehepaar.

Fernsehverbote

Zum Zeitpunkt der Dreharbeiten kaufte ein israelischer Wirtschaftsprofessor das Haus und beschloss, es von einem einstöckigen Haus in eine dreistöckige Villa umzubauen. Dafür musste er Palästinenser aus einem Flüchtlingslager anheuern und Steine aus den Bergen von Hebron verwenden. Die Architektur des Hauses wird somit zu einem Mikrokosmos der israelisch-palästinensischen Beziehung sowie zu einer Metapher für Jerusalem. Die Ausstrahlung des Films wurde damals vom israelischen Fernsehen verboten.

Im Frühling 2023 – und mehr als sechzig Spiel- und Dokumentarfilme später – hat Amos Gitai sein *House*

als Bühnenaufführung im Theater La Collin in Paris wiederbelebt. Auf der Bühne wird hebräisch, arabisch, französisch, jiddisch und englisch gesprochen. Schauspieler und Musiker unterschiedlicher Herkunft, Sprache und musikalischer Traditionen aus dem gesamten Nahen Osten geben den Erinnerungen ebenso wie der Hoffnung auf Versöhnung in der Zukunft eine Stimme. Amos Gitai arbeitet daran, diese Aufführung in verschiedenen Städten – unter anderem in Wien – als Gastspiel zu präsentieren. Derzeit wird es auf der Architektur-Biennale in Venedig als Multimedia-Ausstellung gezeigt.

NU: Haben Sie der Architektur den Rücken gekehrt, weil Sie hofften, dass Sie mit Ihren Filmen eher Einfluss auf die Gesellschaft nehmen können?

Amos Gitai: Ich habe erkannt, dass ich mit meinen Filmen die Welt nicht verändern kann. Ich kann ihr nur einen Spiegel vorhalten und hoffe, dass zumindest einige der Zuschauer darin auch ein kritisches Bild von sich selbst sehen. Um meinem Spiegel möglichst viele Facetten zu geben, habe ich die Form einer Gesellschafts-Collage gewählt.

Sie haben nach der „Haus“-Trilogie auch noch einen Dokumentarfilm über eine Tramway in Jerusalem gedreht. Also ebenfalls in einem geschlossenen Raum, in dem verschiedene Menschen aufeinandertreffen. Was bedeutet für Sie das Stilmittel: geschlossener Raum?

Ein geschlossener „Ballungsraum“ ist immer ein guter Ort um Menschen zu beobachten. Und wo treffen Menschen unterschiedlicher Altersgruppen, Ethnien, Religionen und Weltanschauungen zusammen? In einem Haus. Oder in einem öffentlichen Verkehrsmittel. Um von A nach B zu kommen, müssen sie zumindest einen Teil des Weges gemeinsam zurücklegen – was sie außerhalb dieses Fortbewegungsmittels niemals tun würden. In Jerusalem ist die Tramway daher einer der wenigen Orte, den Freunde und Feinde zumindest vorübergehend auf friedliche Weise teilen müssen. Es hat mich also fasziniert, die menschlichen Interaktionen auf diesem engen Raum zu beobachten und mit der Kamera festzuhalten.

Ihre Spielfilme bezeichnen Sie bisweilen als „Komödien“, obwohl dem Humor immer auch die Melancholie des menschlichen Miteinanders zugrunde liegt.

Ich kann Ihnen darauf nur mit Ernst Lubitsch antworten. *Sein oder nicht sein* gilt zu Recht als eine der großartigsten Komödien der Filmgeschichte. Aber der Hintergrund ist melancholisch, um nicht zu sagen tragisch: Juden versuchen das mörderische Hitler-Regime zu überleben und greifen deshalb zu allen Waffen, die Humor und Satire zu bieten haben. Ich will mich jetzt keinesfalls mit einem so großen Filmemacher wie Lubitsch vergleichen, aber sein Humor ist vom Alltag der Menschen inspiriert. Und das kommt, glaube ich, auch in meinem Film zum Ausdruck. Wir beobachten Menschen in ihrem Alltag als Bahnreisende. Wir hören ihnen zu, wie sie von Freunden, Kollegen, Familienmitgliedern und ihren Problemen erzählen und wie sie mit Mitfahrenden interagieren. Der Humor und die Ironie liegen dabei im Auge der Betrachter und der Bereitschaft des Publikums zur Selbsterkenntnis.

Sie möchten mit Ihrem Stück „House“ gerne auch in Wien gastieren. Hat Wien eine besondere Bedeutung für Sie?

Meine Mutter wurde 1909 in Tel Aviv geboren, in dem Jahr also, in dem die Stadt gegründet wurde. Als 19-Jährige beschloss sie, nach Wien zu gehen, weil sie Palästina damals als provinziell empfand. Sie wollte Sigmund Freud und Viktor Adler und die damaligen Marxisten treffen. Das war eine wichtige Erfahrung für sie, bis zu ihrem Tod sprach sie über ihre Zeit in Wien. Sie starb im Alter von 95 Jahren. Immer wieder erzählte sie, dass ihr Wien damals „rot“ erschienen sei, Österreich aber „braun“. Sie hatte diesbezüglich einen sehr visuellen Ausdruck. Vor allem war sie auch Zeugin, wie in der damaligen Zeit das „Braun“ auf dem Lande zunahm und das „Rot“ in Wien weniger wurde.

Ihre Dokumentarfilm-Trilogie über das Haus in Jerusalem setzt sich kritisch mit dem Zusammenleben jüdischer und arabischer Israelis auseinander, und so auch das daraus entstandene Theaterstück. Wie wurde es vom Publikum aufgenommen?

In Paris, wo wir das Stück 25 Mal in ausverkauften Vorstellungen gezeigt haben, hatten wir ein sehr diverses Publikum. Es kamen jüdische und palästinensische Denker, Menschen aus Europa, Israel und den arabischen Ländern. Ich muss zugeben, dass ich sogar überrascht war, dass es allen gefiel und es nie zu Zwischenfällen kam. Denn in den Medien gab es eine sehr polemische Diskussion über die Thematik des Stücks. Ich bekam auch Rückmeldungen von einer Reihe prominenter Persönlichkeiten der jüdischen Nomenklatura, sie hielten das Stück für sehr wichtig. Der Grund für die breite Akzeptanz dieses Stückes ist sicher, dass es allen Bewohnern des Hauses – den muslimischen wie auch den jüdischen – mit Respekt begegnet. Es geht nicht um ethnozentrische Sichtweisen der jeweiligen Gruppen, nach dem Motto: Wir sind die einzigen, die Recht haben, und die einzigen, die gelitten haben. Beiden Gruppen ist Leid geschehen. Das Stück erzählt von Juden im Holocaust. Und es erzählt von Palästinensern und ihren Tragödien. Diejenigen, die nicht völlig blind sind für menschliche Schicksale, werden verstehen, dass es mir in diesem Stück um wechselseitiges Verständnis geht.

Welche Lösungsmöglichkeiten sehen Sie für die jüngsten politischen Konflikte in Israel?

Mir werden viele Fragen für eine politische Lösung des Nahen Ostens gestellt. Ich bin zwar kein Prophet – obwohl ich nach einem biblischen Propheten Amos genannt wurde. Aber ich denke, dass man bei jedem Konflikt einmal damit anfangen sollte, das Narrativ der anderen Seite zu akzeptieren. Man muss dieser anderen Sichtweise nicht einmal zustimmen, sondern erst einmal nur zuhören. Das gilt für beide Seiten. Wenn man immer nur davon ausgeht, dass nur wir recht haben und die anderen unrecht, dann kann so ein Standpunkt in den nächsten Krieg oder zu einem Dauerkonflikt führen. Ich würde sagen, dass Frieden – fast wie Liebe – nicht einseitig gemacht werden kann. Wenn du einseitig liebst, ist es keine Liebe. Und so ist es auch mit dem Frieden.

Wir sind Kaiser!

Wer sonst nichts hat, dem bleibt immer noch der Distinktionsgewinn. Auch Nathan von Spasić und Ronni von Sinai hätten ihre Adelstitel gerne behalten.

Nathan: Ronni? Bist du das?

Ronni: Nathan, was machst du denn hier?

Nathan: Das frage ich mich bei dir. Du im Ritz-Carlton? Hat dich deine Frau rausgeschmissen?

Ronni: Nu, da fielen mir billigere Quartiere ein. Ich bin hier, um das Palais zu besichtigen. A gewisser Wilhelm Ritter von Gutmann war einst durch den Handel mit Kohle zu solcher gekommen. Und das offensichtlich nicht zu knapp, um sich hier niederzulassen. Investiert hat er dann in Kunst, welche eben hier zu bewundern ist.

Nathan: Der ist aber nicht blaublütig geboren, sondern erst durch seine Verdienste für die Donaumonarchie in den Adelsstand erhoben worden. Somit ein adeliger Leistungsträger, anders als die Blählippenaristokraten, die von Gottes Gnade adelig wurden und es dank Inzucht blieben.

Ronni: Genaueres über die Arbeitsbedingungen in den Kohleminen zu dieser Zeit möchte ich aber lieber nicht wissen. Obwohl Herr von Gutmann, selbst aus ärmlichen Verhältnissen stammend, sich ja sozial sehr engagiert haben soll. Mein Lieber, strebst du etwa nicht die Nobilitierung an?

Nathan: Ein Heiliger war er sicher nicht, aber vermutlich nicht so grausam wie die Adelligen und Industriellen der Zeit. Du wirst lachen, aber in meinen Venen fließt ganz leicht bläuliches Blut. Irgendwann mit der Jahrhundertwende mengte sich die Familie Ostrowski meiner bei. Für Po-

len nichts Besonderes, so gut wie jede Familie der oberen Mittel- und Oberschicht war Teil des Land- und Stadtadels. Mit Hochadel und Magnaten hat das natürlich nichts zu tun. Und von den Habseligkeiten ist seit Hitler und in weiterer Folge Stalin nichts mehr übrig. Nu, jetzt fühl ich mich noch mehr wie ein armer Schnorrer als davor. Vergiss deine Wurzeln nicht, wenn du nobilitiert wirst.

Ronni: Nu, mein Zahnarzt wird mich bei der nächsten Behandlung schon daran erinnern. Das Einzige, was – nebbich – an mir leicht bläulich ist, ist der Fußnagel meiner großen Zehe, da kann ich also mit dir nicht mithalten. Aber denke daran: Adel verpflichtet! Wen könnte man heutzutage wegen seiner Verdienste wohl in den Adelsstand erheben? Hmm... Karl Ritter von Nehammer wird es bei allem Respekt eher nicht werden, aber wer dann? Komm mir nicht mit dem Schallenberg, der ist ja schon einer von denen.

Nathan: Vielleicht Prinzessin Pamela von Rendi und zu Wagner? Kickl wird es jedenfalls nicht, im besten Fall ist er Hofnarr, wobei, vielleicht auch nur Narr. Weißt du übrigens was gemeint ist, wenn man in Oberösterreich ein Feld adel? Der gemeine Plebs meint Dung ausbringen. Ob es da einen revolutionären Zusammenhang gibt, lasse ich außen vor. Aber sag, Ronni, wünschst du dir einen Kaiser?

Ronni: In der Tat! Aber wenn schon Monarchie, dann eine Kaiserin. Alte weiße Männer gibt es schon genug. Ein Trans-Kaiser aus jüdischem Adelsgeschlecht würde mir allerdings schon auch gefallen und wäre mal ein Statement.

Nathan: Ein Statement, allerdings. Theodor Herzl sagte 1895: „Wenn ich etwas sein möchte, wär’s nur ein preußischer Altadliger.“ Zehn Jahre zuvor wurde Nathaniel de Rothschild zum ersten jüdischen Lord in Großbritannien. Recht interessant ist, dass im 19. Jahrhundert offenbar recht viele

Juden nobilitiert wurden. Meistens als „Belohnung“ für große wirtschaftliche Errungenschaften. Adelig werden, quasi als letzte Etappe der Assimilation, um der Oberschicht wirklich angehören zu dürfen. Zum Glück endete der Adel-Spuk 1919 mit dem Adelsaufhebungsgesetz, auch wenn das viele in Österreich auch heute nicht zur Kenntnis genommen haben und gerne widerrechtlich ein „von“ vor ihren Nachnamen setzen. Anders als Sie, Herr von Sinai?

Ronni: Von Sinnen trifft eher zu. Nu, ganz ist der Spuk hierzulande noch nicht vorbei. Da das Adelsaufhebungsgesetz für die Nennung von Adelstitel im Namen noch Geldstrafen in Kronen vorsieht, ist es juristisch gar nicht anwendbar. Eine Änderung bedarf einer Zweidrittelmehrheit im Parlament, da das Gesetz im Verfassungsrang steht. Graf Bobby und Baron Rudi dürfen aber allemal ihre Titel behalten, schließlich soll es ja auch Alternativen zum jüdischen Witz geben – mit Verlaub.

Nathan: Nachdem eine Familie aus Österreich vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zog, wurde heuer ein Urteil gefällt, welches ihr das „von“ wieder zusprach. Vielleicht bringt uns die EU unseren Kaiser zurück?

Ronni: Ja, nicht nur divers und jüdisch soll er oder sie sein, sondern bitte sehr auch kommunistisch. Das Casting kann beginnen, ich wäre bereit. Nun denn, wir sind Kaiser!



Nathaniel de Rothschild (um 1860), Nebenerwerbswinzer und Adelig.



Der neue Messias

VON THEODOR MUCH

Seit vielen Jahren besitze ich beste Kontakte zum himmlischen Zentrat und kann berichten: Die Ankunft des neuen Messias steht unmittelbar bevor!

Schon seit mehreren Jahren herrscht im Himmel diesbezüglich große Unsicherheit. Menachem Schneerson, den viele seiner Chabad-Anhänger als den zukünftigen Messias sehen, weigert sich standhaft, Israel zu betreten, vor allem wegen der Sündhaftigkeit seiner Bürger. Seiner Meinung nach gibt es in Israel zu viele ungläubige Juden, die am Schabbat Auto fahren und die Speisegesetze nicht beachten. Ihm missfällt auch, dass Frauen zu viele Freiheiten genießen und sogar Militärdienst leisten. Die Himmelsverwaltung erwägt daher die Kür eines neuen Anwärters..

Dabei muss natürlich sehr vorsichtig vorgegangen werden, denn falsche Messiaskandidaten gab es schon immer. Ich denke an die zwölf Möchtegern-Messiasanwärter, wie etwa Theudas (44 n. d. Z.), Eleasar ben Dinseus (53 n. d. Z.), Menachem der Zelote (66 n. d. Z.), Simon ben Giora (70 n. d. Z.), Jonathan der Sikarier (73 n. d. Z.), Simon bar Kochba (132 n. d. Z.) und Sabbatai Zwi im 17. Jahrhundert. Einige wurden von den Römern gekreuzigt, doch keiner von ihnen wurde wegen der Behauptung, der Messias zu sein, jemals vor ein jüdisches Gericht gestellt. Der von den Römern gekreuzigte Jesus von Nazareth hat übrigens nie behauptet, der Messias zu sein.

Für das „Messias now“-Komitee war es daher nicht einfach, einen würdigen Messiaskandidaten in der Nachfolge von Menachem Schneerson zu finden. Im himmlischen Komitee wurde über jeden einzelnen Kandidaten lange diskutiert. Natürlich musste geprüft werden, wer von ihnen aus dem Hause David stammt. Wie sich herausstellte,

fand das Komitee nach hitzigen Diskussionen einen geeigneten Messiaskandidaten, ist aber noch auf der Suche nach dem vorgeschriebenen weißen Esel, auf dem der Messias das Heilige Land betreten soll. Itamar Ben-Gvir ist der Jungstar der israelischen Politik: Eine allseits bewunderte Persönlichkeit, ein Mann mit großartigen Charaktereigenschaften und ein hervorragender Streiter für Großisrael. Er war Mitglied einer Jugendorganisation, die für den „Transfer“ der Palästinenser aus Israel eintrat. Danach wurde er Mitglied der glorreichen Kach-Partei, die bedauerlicherweise von der israelischen Regierung als Terrororganisation verboten wurde. Aufgrund seiner Bekanntheit als mutiger Patriot wurde Itamar von undankbaren Generälen vom Armeedienst ausgeschlossen. Später studierte er Rechtswissenschaften und wurde Anwalt von heldenhaften Aktivisten, darunter auch Bentzi Gopstein, einem Zögling des heiligen Meir Kahane, der die Feinde Israels bekämpfte und dabei einen Säugling bei lebendigem Leib verbrannte. Itamar vertrat auch die lobenswerte Organisation Lehava, die gegen sündige Mischehen auftritt.

Im Jahr 2007 wurde er wegen angeblicher Anstiftung zum Rassismus und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung verurteilt, nur weil er bei einer Demonstration Schilder mit der Aufschrift „Vertreibt den arabischen Feind“ und „Rabbiner Kahane hatte recht“ trug. Hier muss erwähnt werden, dass Rabbiner Kahane stets der Meinung war, dass man zwar Juden nicht ermorden dürfe, Nichtjuden hingegen sehr wohl. In den 1990er Jahren war Itamar bei den Protesten gegen das verräterische Oslo-Abkommen aktiv. 1995 trat er im Fernsehen auf, zeigte stolz ein Cadillac-Emblem, das er von Rabins Auto entwendet hatte, und versprach: „Wir haben sein Auto gekriegt

und wir werden auch ihn (*Ministerpräsident Rabin, Anm.*) drankriegen.“

Bis zum Jahr 2020 präsentierte Itamar in seinem Wohnzimmer ein Foto vom heiligen Dr. Baruch Goldstein, einem Siedler, der im verständlichen Zorn 29 Palästinenser in Hebron umgebracht hatte. Im Mai 2021 unterstützte Itamar jüdische Siedler in Ostjerusalem Stadtvierteln, dabei bedrohte er palästinensische Einwohner mit einer Pistole und forderte die Polizisten auf, auf Demonstranten zu schießen, was sie bedauerlicherweise nicht taten. Im Februar 2021 sagte Benjamin Netanjahu, Ben-Gvir werde zwar ein Teil seiner zukünftigen Koalition sein, sei aber nicht geeignet für einen einflussreichen Posten in seiner Regierung. Gott sei Dank vergaß Netanjahu seine unsinnige Behauptung und ernannte Itamar, jetzt Chef der heiligen Partei Otzma Jehudit („Jüdische Macht“), zum Minister für Nationale Sicherheit. Nun darf Itamar eine eigene Privatarmee befehlen, die gegen jüdische Verräter vorgehen kann und zum Schutz des künftigen Messias dienen soll.

Alle Handlungen Itamars wurden von den himmlischen Behörden registriert und für gut befunden, weshalb er -sicherlich dem Hause David entstammend - nun anstelle Menachem Schneersons als der kommende Messias aufgebaut werden soll.

Wie ich heute hörte, ist im Paradies nun ein Esel-Reitkurs geplant, um Itamar ein würdiges Auftreten zu sichern. Natürlich wäre es auch wichtig, dass Itamar etwas abspeckt, um den weißen Esel zu entlasten. Wir alle freuen uns auf die Ankunft des neuernannten Messias und hoffen auf sein baldiges Erscheinen, zum Wohle Israels und der ganzen Menschheit.

PS: Auf die erfreuliche Nachricht seiner Nominierung hat Itamar noch nicht öffentlich reagiert, wohl aus allzu großer Bescheidenheit.



Theresa Absolon

ist Historikerin und Kuratorin bei *Kultur. Medien. Judentum*. Davor war sie Assistentin im Jüdischen Museum Wien und arbeitete 2018 in der Stabstelle Gedenk- und Erinnerungsjahr unter der Leitung von Bundespräsident a.D. Heinz Fischer im Bundeskanzleramt.



Kai Drewes

studierte Neuere Geschichte, Literatur- und Medienwissenschaften. Für seine Dissertation über Adelsverleihungen an Juden im Europa des 19. Jahrhunderts erhielt er 2014 den Forschungspreis der Stiftung für Personengeschichte.



Martin Engelberg

ist Psychoanalytiker, Consultant und Coach, geschäftsführender Gesellschafter der Vienna Consulting Group, Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP), Präsident der Sigmund-Freud-Gesellschaft, Mitbegründer, bis 2017 Herausgeber sowie ständiger Autor von *NU*.



Gabriele Flossmann

ist freie Autorin. Die Filmexpertin hat viele Jahre das Filmressort der ORF-Kulturabteilung geleitet und ist mit Filmschaffenden weltweit bestens vernetzt.



Eric Frey

ist leitender Redakteur bei der Tageszeitung *Der Standard* sowie Buchautor und Präsident der liberalen jüdischen Gemeinde von Or Chadash Wien.



Georg Gaugusch

forscht zum jüdischen Großbürgertum Mitteleuropas im 19. und frühen 20. Jahrhundert und zur Genealogie der rund 500 jüdischen Familien in diesem Raum. Zahlreiche Publikationen, u.a. die monumentale Buchreihe *Wer einmal war*.



Michael John

ist Historiker, Kulturwissenschaftler und Ausstellungskurator mit vielseitigen Interessen.



Homa Jordis

ist Historikerin und Autorin. 2022 erschien ihr Buch *Fanny von Arnstein. Eine Salonière als Mediatorin europäischer Machtpolitik*.



Theodor Much

leitete 27 Jahre lang die Hautambulanz im Hanusch-Krankenhaus. Er ist ehemaliger Präsident der liberalen jüdischen Gemeinde von Or Chadash und Autor zahlreicher Bücher, u.a. von *Wer kiltte Rabbi Jesus?* und *Der große Bluff: Irrwege und Lügen der Alternativmedizin*.



Rainer Nowak

ist Journalist und war von 2012 bis 2022 Chefredakteur und von 2014 bis 2022 Herausgeber der Tageszeitung *Die Presse*.



Michael Pekler

ist Journalist und *NU*-Chef vom Dienst. Er schreibt u.a. für den Berliner *Freitag*, den Wiener *Falter* und das Zürcher *Filmbulletin*.



Jonas Roth

ist Redakteur der *Neuen Zürcher Zeitung*.



Nicole Scheyerer

schreibt für den *Falter* Ausstellungskritiken und Künstlerporträts sowie für die *FAZ* und *orf.at*. 2021 erhielt sie den Österreichischen Staatspreis für Kunstkritik.



Andrea Schurian

ist *NU*-Chefredakteurin und Kolumnistin der Tageszeitung *Die Presse*. Die ehemalige ORF-Journalistin und Moderatorin leitete mehr als neun Jahre lang das Kulturressort in der Tageszeitung *Der Standard*.



Ronni Sinai

ist als freier Mitarbeiter für das *NU*-Magazin tätig und teilt sich mit Nathan Spasić das vorletzte Wort.



Nathan Spasić

ist freischaffender Journalist und Fotograf aus Wien. Seinen Fokus legt er auf Themen wie Prekariat, Marginalisierung und Rechtsextremismus. Er studiert zudem an der Universität für angewandte Kunst.



Danielle Spera

ist *NU*-Herausgeberin und Geschäftsführerin von *KMJ – Kultur. Medien. Judentum*. Sie leitete bis Juli 2022 das Jüdische Museum Wien und war davor langjährige ORF-Journalistin und Moderatorin.



Maria Sterkl

ist Israel-Korrespondentin der Tageszeitung *Der Standard* und freie Autorin, unter anderem für *Die Zeit*.



Thomas Trenkler

ist Kulturredakteur beim *Kurier*.



René Wachtel

lebt als selbstständiger Unternehmer in Wien.

Impressum

HERAUSGEBER UND MEDIENINHABER

Arbeitsgemeinschaft
jüdisches Forum
Gölsdorfstraße 3, 1010 Wien

STÄNDIGES REDAKTIONSTEAM

Danielle Spera (Herausgeberin)
Andrea Schurian (Chefredakteurin)
Michael Pekler (Chef vom Dienst)
Sophie Furtner (Lektorat)
Ronni Sinai (Online)

SATZ & LAYOUT

Richard Klippfeld
DRUCK
Riedeldruck GmbH
Bockfließstraße 60,
2214 Auerthal

OFFENLEGUNG GEMÄSS MEDIENGESETZ

Verein Arbeitsgemeinschaft
jüdisches Forum mit Sitz in
1010 Wien, Gölsdorfstraße 3

Obfrau: Danielle Spera

Grundsätzliche Richtung:

NU ist ein Informationsmagazin für Juden in Österreich und für ihnen nahestehende, an jüdischen Fragen interessierte Menschen.

NU will den demokratischen Diskurs fördern.

MIT DER BIG DURCH DIE WIENER INNENSTADT



2

© Bruno Klomfar



5

© Hertha Hurnaus



8

© Helmut Wimmer



Begleiten Sie uns auf eine baugeschichtliche Reise quer durch den 1. Wiener Gemeindebezirk. Wir beginnen bei einer Ikone des Jugendstils, die nach hundert Jahren als Bankgebäude gerade zu einem neuen Haus für Kunst und Wissenschaft wird. Mit dieser neuen Form der Nutzung bleibt die Postsparkasse ❶ von Otto Wagner einer breiten Öffentlichkeit zugänglich. Durch die Bäckerstraße gehen wir weiter hinein in den 1. Bezirk. Auf Nummer 13 befindet sich seit kurzem das Entrée zur Österreichischen Akademie der Wissenschaften ❷.

Gehen Sie durch die Glastür und entdecken Sie mit dem spektakulären, revitalisierten Arkadenhof eine neue Grünoase in der Innenstadt. Wir spazieren weiter über die Wollzeile, wo uns das schöne Durchhaus auf Nummer 3 ❸ interessiert, das aus 1848 stammt und das wir als öffentlich zugängliche Passage revitalisiert haben.

Über den Stephansplatz gelangen wir zur Adresse Am Hof 3-4 ❹. Früher war hier eine Polizeiinspektion, heute befindet sich an der repräsentativen Adresse ein großes Lifestyle-Warenhaus. Unser Weg zum Hauptgebäude der Universität Wien ❺ führt uns zurück an den Ring. Schon in der Aula erkennt man, wie wir den bekannten Ferstel-Bau in den letzten Jahren modernisiert haben.

Mitten im imposanten Arkadenhof befindet sich mit „Der Muse reicht’s“ von Iris Andraschek eine Intervention unserer Kunstinitiative BIG ART. Die Muse erhebt sich in einer Power Pose von dem ihr zugedachten, braven Platz.

Wenige hundert Meter schlendern wir den Ring entlang und erreichen, etwas versetzt,

den Wiener Justizpalast ❻. Hier können wir im Justiz-Café im Dachgeschoß einen Kaffee trinken und unsere bisherigen Stationen aus der Vogelperspektive Revue passieren lassen.

Vorbei am Palais Epstein ❼ von Theophil von Hansen erreichen wir gleich ein zweites Baujuwel des berühmten Vertreters des Wiener Stils. Vor 150 Jahren hat Hansen die Akademie der bildenden Künste ❽ am Schillerplatz entworfen. Nach einer aufwändigen Restaurierung mit viel Gespür und Können wird hier jetzt wieder studiert und die großartige Gemädegalerie ist für Besucherinnen und Besucher geöffnet. Fun Fact: Auch Otto Wagner hat, kurz nach Hansen, eine Kunstakademie entworfen, die allerdings nie realisiert wurde.

Was haben diese sehenswerten Bauwerke gemeinsam? Sie gehören, wie weitere 40 Objekte in der Wiener Innenstadt, zum Portfolio der Bundesimmobiliengesellschaft oder ihrer Büro- und Wohnbautochter ARE Austrian Real Estate. Diese denkmalgeschützten Gebäude, für die wir Verantwortung tragen, bedürfen unserer besonderen Umsicht bei der Instandhaltung und Sanierung.

Die Erhaltung und Nutzung historischer Gebäude bedeutet gleichzeitig auch Ressourcenschonung und macht aus Denkmalschutz einen Faktor für den Klimaschutz.

Über die BIG

Die Bundesimmobiliengesellschaft ist Expertin für Bildungsbauten und stellt österreichweit Schul- und Universitätsgebäude sowie Spezialimmobilien bereit. Mit ihrer Kunstinitiative BIG ART fördert die BIG auch Kunst im öffentlichen Raum.

BIG

- 1 | Otto Wagner Postsparkasse**
Georg-Coch-Platz 2
1010 Wien
 - 2 | Campus Akademie**
Bäckerstraße 13
1010 Wien
 - 3 | Bürohaus Wollzeile**
Wollzeile 1-3
1010 Wien
 - 4 | Büro- und Geschäftshaus**
Am Hof 3-4
1010 Wien
 - 5 | Hauptgebäude Universität Wien**
Universitätsring 1
1010 Wien
 - 6 | Justizpalast Wien**
Schmerlingplatz 10-11
1010 Wien
 - 7 | Palais Epstein**
Dr.-Karl-Renner-Ring 1
1010 Wien
 - 8 | Akademie der bildenden Künste Wien**
Schillerplatz 3
1010 Wien
- www.big.at**
instagram.com/bundesimmobiliengesellschaft

SPECIALTY COFFEE + PLANTS



P
A
P
A
G
E
I
R
E
N
G
O
L
D
E
N

			PRATERSTR. 17			
			1020 VIE			
@GOLDENERPAPAGEI						